

Weiterbildungsangebot 2019 - 2020

Seminare für Juristinnen und Juristen

Rechtsprechung zu den Fachgebieten

- Ausländerrecht
- Zuwendungsrecht
- Vergabewesen
- Prozessrecht
- Bau- und Wohnungswesen
- Ordnungsrecht
- Liegenschaften / Kommunalvermögen
- Betreuungsrecht
- Friedhofswesen
- Verwaltungsrecht
- Jugendhilfe
- Bundeselterngeld/Elternzeit
- Kirchen
- Kommunale Wirtschaft und Einrichtungen, Beihilferecht
- Spezielles Ordnungsrecht / Ordnungswidrigkeiten
- Personalwesen
- Datenschutz
- Personalvertretungsrecht / Gleichstellungsfragen
- Hochschulrecht
- Rettungsdienst / Feuerwehr
- Sozialrecht
- Steuern / Gebühren / Beiträge
- Umwelt
- Verwaltungsvollstreckung / Insolvenzverfahren
- Ausbildungsförderung



Wir beraten Sie persönlich!

Unser Beratungsteam steht Ihnen für Fragen und Hinweise zu Seminaren stets zur Verfügung.

Tel.: (030) 293350 - 11

E-Mail: beratung@kbw.de



© Kommunales Bildungswerk e. V.

Bürostandort:

Bornitzstraße 73-75

10365 Berlin

Tel.: (030) 293350 - 0

Fax: (030) 293350 - 39

Internet: <https://www.kbw.de>

E-Mail: info@kbw.de

Bürozeiten: Montag bis Donnerstag von 8:00 – 17:00 Uhr, Freitag von 8:00 – 16:00 Uhr

Redaktionsleitung:

Dr. Andreas Urbich, Kommunales Bildungswerk e. V.,

Bornitzstraße 73-75, 10365 Berlin

Das Kommunale Bildungswerk e.V. ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter 11232/Nz eingetragen (Vereinsitz Berlin-Charlottenburg). Das Kommunale Bildungswerk e.V. ist Mitgründer und -träger des Instituts für Wissenstransfer in Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin.

Das Kommunale Bildungswerk e.V. ist Kooperationspartner des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V., der Steinbeis-Hochschule Berlin (AOEV) und des Roncalli-Hauses Magdeburg.

Berlin, im Juni 2019

Sehr geehrte Fortbildungsinteressenten,

aus unserem zweimal jährlich erscheinenden Fortbildungsprogramm stellen wir regelmäßig thematische Sonderauszüge zusammen, die Ihnen ermöglichen, schnell und zielgerichtet das passende Seminarangebot für Ihre berufliche Praxis zu finden.

Auf den nachfolgenden Seiten haben wir unsere „**Seminare für Juristinnen und Juristen**“ gebündelt. Wir würden uns freuen, wenn diese Fortbildungen Ihr Interesse finden.

Vermissten Sie ein Thema? Welches Thema haben wir womöglich noch nicht berücksichtigt? Sagen oder schreiben Sie es uns! Wir haben ein offenes Ohr für Ihre Anregungen unter Telefon 030-293350-11 (Beratungstelefon) und freuen uns über Ihre Anregungen per E-Mail: beratung@kbw.de.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Stöbern.

Ihr



Dr. Andreas Urbich
Geschäftsführer

Veranstaltungsorte

In Berlin haben wir ab 2019 verschiedene Seminarstandorte. Den konkreten Veranstaltungsort sowie Ihre Anreisemöglichkeiten teilen wir Ihnen in der verbindlichen Seminareinladung mit.

Unsere Veranstaltungen in anderen Städten Deutschlands finden in von uns ausgewählten Tagungshotels statt. Inhaltlich und organisatorisch werden diese Veranstaltungen durch unsere Regionalbüros vor Ort betreut.

Seminarzeiten

Der nachfolgenden Aufstellung können Sie unsere regelmäßigen Seminarzeiten entnehmen, von denen sich in Einzelfällen Abweichungen ergeben können. Der jeweilige konkrete zeitliche Ablauf ist unserer Einladung zu entnehmen, die wir Ihnen vor Beginn Ihrer Veranstaltung zusenden.

1-tägiges Seminar

10:00 bis 16:30 Uhr

2-tägiges Seminar

09:00 Uhr bis 16:30 Uhr (erster Tag)

08:00 Uhr bis 14:30 Uhr (zweiter Tag)

3-tägiges Seminar

09:00 Uhr bis 16:30 Uhr (erster Tag)

08:00 Uhr bis 15:30 Uhr (zweiter Tag)

08:00 Uhr bis 14:30 Uhr (dritter Tag)

Unterkunft und Verpflegung

Für die Buchung preisgünstiger Hotelzimmer berücksichtigen Sie bitte die Hinweise im allgemeinen Fortbildungsprogramm. Mittags- und Frühstücksverpflegung sind im Seminarpreis nicht enthalten.

An allen Seminarorten stehen Wasser, Kaffee und Tee kostenfrei zur Verfügung.

Seminaranmeldung

Die Anmeldung zu den Veranstaltungen ist postalisch, per Fax, per E-Mail oder direkt über unsere Website möglich. Ein entsprechendes Formular ist auf der letzten Innenseite zu finden.

Inhouseveranstaltungen

Besonders hinweisen möchten wir auf unser Inhouse-Angebot. Zu allen Seminarthemen organisieren wir für Sie individuell maßgeschneiderte Seminare vor Ort.

Seminararten

Die mit **Fachseminar** gekennzeichneten Veranstaltungen wenden sich an Interessenten mit dem Ziel, zu den jeweiligen Themengebieten fachliche Grundkenntnisse zu vermitteln.

Spezialseminare widmen sich ausgewählten Problemen des Berufsalltags. Aufbauend auf vorhandenen Grundkenntnissen wird hier weiterführendes und vertiefendes Wissen vermittelt.

Im Mittelpunkt eines **Workshops** stehen der gemeinsame Erfahrungsaustausch und das Finden von Lösungen für spezielle Probleme aus der Praxis. Es werden vielfältige Methoden wie Diskussion, Gruppenarbeit und interaktives Arbeiten eingesetzt. Die Lehrkraft ist hierbei Moderator und Coach. Fundierte fachliche Kenntnisse und praktische Erfahrungen sind Voraussetzungen für die Teilnahme an einem Workshop. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, im Vorfeld ihre Probleme und Fragen dem KBW e. V. zu übermitteln.

Kompaktkurse sind Fortbildungen, die aus mehreren inhaltlich voneinander abgegrenzten Modulen bestehen.

Newsletter

Unser Internet-Newsletter erscheint jeweils am Ende des Monats. Darin stellen wir aktuelle Projekte und Neuigkeiten zu unseren Weiterbildungsveranstaltungen vor. Der KBW-Newsletter kann kostenlos unter www.kbw.de abonniert und natürlich jederzeit wieder abbestellt werden.

Inhaltsverzeichnis

Seminartitel	Link	Seite
Das Rechtsamt in ausländerrechtlichen Streitverfahren	https://www.kbw.de/-RAA020	1
Zuwendungen - ein Überblick für Mitarbeiter in Rechtsämtern	https://www.kbw.de/-RAA030	2
Vergaberecht für Liefer- und Dienstleistungen - ein Überblick für Mitarbeiter in Rechtsämtern	https://www.kbw.de/-RAA035	3
Die Behörde im Verwaltungsprozess - Verwaltungsprozessrecht für die Verwaltungspraxis	https://www.kbw.de/-VRA065	4
Die Bauordnungsverfügung - rechtssicher gestalten	https://www.kbw.de/-BAA025A	5
Der Bestandsschutz von Gebäuden im öffentlichen Baurecht	https://www.kbw.de/-BAA025C	6
Brandenburgische und Berliner Bauordnung - das Abstandsflächenrecht	https://www.kbw.de/-BAA033	7
Bauen im unbeplanten Innen- und Außenbereich - ausgewählte Fragestellungen und praktische Fälle	https://www.kbw.de/-BAB082	8
Neuregelung des Architekten- und Ingenieurvertragsrechts - Reform im BGB	https://www.kbw.de/-BAD130	9
Das neue gesetzliche Baurecht - Änderungen durch die Aufnahme in das BGB	https://www.kbw.de/-BAD178	10
Öffentliches und privates Baurecht und ihre Verknüpfungen unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-BAD010	11
Den Straßenverkehr richtig regeln - sicherer Umgang mit den Rechtsgrundlagen der Verkehrsbeschilderung	https://www.kbw.de/-BAC070N	12
Betriebskostenrecht - gesetzliche Grundlagen, aktuelle Probleme und Rechtsprechung des BGH	https://www.kbw.de/-BAC020	13
Gewerbemieten/Gewerberaummietrecht/Nutzungsverträge - Vertragsgestaltung, aktuelle Entwicklungen, Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-BAC030	14
Die Reform des Bauvertragsrechts - erste praktische Erfahrungen	https://www.kbw.de/-BAD179	15
Aktuelle Rechtsprechung zum Betreuungsrecht	https://www.kbw.de/-BEA056	16
Vergaberecht - aktuelle Rechtsprechung und Gesetzgebung	https://www.kbw.de/-BFA029	17
Der Weg zum optimalen Bauvertrag unter Berücksichtigung aktueller Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-BFA055N	18
Praktische Probleme bei der Anwendung der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen - Schwerpunkt: nationales Recht - typische Verfahrensfehler	https://www.kbw.de/-BFA070	19
Das Vergabeverfahren für Liefer- und Dienstleistungen - von der Verhandlungsvergabe/freihändigen Vergabe bis zur öffentlichen Ausschreibung, die Wahl der richtigen Vergabart und typische Fehler im Vergabeverfahren	https://www.kbw.de/-BFA075	20
Die rechtssichere Friedhofssatzung/Friedhofsgebührensatzung	https://www.kbw.de/-FRA014	21

Seminartitel	Link	Seite
Kommunales Satzungsrecht - typische Fehlerquellen beim Zustandekommen kommunaler Satzungen erkennen	https://www.kbw.de/-FUA029B	22
Die „Reichsbürgerbewegung“ - eine Herausforderung für die Mitarbeiter von Behörden	https://www.kbw.de/-FUA337	23
Die aktuelle Rechtsprechung zum Kindschaftsrecht und ihre Auswirkungen auf die Praxis der Jugendämter	https://www.kbw.de/-JUA005	24
Aktuelle Rechtsprechung im Kindesunterhaltsrecht	https://www.kbw.de/-JUC102	25
Aktuelle Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) zum Elterngeld	https://www.kbw.de/-JUD005	26
Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen - Praxisprobleme unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung (§ 35a SGB VIII)	https://www.kbw.de/-JUE111	27
Aktuelle Rechtsprechung und Praxisfragen aus dem Kirchenarbeitsrecht	https://www.kbw.de/-KIR001	28
Aufsichtsräte in kommunalen Unternehmen: Rechte, Pflichten, Haftungsrisiken für kommunale Vertreter	https://www.kbw.de/-KWA060Z	29
Erbaurecht aktuell - ausgewählte Probleme (u. a. Vertragsgestaltung, Zins, Heimfall, Zwangsversteigerung, BGH)	https://www.kbw.de/-LIB185	30
Das Erbaurecht und seine Anwendung in der kommunalen Praxis	https://www.kbw.de/-LIB180	31
Mietverwaltungsmanagement - ein Crashkurs rund um die Vermietung - Theorie praktisch angewandt	https://www.kbw.de/-LIB290	32
Gewerbe- und Gaststättenrecht - ausgewählte praktische Probleme der Gefahrenabwehr in Kommunen	https://www.kbw.de/-ORA060	33
Beweisführung und Dokumentation bei der kommunalen Verkehrsüberwachung	https://www.kbw.de/-ORA122	34
Erteilung, Entziehung und Wiedererteilung von Fahrerlaubnissen mit Beispielen aus der aktuellen Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-ORA160	35
Systematische Einführung in das Fahrlehrerrecht - Fahrlehrerlaubnis und Fahrschülerlaubnis - unter Berücksichtigung der aktuellen Gesetzesänderungen und der neusten Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-ORA168N	36
Spezielle Fragen des Fahrlehrerrechts - Fahrlehrer- und Fahrschülerlaubnis - unter Berücksichtigung der aktuellen Gesetzesänderungen und der neuesten Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-ORA168P	37
Spezielle Fragen des Fahrlehrerrechts - Überwachung von Fahrlehrern und Fahrschulen - unter Berücksichtigung der aktuellen Gesetzesänderungen und der aktuellen Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-ORA168U	38
Gewerberecht in der Praxis - typische Fallkonstellationen bei der Arbeit vor Ort; Spielhallenkontrolle rechtssicher durchführen	https://www.kbw.de/-ORB028A	39
Gewerbeuntersagung/Erlaubniswiderruf bei Insolvenz des Gewerbetreibenden im Spiegel der Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-ORB033Z	40
Systematische Einführung in das Versammlungsrecht unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-ORC020	41
Aktuelle Rechtsprechung zum Ausländerrecht	https://www.kbw.de/-ORD035S	42

Seminartitel	Link	Seite
Spezielle Probleme des Aufenthaltsrechts: Ausweisung und Abschiebung unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage	https://www.kbw.de/-ORD030	43
Die aufenthaltsrechtliche Wirkung von Widerspruch und Klage - Eilverfahren	https://www.kbw.de/-ORD180	44
Vertiefung des Ordnungswidrigkeitenrechts - spezielle Probleme, aktuelle Rechtsprechung, Übungsfälle	https://www.kbw.de/-OWA040	45
Gewinn-/Vermögensabschöpfung im Ordnungswidrigkeitenrecht - ein ungenutztes Betätigungsfeld	https://www.kbw.de/-OWA085	46
TVöD - aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes	https://www.kbw.de/-PEA015X	47
Systematische Einführung in das öffentliche Dienstrecht - Schwerpunkte in der Rechtsprechung, aktuelle Fragen, Einfluss des Rechts der Europäischen Union	https://www.kbw.de/-PEA118	48
Arbeitszeitrecht im öffentlichen Dienst	https://www.kbw.de/-PEA018A	49
Stellenbeschreibung und Eingruppierung nach der Entgeltordnung TVöD-VKA rechtssicher anwenden	https://www.kbw.de/-PEA037	50
Erwerbsminderungsrente 2019 und Weiterbeschäftigungsanspruch nach dem TVöD/TV-L - die Bedeutung der BAG-Rechtsprechung für die Personalpraxis	https://www.kbw.de/-PEA047	51
Befristung, Teilzeit, Elternzeit - Teilzeit- und Befristungsgesetz im öffentlichen Dienst (TzBfG) - aktuelle Rechtslage und Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-PEA061N	52
Vererbbarkeit von Urlaub: Urlaubsberechnung und Urlaubsabgeltung unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-PEA069	53
Leistungsbewertungen für Beamte - dienstliche Beurteilungen und Beförderung	https://www.kbw.de/-PEA130	54
Der Dienstunfall des Beamten	https://www.kbw.de/-PEA165	55
Die Dienstunfähigkeit des Beamten	https://www.kbw.de/-PEA220	56
Stellenbeschreibung und Stellenbewertung und ihre Auswirkungen aus beamten- und tarifrechtlicher Sicht unter Berücksichtigung der neuen Eingruppierungsregelungen im TVöD und der Methodik aktueller Stellenbewertungsverfahren	https://www.kbw.de/-PEA400N	57
TVöD/TVÜ - Höhergruppierung und vorübergehende Übertragung höherwertiger Tätigkeiten	https://www.kbw.de/-PEA422	58
Stellenbewertungen für Beschäftigte unter Berücksichtigung der relevanten Eingruppierungsregelungen im TVöD und der aktuellen BAG-Rechtsprechung Stellenbewertungsverfahren	https://www.kbw.de/-PEA425Z	59
Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst rechtssicher besetzen - Grundlagen und aktuelle Rechtsprechung zum Stellenbesetzungsverfahren öffentlicher Arbeitgeber	https://www.kbw.de/-PEA436	60
Die Pflichten der Angehörigen des öffentlichen Dienstes (Beamte und Tarifbeschäftigte) und die Folgen bei Nichterfüllung - unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsentwicklung	https://www.kbw.de/-PEA440N	61

Seminartitel	Link	Seite
Abmahnung im Arbeitsverhältnis des öffentlichen Dienstes	https://www.kbw.de/-PEA460A	62
Die Kündigung/Beendigung sowie die Befristung von Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst	https://www.kbw.de/-PEA460N	63
Die krankheitsbedingte Kündigung und die Kündigung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Dienst - unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG)	https://www.kbw.de/-PEA470N	64
Rechtsschutz im Arbeits- und Beamtenrecht: die Behörde vor dem Arbeitsgericht. Besondere Verfahren: die Konkurrentenklage	https://www.kbw.de/-PEA500N	65
Grundlagen des Datenschutzes und des allgemeinen Persönlichkeitsrechts (im Arbeitsverhältnis) - Praxisfälle und Lösungen	https://www.kbw.de/-DSA005	66
Aktuelle Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht	https://www.kbw.de/-PGP009	67
Personalvertretungsrecht in der Praxis - gesetzliche Grundlagen, neue Rechtsprechung, Konfliktmanagement	https://www.kbw.de/-PGP020	68
Das Personalvertretungsrecht in der Praxis - Rechtsprechung, strittige Fragen, das verwaltungsgerichtliche Verfahren, Auswirkungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)	https://www.kbw.de/-PGP030	69
Das Personalvertretungsrecht in der Praxis der Jobcenter - aktuelle Streitfragen, Rechtsprechung, Lösungsansätze. Ein Seminar für Personalräte	https://www.kbw.de/-PGP220N	70
Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht in den Jobcentern als gemeinsame Einrichtungen	https://www.kbw.de/-PGP220R	71
Wissenschaftszeitvertragsgesetz und befristete Beschäftigung in der Hochschule	https://www.kbw.de/-PHA022	72
Die Feuerwehr im Einsatz - Rechtspflichten, Satzungsfragen, Rechtsprechung, Praxis	https://www.kbw.de/-RTB035	73
Aktuelle Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum SGB XII	https://www.kbw.de/-SOA001B	74
Die Behörde vor dem Sozialgericht - Grundlagen	https://www.kbw.de/-SOA150	75
Aktuelle Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum SGB II	https://www.kbw.de/-SOA154	76
Nichtzulassungsbeschwerde und Revisionsverfahren vor dem BSG - (k)ein Buch mit sieben Siegeln	https://www.kbw.de/-SOA156	77
Das richtige Verfahren der öffentlichen Auftragsvergabe für Dienstleistungen im Sozialbereich	https://www.kbw.de/-SOB069N	78
Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) - Aktuelle Rechtsprechung der Sozialgerichte zum AsylbLG (Teil 2)	https://www.kbw.de/-SOG095	79
Das Steuerrecht der öffentlichen Hand - Grundlagen, aktuelle Gesetzesänderungen und Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-STA084	80
Haftung nach steuerlichen und außersteuerlichen Rechtsnormen sowie Anfechtungen nach dem AnfG. Aktuelle Rechtsprechung und Besonderheiten in der Insolvenz des Steuerschuldners	https://www.kbw.de/-STA140A	81
Aktuelles EU-Beihilferecht in der kommunalen Praxis	https://www.kbw.de/-KWA009Z	82

Seminartitel	Link	Seite
Der EU-Beihilfencheck im kommunalen Konzern	https://www.kbw.de/-KWA014	83
Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in der kommunalen Praxis - aktuelle Rechtsentwicklung und Handlungsoptionen für Kommunen	https://www.kbw.de/-KWA033	84
Das Naturschutzrecht in der praktischen Umsetzung - BNatSchG, Landes- und EU-Recht	https://www.kbw.de/-UWA107	85
Diesel-Fahrverbote- ein Rechtsprechungsanalyse und Auswirkungen auf die (behördliche) Praxis	https://www.kbw.de/-UWA018	86
Abwehr unberechtigter Ansprüche des Insolvenzverwalters bei Insolvenzanfechtungen, insbesondere Vorsatzanfechtung	https://www.kbw.de/-VLB041	87
Die Insolvenzordnung - Gesetzgebung und Rechtsprechung, Richtlinien, Vorgaben, Empfehlungen - die Regelungen zum 01.07.2014 bei der Verbraucherinsolvenz	https://www.kbw.de/-VLB050	88
Aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung zum Insolvenzrecht	https://www.kbw.de/-VLB050Z	89
Privatinsolvenz aktuell: Rechtsentwicklungen und Rechtsprechung in der Praxis der Insolvenzgerichte zum Verbraucherinsolvenzverfahren	https://www.kbw.de/-VLB051P	90
Aktuelle Probleme bei der Pfändung von Girokonten und anderen Forderungen gegen Banken und Kreditinstitute (Reform des Kontopfändungsschutzes)	https://www.kbw.de/-VLB290	91
Typische Problemfälle im BAföG mit Rechtsprechungsupdate und Praxisbezug	https://www.kbw.de/-ABA255	92
Die freiheitsentziehende Unterbringung im Spiegel der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts	https://www.kbw.de/-BED050	93
(Webinar) Reichsbürgern im Verwaltungsalltag professionell begegnen	https://www.kbw.de/-WEFUA337	94
Update TVöD/TV-L: Neue Rechtsprechungen im Tarifrecht	https://www.kbw.de/-WEPEA014L	95
Urlaubsrecht - Grundlagen und Sonderfälle	https://www.kbw.de/-WEPEA061W	96
Begründung und Beendigung von Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst	https://www.kbw.de/-WEPEA460	97
Beschäftigung von Rentnern	https://www.kbw.de/-WEPEA018F	98
Befristung, Teilzeit, Elternzeit: Das Teilzeit- und Befristungsgesetz im öffentlichen Dienst (TzBfG)	https://www.kbw.de/-WEPEA061N	99
Stellenbeschreibung und Stellenbewertung gemäß TVöD-VKA	https://www.kbw.de/-WEPEA400N	100

Nur wer die Kernproblematiken der einschlägigen Materie kennt, vermag Fachämter effizient zu beraten. Nur wer zumindest über ein solides materiell-rechtliches Basiswissen verfügt, kann seinen Rechtsträger in verwaltungsgerichtlichen Verfahren fachgerecht vertreten. Nur wer überblickt, welche materiell-rechtlichen Folgewirkungen ein prozessuales Verhalten zeitigen kann, wird etwa in der Lage sein, auf Hinweise und Anregungen des Gerichts in der gebotenen Weise prozessual zu reagieren. Das Vorstehende gilt in besonderer Weise für das Ausländerrecht, einer Materie, die nur an wenigen Hochschulen gelehrt wird, die ständigen Novellierungen unterworfen ist und die zwischenzeitlich ganz wesentlich durch Unionsrecht geprägt wird. Die Vielzahl der verwaltungsbehördlichen und -gerichtlichen Verfahren bringt es mit sich, dass das Rechtsamt regelmäßig mit der ganzen Bandbreite der Materie befasst ist. Das Seminar zielt darauf ab, den Bediensteten der kommunalen Rechtsämter die für die erfolgreiche Begleitung eines ausländerrechtlichen Verfahrens erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln. Diese werden unter anderem in materiell-rechtlicher Hinsicht behandelt. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf die Darstellung des einstweiligen Rechtsschutzes im ausländergerichtlichen Verfahren gelegt. Das Seminar ist eine Gemeinschaftsveranstaltung von GIBT Colleg e. V. und dem Kommunalen Bildungswerk e. V.

Schwerpunkte:

- Die Aufenthaltstitel, allgemeine Erteilungsvoraussetzungen und Versagungsgründe
- Die einzelnen Aufenthaltsw Zwecke und ihre zentralen Problematiken
- Die Freizügigkeit von Unionsbürgern und die assoziationsrechtliche Stellung türkischer Staatsangehöriger
- Die Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts: nachträgliche zeitliche Beschränkung, Rücknahme, Widerruf, Ausweisung, Erlöschen durch längeren Auslandsaufenthalt
- Abschiebung und Duldung

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-RAA020>

Zielgruppe: Juristen in Rechtsämtern und Ausländerbehörden

Mitzubringende Arbeitsmittel: Ausländerrechtliche Textsammlung, VwGO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
01.07.2019	01.07.2019	Berlin	235,00 €	Herr Dr. Martin Fleuß

Bei den Kommunen spielen Zuwendungen sowohl auf der Einnahmen - als auch auf der Ausgabenseite eine große Rolle. Das Rechtsamt kommt mit der Thematik „Zuwendungen“ vielfach in Berührung und wird vor allem bei zweckwidriger Verwendung von Zuwendungsmitteln, was in der Regel zu Rückforderungen führt und in Ausnahmefällen auch strafrechtliche Folgen haben kann, eingeschaltet. Tritt die Kommune als Zuwendungsgeber auf, gilt es, eine Vielzahl von rechtlichen Vorgaben (vom EU- bis zum Haushaltsrecht) bei der Bewilligung - und noch mehr - bei der zeitgerechten Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Zuwendungsmittel zu beachten. Ziel des Seminars ist es, zuwendungsrechtlich eine ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel unter Beachtung der gesetzlichen Auflagen (§§ 36, 49 ff. VwVfG, § 44 BHO/LHO) aus juristischer Sicht zu vermitteln und Zweifelsfragen beim Vollzug der Auflagen und Bedingungen zu klären.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen für die Bewilligung und Verwendung von Zuwendungen - von der Bewilligung bis zur Verwendungsnachweisprüfung
- Grundsätze für die Ausreichung kommunaler Gelder („Fördermittel“) an Dritte
- Juristische Fragen im Vollzug der Auflagen

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-RAA030>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Rechtsämtern

Mitzubringende Arbeitsmittel: VwVfG, BHO (§§ 23, 44 mit VV), UVgO, GWB, VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
16.09.2019	16.09.2019	Nürnberg	255,00 €	Referententeam
28.10.2019	28.10.2019	München	255,00 €	Referententeam
17.03.2020	17.03.2020	Nürnberg	255,00 €	Referententeam

Das Seminar ist für Teilnehmer mit juristischem Hintergrundwissen konzipiert, mit dem Ziel, einen Überblick über die öffentliche Auftragsvergabe und die dafür maßgebenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften aus dem Blickwinkel eines Praktikers zu vermitteln und juristische Fragestellungen beim Vollzug der gesetzlichen Regelungen zu klären. Der Schwerpunkt des Seminars liegt bei Vergaben im Liefer- und Dienstleistungsbereich, angefangen bei den grundsätzlichen Unterschieden von privaten zu öffentlichen Beschaffungen bis zum primären und sekundären Rechtsschutz.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen
- Durchführung von Vergabeverfahren
- Juristische Fragen im Vollzug von GWB, VgV und UVgO

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-RAA035>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Rechtsämtern

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO, GWB (4. Teil), VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.08.2019	19.08.2019	Berlin	220,00 €	Referententeam
19.11.2019	19.11.2019	München	255,00 €	Referententeam
18.03.2020	18.03.2020	Nürnberg	255,00 €	Referententeam

Verfahren vor dem Verwaltungsgericht spielen in der behördlichen Praxis eine große Rolle, weil inzwischen viele Rechtsstreitigkeiten vor Gericht ausgetragen werden. Auch der Wegfall des Widerspruchsverfahrens in einigen Bundesländern begünstigt diese Tendenz. Umso wichtiger sind für die damit befassten Behördenmitarbeiter prozessuale Kenntnisse. Gegenstand des Seminars ist die Vermittlung des Verwaltungsprozessrechts in Theorie und Praxis. Die Teilnehmer werden mit den Klagearten und dem Ablauf des Gerichtsverfahrens vertraut gemacht - von der Klageschrift bis zum Prozessabschluss. Sie werden in die Lage versetzt, Prozesse sachgerecht und kostenbewusst zu führen.

Schwerpunkte:

- Übersicht über die verschiedenen Klagearten
- Eilrechtsschutzverfahren
- Verfahrensbeteiligte und ihre Mitwirkungspflichten bzw. -obliegenheiten
- Klageschrift und Klageerwidmung
- Klageänderung, (teilweise) Klagerücknahme, Verbindung und Trennung von Verfahren
- Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache
- Mündliche Verhandlung, Erörterungstermin
- Berufung, Revision und Beschwerde
- Überblick über die Gerichtskosten und die anwaltliche Gebührenberechnung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-VRA065>

Zielgruppe: Abteilungsleiter und Prozesssachbearbeiter der Verwaltungen

Mitzubringende Arbeitsmittel: VwGO, VwVfG, GKG, ZPO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
28.10.2019	30.10.2019	Berlin	435,00 €	Frau Dr. Stephanie Gamp

Der Erlass von Bauordnungsverfügungen mit allen seinen Facetten ist ein hochkomplexer Vorgang. In diesem Seminar wird den Teilnehmenden die dafür erforderliche Kompetenz und Sicherheit unter Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung der Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte vermittelt. Fragestellungen können beim Kommunalen Bildungswerk e. V. bis zwei Wochen vor dem Seminartermin eingereicht werden.

Schwerpunkte:

- Rechtliche Grundlagen
- Gebundene Verwaltung und Ermessensverwaltung
- Störerauswahl
- Nutzungsuntersagung
- Beseitigungsverfügung
- Duldungsverfügung
- Anordnung der sofortigen Vollziehung
- Vollstreckungsmaßnahmen

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BAA025A>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus allen Verwaltungsbereichen, die mit dem Erlass von Bauordnungsverfügungen befasst sind oder zukünftig befasst sein werden; Rechtsanwälte

Mitzubringende Arbeitsmittel: VwGO, VwVfG, VwVG, jeweilige Landesbauordnung

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.09.2019	20.09.2019	Berlin	330,00 €	Herr Wolfgang Hanne
20.04.2020	21.04.2020	Berlin	360,00 €	Herr Wolfgang Hanne

Der Bestandsschutz von Gebäuden im öffentlichen Baurecht

Fachseminar BAA025C

Mit dem Erlass von baurechtlichen Verfügungen stellt sich regelmäßig auch die Frage nach dem Bestandsschutz von Gebäuden. In dem Seminar werden die Grundlagen des Bestandsschutzes aus juristischer Sicht und unter Würdigung der praktischen Gegebenheiten behandelt. Die neuere Rechtsprechung der Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte sowie des BVerwG zur Nutzungsunterbrechung werden eingehend betrachtet. Die Teilnehmer haben Gelegenheit, Fragestellungen bis zwei Wochen vor dem Seminartermin beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einzureichen.

Schwerpunkte:

- Voraussetzungen und Grenzen des Bestandsschutzes
- Aktuelle Rechtsprechung zum Bestandsschutz
- Bestandsschutz im Genehmigungsverfahren
- Bestandsschutz in der baubehördlichen Eingriffsverwaltung

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BAA025C>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus allen Verwaltungsbereichen, die mit Genehmigungsverfahren oder bauordnungs-rechtlichen Verfahren im öffentlichen Baurecht betraut sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: jeweilige Landesbauordnung

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
23.09.2019	23.09.2019	Berlin	220,00 €	Herr Rolf Kemper
29.04.2020	29.04.2020	Berlin	235,00 €	Herr Rolf Kemper

Ziel des Seminars ist es, die komplexe Systematik des Abstandsflächenrechts zu veranschaulichen. Sowohl die Berliner als auch die Brandenburgische Bauordnung haben durch ihre Novellen aus den Jahren 2016 und 2017 zahlreiche Änderungen erfahren. Insbesondere das Abstandsflächenrecht ist hiervon betroffen, und zwar nicht nur unmittelbar durch Änderungen innerhalb des § 6 der Bauordnungen selbst, sondern darüber hinaus auch mittelbar durch Änderungen anderer Regelungen. Mit Beispielen aus Rechtsprechung und Praxis werden die gesetzlichen Vorschriften verständlich gemacht. Bis zwei Wochen vor Seminarbeginn können die Teilnehmer Fragen beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einreichen.

Schwerpunkte:

- Gemeinsamkeiten und Unterschiede innerhalb der benachbarten Bundesländer
- Planungsrechtliche Bezüge
- Auswirkung von Gebäudeklassen und der Baulast (insbesondere in Brandenburg)
- Abweichungstatbestand im Verhältnis zur „normalen“ Abweichungsentscheidung nach § 67 BauOBl

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BAA033>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Berliner und Brandenburgischen Baubehörden, Architekten, Planer, Bauherren

Mitzubringende Arbeitsmittel: Aktuelle Fassungen der Brandenburgischen Bauordnung und Berliner Bauordnung

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
25.09.2019	25.09.2019	Berlin	220,00 €	Herr Dr. Patrick Schulz

Das öffentliche Baurecht gibt Regeln für die bauliche Nutzung im öffentlichen Interesse vor. Eine wesentliche Prüfstation im Baugenehmigungsverfahren ist die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit. Vor allem die gesetzlichen Vorgaben für Vorhaben im unbeplanten Innen- und Außenbereich bereiten angesichts einer Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe in der bauaufsichtlichen Praxis besondere Schwierigkeiten. Im Seminar sollen die komplexen Regelwerke der §§ 34 und 35 BauGB transparent und handhabbar gemacht werden. Begleitet von grafischen Übersichten werden ausgewählte Fragestellungen erörtert und durch praktische Fälle vertieft. Hierbei werden auch Änderungen des neuen BauGB angesprochen. Die aktuelle Rechtsprechung wird berücksichtigt.

Schwerpunkte:

- Bebauungszusammenhang und Ortsteil
- Abgrenzung Innen- und Außenbereich, Einfügungskriterien nach § 34 Abs. 1 BauGB
- Faktische Baugebiete und die Anwendung der BauNVO
- Verdichtung im Block-Innenbereich und nachprägende Wirkung
- Schutz zentraler Versorgungsbereiche
- Landwirtschaftlicher Betrieb, Biomasse- und Windkraftanlagen
- Nutzungsänderungen
- Ersatzbauten, Erweiterungsbauten
- Satzungen
- Bestandsschutz, Nachbarschutz

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BAB082>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Bauaufsichtsbehörden bzw. Bauämter der Kommunen

Mitzubringende Arbeitsmittel: BauGB, BauNVO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
11.11.2019	12.11.2019	Berlin	330,00 €	Herr Wolfgang Hanne
05.12.2019	06.12.2019	Berlin	330,00 €	Herr Wolfgang Hanne
02.03.2020	03.03.2020	Berlin	360,00 €	Herr Wolfgang Hanne

Mit der BGB-Reform im Baurecht hat der Gesetzgeber auch das Architekten- und Ingenieursrecht novelliert und teilweise erheblich umgestaltet. Die Neuerungen des Gesetzes in den §§ 650p ff. BGB bedingen die Überarbeitung fast aller bisher verwendeter Standardverträge und ein neues Verständnis des privaten Planungsrechts, das sich nun dem Recht des Bauvertrags annähert. Im Seminar wird die neue gesetzliche Systematik des Architektenvertragsrechts erläutert, und es wird in besonderer Weise auf die neuen gesetzlichen Anordnungsrechte des Bauherren sowie die sich daraus ergebenden Abwicklungsprobleme des Auftrags und seiner Abrechnung eingegangen. Ebenfalls werden „Planungs- und Überwachungsziele“ ausführlich dargestellt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den Fragen, die sich im Grenzbereich zur HOAI ergeben.

Schwerpunkte:

- Die neue Systematik des Architekten- und Ingenieursrechts
- Planungs- und Überwachungsziele
- Neues gesetzliches Anordnungsrecht gegenüber dem Planer
- Vergütungsfolgen der Auftraggeber-Anordnung
- Sonderkündigungsrechte des Bauherren
- Teilabnahmeanspruch nach LPH 8
- Gesamtschuldnerische Haftung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BAD130>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Bauverwaltungen, Baudienststellen, Rechtsämtern und -stellen, Architekten- und Ingenieurbüros. Vorkenntnisse im Baurecht sind notwendig.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB mit Stand ab 01.01.2018

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
18.10.2019	18.10.2019	Frankfurt am Main	270,00 €	Herr Dirk Buhlmann
03.03.2020	03.03.2020	Frankfurt am Main	285,00 €	Herr Dirk Buhlmann

Die Einführung eines gesetzlichen Baurechts in den §§ 650a - 650v BGB bringt umfassende Änderungen mit sich. Hierauf muss sich auch und gerade die öffentliche Hand einstellen, die nicht mehr ohne weiteres Bauverträge auf der Grundlage der VOB/B abschließen kann. Im Seminar werden die Systematik des neuen gesetzlichen Baurechts, sein Verhältnis zur VOB/B und die mit den gesetzlichen Neuerungen einhergehenden wichtigsten Einzelfragen erörtert. Besondere Bedeutung wird auf die Darstellung und Erläuterung des veränderten Nachtragsrechts gelegt. Es wird dargelegt, ob und inwieweit aufgrund der neuen gesetzlichen Regelung mit der Unwirksamkeit bekannter VOB/B-Vorschriften zu rechnen ist.

Schwerpunkte:

- Die neue Systematik des gesetzlichen Baurechts
- Neues gesetzliches Regelungsmodell des Bauvertrags
- Die Vertragsänderung - Neuigkeiten zum Anordnungsrecht des Auftraggebers
- Vergütungsanpassung nach neuem Recht
- Formfragen bei der Kündigung von Bauverträgen

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BAD178>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Bauverwaltungen, Baudienststellen, Rechtsämtern und -stellen, Architekten- und Ingenieurbüros. Vorkenntnisse im Baurecht sind notwendig.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB mit Stand ab 01.01.2018

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.08.2019	19.08.2019	Frankfurt am Main	270,00 €	Herr Dirk Buhlmann
02.03.2020	02.03.2020	Frankfurt am Main	285,00 €	Herr Dirk Buhlmann

Ziel des Seminars ist es, den Teilnehmern einen strukturierten Überblick über das öffentliche und private Baurecht zu geben und ihnen die Verknüpfungen beider Bereiche praxisnah zu verdeutlichen: vom Planervertrag zum Planungsrecht sowie vom Baurecht zum Bauvertrag. Für alle Themen erhalten die Teilnehmer ein Update mit aktuellem Stand der Rechtsprechung samt Meinungsstand der Baurechtsdebatten.

Schwerpunkte:

Öffentliches Baurecht:

- Abgrenzung des privaten Baurechts (BGB, VOB) vom öffentlichen Baurecht (BauGB, LBO)
- Überblick über das baurelevante Fachverwaltungsrecht (NaturschutzR, DenkmalR, WasserR, StraßenR usw.)
- Bedeutung und Verfahrensarten des Allgemeinen und Besonderen Fachplanungsrechts
- Systematik und Bedeutung des Raumordnungs- und Bauplanungsrechts
- Bedeutung und Verfahrensarten des Allgemeinen und Besonderen Städtebaurechts
- Bedeutung, Verfahren und Instrumente des Bauordnungsrechts

Privates Baurecht:

- Bauvertrag als Werkvertrag und der geschuldete Werkerfolg
- Neuerungen im Allgemeinen Werkvertragsrecht des BGB
- Gesetzliche Regelungen zum Bauvertrag im Überblick
- VOB/B: Einordnung und Verhältnis zum Bauvertragsrecht im BGB
- Wesentliche Inhalte der VOB/B
- Exkurs: der Architekten- und Ingenieurvertrag

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BAD010>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Bauämtern, Architekten und Ingenieure sowie weitere Interessenten, die für öffentliche und private Bauherren tätig sind; Makler und in der Wohnungswirtschaft Tätige

Mitzubringende Arbeitsmittel: Baugesetzbuch, Bauordnung des jeweiligen Bundeslandes, §§ 650a - 650v BGB, VOB/B

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
23.10.2019	24.10.2019	Berlin	370,00 €	Herr Rolf Kemper
13.05.2020	14.05.2020	Berlin	400,00 €	Herr Dr. Wolfgang Jakob

Die zunehmende Verkehrsdichte und die oft gegensätzlichen Bedürfnisse von Auto-, Rad- und Fußgängerverkehr sowie des ÖPNV machen es in der täglichen Arbeit schwer, alle Interessen auf einen Nenner zu bringen. Es müssen Entscheidungen getroffen werden, die möglichen Konflikten mit Bürgern, Bürgerinitiativen, deren Anwälten, der Polizei, dem Baulastträger und häufig auch mit den Kommunalpolitikern standhalten. Im Seminar werden den Teilnehmern hierfür notwendige Kenntnisse der Rechtsgrundlagen vermittelt und anhand alltäglicher Beispielfälle praktische Hilfestellungen auf der Grundlage der aktuellen Rechtsprechung zum Straßenverkehrsrecht gegeben.

Schwerpunkte:

- Die verkehrsregelnde Anordnung: Was ist das? Wann wird sie wirksam? Wer kann sie anfechten?
- Die Rechtsgrundlagen der verkehrsregelnden Anordnung: Welche gibt es? Wie werden sie angewandt? Was muss bei der Ermessensausübung beachtet werden?
- Lärm- und Abgasschutz: Wie wird die Belastung einer Straße ermittelt? Welche Parameter müssen bei der Beauftragung eines Lärmgutachtens berücksichtigt werden? Wie sind diese Ergebnisse zu gewichten? Spezialproblem: Mautausweichverkehr
- Abwehrrechte des Anliegers, des Baulastträgers und der Kommunen
- Die verkehrsregelnde Anordnung und die Widmung: Wie wird eine Straße gewidmet? Wie beeinflusst die Widmung die Entscheidungsfindung?
- Der ruhende Verkehr: Wie wird das Bewohnerparken geregelt?
- Baustellenbeschilderung: Kompetenzverteilung und Haftungsfragen
- Feinstaub-Richtlinie: Wann muss eingeschritten werden?
- Ausnahmegenehmigungen: z. B. Handwerkererlass, Sonntagsfahrverbot

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BAC070N>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Straßenverkehrs- und Rechtsämter der Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Kreisverwaltungen

Mitzubringende Arbeitsmittel: VwVfG, VwGO, StVG, StVO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
09.09.2019	10.09.2019	Berlin	330,00 €	Referententeam
20.04.2020	21.04.2020	Berlin	360,00 €	Herr Bernd Kampmann

Aufgrund der allgemeinen Kostensteigerung, insbesondere bei verbraucherabhängigen Betriebs- und Energiekosten, gewinnt die Behandlung der Nebenkosten im Mietverhältnis eine immer größere Bedeutung. Fehlerhafte Betriebskostenabrechnungen führen in der Regel zu streitigen Auseinandersetzungen. Im Seminar sollen grundlegende und anwendungsbereite Kenntnisse über Betriebs- und Nebenkosten sowie deren Umlagefähigkeit und Abrechnung vermittelt werden. Die aktuelle Rechtsprechung, insbesondere des BGH, wird einbezogen. Die Teilnehmer können eigene Erfahrungen und Fragestellungen einbringen. Es werden Übungen anhand praktischer Fälle durchgeführt.

Schwerpunkte:

- Arten der Betriebs- und Nebenkosten - Begriffserklärungen
- Vereinbarungsmöglichkeiten/Vertragsgestaltung
- Vereinbarte Betriebs- und Nebenkostenvorauszahlungen oder -pauschalen
- Umlageschlüssel (z. B. Mietflächen, Personen, Anzahl der Einheiten)
- Abrechnung von Betriebskosten bei Leerstand
- Neu entstehende Betriebskosten und Umlageschlüssel
- Verspätete Betriebskostenabrechnung und Korrekturmöglichkeiten
- Beispielhafte Abrechnungen
- Aktuelle Rechtsprechung
- Prozessuale Behandlung von Ansprüchen

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BAC020>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen und Unternehmen, die mit der Anmietung bzw. Vermietung von Wohn- und/oder Gewerberaum befasst sind oder damit in Berührung kommen. Der Seminargegenstand kann auch für Rechnungsprüfer von Interesse sein.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Text des Mietgesetzes (dtv), Taschenrechner

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
26.09.2019	27.09.2019	Berlin	330,00 €	Herr Roland Hunsalzer
30.01.2020	31.01.2020	Berlin	360,00 €	Herr Roland Hunsalzer

Ziel des Seminars ist es, grundlegende Kenntnisse des Gewerberaummietrechts zu vermitteln und darauf aufbauend die in der Verwaltungspraxis auftretenden einschlägigen Probleme anwendungsorientiert zu erörtern. Darüber hinaus wird die Problematik der Nutzungsverträge für kommunale Liegenschaften behandelt. Die maßgebende Rechtsprechung wird einbezogen. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, Probleme aus ihrem Arbeitsgebiet in das Seminar einzubringen.

Schwerpunkte:

- Abgrenzung Gewerbietetrecht/Pachtrecht
- Begründung eines Gewerbietetverhältnisses, vertragliche Regelungs- und Gestaltungsmöglichkeiten
- Probleme während der Vertragsdauer: Mietanpassungsmöglichkeiten; Mietminderung; Betriebs- und Nebenkosten; vertragsgemäßer Gebrauch; Konkurrenzschutz; Reparaturen und Instandsetzungen
- Beendigung von Gewerbietetverhältnissen: ordentliche und fristlose Kündigung; befristete Mietverhältnisse; Verlängerung/Optionen
- Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien, prozessuale Behandlung
- Nutzungsverträge für kommunale Liegenschaften (z. B. Sportplätze und Turnhallen, Ausstellungsflächen und Veranstaltungsräume, Flächen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen, Mobilfunkanlagen auf kommunalen Liegenschaften)

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BAC030>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen und Unternehmen, die mit der Anmietung bzw. Vermietung von Gewerberaum und/oder der Erstellung von Nutzungsverträgen befasst sind oder damit in Berührung kommen. Der Seminargegenstand kann auch für Rechnungsprüfer von Interesse sein. Spezielle Vorkenntnisse werden für die Teilnahme nicht vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Text des Mietgesetzes (dtv)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
24.10.2019	25.10.2019	Berlin	330,00 €	Herr Roland Hunsalzer
17.02.2020	18.02.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Roland Hunsalzer
26.03.2020	27.03.2020	Berlin	360,00 €	Herr Roland Hunsalzer

Mit der Einführung des neuen Bauvertragsrechts im BGB am 01.01.2018 fand die umfangreichste Reform im bürgerlichen Recht seit der Schuldrechtsreform 2001 statt. Es wurden erstmalig spezielle Bestimmungen zum Bauvertrag im BGB geschaffen, die in zentralen Punkten von der bisherigen Rechtslage abweichen; zudem wird das Kaufrecht den europarechtlichen Normen angepasst. Im Seminar wird auch die aktuelle Rechtsprechung zu praxisrelevanten Problemen des Bauvertrags- und Architektenrechts vorgestellt.

Schwerpunkte:

- Neuregelung des bestehenden Werkvertragsrechts
- Neuregelungen zum Bauvertrag bezüglich Abschlagszahlungen, Abnahme der Bauleistungen, einseitiges Anordnungsrecht des Auftraggebers und deren Vergütungsanpassung
- Regelungen zum Verbraucherbauvertrag in den §§ 650i - 650o BGB
- Neuaufnahme von Vorschriften zum Architekten- und Ingenieurvertrag ins BGB; Regelung von Vergütungsanpassung im Falle von Anordnungen des Auftraggebers; Sonderkündigungsrecht des Auftraggebers; Teilabnahme; gesamtschuldnerische Haftung des Architekten/Ingenieurs mit dem bauausführenden Unternehmer
- Neuregelungen zum Bauträgervertrag in §§ 650u - 650v BGB
- Aktuelle Rechtsprechung zu praxisrelevanten Problemen des Bauvertrags- und Architektenrechts

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BAD179>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Vertragsabteilungen, Baudienststellen, Rechnungsämtern, Rechnungsprüfungsämtern sowie von Architekten- und Ingenieurbüros, Bauunternehmen; Rechtsanwälte, juristische Mitarbeiter.
Vorkenntnisse im Bauvertragsrecht sind erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Aktuelle Ausgabe BGB

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
26.09.2019	26.09.2019	Berlin	220,00 €	Frau Karin Wiedemann
19.03.2020	19.03.2020	Berlin	235,00 €	Frau Karin Wiedemann

Aktuelle Rechtsprechung zum Betreuungsrecht

Spezialseminar BEA056

Ziel des Spezialseminars ist es, den Teilnehmern einen Überblick über die Entwicklung des Betreuungsrechts in der Rechtsprechung zu geben. Im Mittelpunkt stehen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, des Bundesgerichtshofes sowie der Oberlandesgerichte.

Schwerpunkte:

- Betreuerbestellung
- Auswahl des Betreuers
- Pflichten des Betreuers
- Betreuungsgerichtliche Genehmigungen
- Behandlungsabbruch
- Unterbringung
- Vergütung

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BEA056>

Zielgruppe: Betreuer, Mitarbeiter der Betreuungsbehörden, der Sozialpsychiatrischen Dienste, Verfahrenspfleger. Für die Teilnahme werden eigene praktische Erfahrungen vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, FamFG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
28.10.2019	28.10.2019	Berlin	220,00 €	Frau Dr. Andrea Diekmann
25.05.2020	25.05.2020	Berlin	235,00 €	Frau Dr. Andrea Diekmann

Im Seminar wird ein kompakter Überblick zu aktuellen Änderungen, zur Rechtsprechung und zu Gesetzesvorhaben gegeben. Zu den im Zuge der Vergaberechtsreform geänderten Vorschriften sind nunmehr die ersten gerichtlichen Entscheidungen ergangen, die diese Vorgaben und das Vergabeverfahren konkretisieren. Weiterhin sind das Gesetz zur Einführung des Wettbewerbsregisters beim Bundeskartellamt und die Unterschwellenvergabeordnung in Kraft getreten. Außerdem gibt es zahlreiche Änderungen bei den Landesvergabegesetzen.

Schwerpunkte:

- Aktuelle Rechtsprechung und Auswirkungen auf die Ausschreibungspraxis: Verfahrensarten (Rahmenvertrag, Verhandlungsverfahren); Leistungsbeschreibung (Auftragsbestimmungsrecht, produktneutrale Ausschreibung); Ausschlussgründe; Selbstreinigung; Eignung (Anforderungen, Nachforderung); Angemessenheit der Preise (Drittsschutz, Aufgreifschwelle, Umfang); Zuschlagskriterien (Transparenz, Wertungsmatrix, Unterkriterien); Rüge und Aufklärung; wesentliche Vertragsänderungen
- Auswirkungen des neuen Wettbewerbsregisters
- Unterschwellenvergabeordnung
- Anforderungen nach Landesvergabegesetzen

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BFA029>

Zielgruppe: Leiter und Mitarbeiter der mit der Vergabe von Aufträgen befassten Einrichtung der öffentlichen Hand (insbesondere kommunale Gebietskörperschaft, Eigenbetrieb, Eigen- oder Beteiligungsgesellschaft); Auftragnehmer oder Berater der öffentlichen Hand bei Auftragsvergaben

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.09.2019	19.09.2019	Berlin	220,00 €	Herr Dr. Dominik Lück
04.03.2020	04.03.2020	Düsseldorf	255,00 €	Herr Dr. Dominik Lück
17.06.2020	17.06.2020	Köln	255,00 €	Herr Dr. Dominik Lück

Nur bei strikter Beachtung der einschlägiger Vorschriften und gerichtlichen Entscheidungen ist der Auftraggeber in der Lage, den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen, Nachforderungen der Auftragnehmer sowie zeit- und kostenträchtige Nachprüfungsverfahren und Regressforderungen enttäuschter Bewerber und Bieter zu vermeiden. Im Seminar werden alle wichtigen Fragen in den einzelnen Phasen des Vergabeverfahrens behandelt, um zu einem optimalen Bauvertrag zu gelangen.

Schwerpunkte:

- Rechtlicher Rahmen für die Vergabe von Bauaufträgen
- Definition der Bauleistungen
- Vergaberechtliche Grundsätze
- Verfahrensarten
- Festlegungen vor Bekanntmachung, insbes. Eignungs- und Zuschlagskriterien
- Inhalte der Bekanntmachung
- Bestandteile der Vergabeunterlagen
- Durchführen des Eröffnungstermins
- Prüfung und Wertung der Angebote in vier Stufen
- Informations- und Wartepflicht
- Aufhebung einer Ausschreibung
- Zuschlag und Vergabevermerk

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BFA055N>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Baudienststellen, Rechnungsprüfungsämtern und Rechnungshöfen sowie Architekten- und Ingenieurbüros, die ihre Grundkenntnisse im Vergabewesen vertiefen wollen

Mitzubringende Arbeitsmittel: VOB

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
17.09.2019	18.09.2019	Berlin	435,00 €	Herr Dr. Wolfgang Jakob
09.03.2020	10.03.2020	Berlin	435,00 €	Herr Dr. Wolfgang Jakob

Die Vergabevorschriften werden durch die Rechtsprechung und die Anpassung an das EU-Recht immer komplexer. Sie stellen stetig steigende Anforderungen an die Mitarbeiter der Vergabestellen. In dem Spezialseminar werden die Kompetenzen der Teilnehmer zur Planung und zum Ablauf eines Vergabeverfahrens gefestigt und erweitert. Neben einer Einführung in die rechtlichen Grundlagen und der Behandlung praxisnaher Themen werden die Teilnehmer mit den nationalen und EU-Vergabebestimmungen vertraut gemacht. Es besteht die Möglichkeit, Probleme des eigenen Arbeitsgebietes in das Konzept einfließen zu lassen.

Schwerpunkte:

- Rechtliche Grundlagen des öffentlichen Auftragswesens
- Anwendung des EU-Vergaberechts - Berechnung der Schwellenwerte
- Rechtsschutz in Vergabeverfahren
- Vergabevorschriften im nationalen Bereich
- Abgrenzungsprobleme (Bauleistungen - Dienstleistungen - Lieferleistungen)
- Ablauf der Beschaffung
- Wahl der zutreffenden Vergabeart, Wertgrenzen für die verschiedenen nationalen Vergabearten
- Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bewerber
- Fristen
- Regeln für Verhandlungen mit Bietern
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Besprechung von Vordrucken
- Maßnahmen zur Verhinderung von Manipulationen im öffentlichen Auftragswesen
- Checkliste typischer Verfahrensfehler

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BFA070>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, die Auftragsvergaben durchführen und ihre Kenntnisse vertiefen wollen; sonstige Interessenten, z. B. Rechnungsprüfer

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO (ehemals VOL/A), GWB, VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
11.07.2019	12.07.2019	Berlin	330,00 €	Referententeam
03.12.2019	04.12.2019	Berlin	330,00 €	Referententeam
09.12.2019	10.12.2019	Nürnberg	370,00 €	Referententeam
26.03.2020	27.03.2020	Nürnberg	400,00 €	Referententeam
20.04.2020	21.04.2020	Berlin	360,00 €	Referententeam
28.04.2020	29.04.2020	München	400,00 €	Referententeam

Das Vergabeverfahren für Liefer- und Dienstleistungen - von der Verhandlungsvergabe/freihändigen Vergabe bis zur öffentlichen Ausschreibung, die Wahl der richtigen Vergabeart und typische Fehler im Vergabeverfahren

Spezialseminar BFA075

Neben einer kurzen Einführung in die Rechtsgrundlagen des Vergaberechts und einem Überblick über die VOL/A bzw. UVgO greift dieses Spezialseminar ausgewählte und in der Praxis immer wiederkehrende Probleme des Vergabeverfahrens auf. Es gibt Hinweise auf die verschiedenen Vergabebereiche und zur Abgrenzung der Anwendungsbereiche „Lieferungen und Leistungen“, „freiberufliche Leistungen“ sowie „Bauleistungen“. Erörtert wird der Ablauf einer Beschaffungsmaßnahme bis zur Dokumentation des Vergabeverfahrens. Zudem werden Maßnahmen zur Verhinderung von Manipulationen im Vergabewesen sowie aktuelle Aspekte zum Vergaberecht bei der Umsetzung des EU-Rechts in nationales Recht behandelt. Die Teilnehmer haben die Gelegenheit, ihre fachspezifischen Probleme in die Diskussion einzubringen.

Schwerpunkte:

- Die Grundsätze des nationalen und des EU-Vergaberechts
- Die Wahl der richtigen Vergabeart (nationale Vergabe)
- Die Teilnehmer (Bewerber/Bieter) am Wettbewerb
- Die Ausschreibungs- und Beschaffungsreife
- „Projektanten Problematik“, „vorbefasste Bieter“
- Aufklärung von Zweifeln - keine Verhandlungen mit den Bietern im förmlichen Vergabeverfahren
- Die Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Häufige Fehler im Vergabeverfahren
- Besprechung von Vordrucken
- Aktuelle Rechtsprechung

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BFA075>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, einschließlich Justizvollzugsanstalten, die Auftragsvergaben durchführen und notwendige Fachkenntnisse erwerben wollen. Grundkenntnisse sind erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO (ehemals VOL/A), GWB, VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
26.08.2019	27.08.2019	Berlin	330,00 €	Referententeam
05.12.2019	06.12.2019	Berlin	330,00 €	Referententeam
11.12.2019	12.12.2019	Nürnberg	370,00 €	Referententeam
24.02.2020	25.02.2020	Nürnberg	400,00 €	Referententeam
23.04.2020	24.04.2020	Berlin	360,00 €	Referententeam

Die rechtssichere Friedhofssatzung/Friedhofsgebührensatzung

Fachseminar FRA014

Der schnelle Wandel in der Bestattungskultur, die Nachfrage nach neuen - insbesondere pflegefreien - Grabstättenarten und mehr Individualität bei der Gestaltung der Grabstätten erfordert ein regelmäßiges Überarbeiten, Anpassen und Ändern der Friedhofs-/Friedhofsgebührensatzungen. Im Seminar werden Hinweise und Tipps unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung für rechtssichere Friedhofssatzungen gegeben. Es wird empfohlen, auch das Seminar zum Friedhofsrecht (Code: FRA010) zu besuchen.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen zum Satzungsrecht
- Aufbau und Inhalt einer Friedhofssatzung
- Sonderregelungen bei kirchlicher Trägerschaft
- Monopolfriedhof
- Zulassung von Gewerbetreibenden
- Zusätzliche Bestattung von Urnen auf belegten Grabstellen
- Zeitlich unbefristete Grabstätten
- Gestaltungsvorschriften
- Standsicherheitsprüfung von Grabmalen
- Ortsfremden-/Andersgläubigenzuschlag
- Rechtsprechung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-FRA014>

Zielgruppe: Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter (Kirche und Kommune), die Friedhofs-/Friedhofsgebührensatzungen erstellen, ändern oder neu überarbeiten wollen. Grundkenntnisse des Friedhofsrechts im Sinne des Seminars Code: FRA010 sind erwünscht, jedoch nicht zwingend erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Friedhofssatzung, Friedhofsgebührensatzung

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
05.11.2019	06.11.2019	Berlin	330,00 €	Herr Martin Lahmsen
11.06.2020	12.06.2020	Berlin	360,00 €	Herr Martin Lahmsen

Im Mittelpunkt des Seminars stehen die typischen Fehlerquellen beim Zustandekommen kommunaler Satzungen. Trotz einer umfangreichen Rechtsprechung zu dieser Materie führen Verfahrens- und Formfehler immer wieder zur Unwirksamkeit von Bebauungsplänen, Gebühren- und sonstigen Satzungen. Welche Anforderungen sind zu beachten? Wo lauern typische Gefahren? Welche Angriffsmöglichkeiten gegen kommunale Satzungen bestehen? Welche Heilungsmöglichkeiten gibt es im Einzelfall? Anhand von Praxisbeispielen sollen Fehlerquellen aufgezeigt, die einschlägige Rechtsprechung dargestellt und Hinweise zur Fehlervermeidung gegeben werden. Die Teilnehmer haben die Gelegenheit, ihre praktischen Fragen in das Seminar einzubringen.

Schwerpunkte:

- Quellen des Satzungsrechts
- Verfahren bis zum Satzungsbeschluss
- Ausfertigung und Bekanntmachung
- Exkurs: Das Amtsblatt
- Normenkontrollverfahren und Inzidentkontrolle
- Heilungsmöglichkeiten
- Folgen rechtswidriger Satzungen

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-FUA029B>

Zielgruppe: Mit dem Satzungswesen befasste Mitarbeiter, vor allem aus Stadtplanungs- und Hauptämtern, Behördenmitarbeiter in Leitungsfunktionen, haupt- und ehrenamtliche Bürgermeister, Mandatsträger

Mitzubringende Arbeitsmittel: GemO/KVerf, BauGB

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
18.09.2019	18.09.2019	Berlin	220,00 €	Herr Dr. Michael Burrack

Seit geraumer Zeit werden Behörden und Gerichte vielfältig mit einer Gruppe sogenannter Reichsbürger konfrontiert, die - vereinfacht dargestellt - die völkerrechtliche Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen und behaupten, dass das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31.12.1937 fortbestehe. Sie ziehen daraus u. a. die Konsequenz, dass Führerscheine, Personalausweise, Reisepässe und andere Dokumente, die die Bundesrepublik Deutschland bzw. die in ihr zuständigen Behörden ausgegeben haben, nicht rechtsgültig seien und verwenden eigene Legitimationspapiere, die in unterschiedlichster Weise auf das Deutsche Reich Bezug nehmen. Damit einhergehend wehren sie sich gegen behördliche Bescheide, Anordnungen und Aufforderungen und führen oftmals nicht nur einen umfangreichen, sondern auch teils abstrus erscheinenden Schriftwechsel mit den Behörden. Ziel des Seminars ist es, den betroffenen Mitarbeitern in den Behörden, Argumente zu vermitteln, mit denen sie den Reichsbürgern effektiv und ohne langatmigen Schriftwechsel begegnen können. Auf das Seminar Code: FUE338 wird hingewiesen

Schwerpunkte:

- Kurzer geschichtlicher Abriss zum Verhältnis Deutsches Reich - Bundesrepublik Deutschland
- Der Umgang mit selbst erstellten Legitimationspapieren (Führerscheine, Reisepässe, Personalausweise etc.)
- Kurze strafrechtliche Würdigung der Herstellung und des Gebrauchs selbst gefertigter Ausweispapiere
- Die Bescheidung von Rechtsbehelfen und Eingaben mit dem Hintergrund Deutsches Reich
- Das Erfordernis einer konsequenten Verhaltensweise gegenüber Reichsbürgern
- Ausblick auf kommende Verhaltensweisen der Reichsbürger
- Darstellung der bisher ergangenen Rechtsprechung im Zusammenhang mit der Reichsbürger-Erscheinung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-FUA337>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Verwaltung, die praktische Berührung mit Reichsbürgern gehabt haben oder weiter haben; Beschäftigte, die für die Verwaltung allgemeine Konzepte zum Umgang mit Reichsbürgern entwerfen und handhaben (Mitarbeiter aus Ordnungsämtern, Bürgerämtern, KFZ- und Führerscheinstellen, Einwohnermeldeämtern, Passbehörden, Standesämtern, Rechtsämtern, Polizeidienststellen); weitere Interessenten

Mitzubringende Arbeitsmittel: Exemplar des Personalausweisgesetzes, der Führerscheinordnung und des Staatsangehörigengesetzes (wenn möglich)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
29.08.2019	29.08.2019	Düsseldorf	240,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann
01.04.2020	01.04.2020	Berlin	235,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann

Das gegenwärtige Kindschaftsrecht ist schon seit vielen Jahren in Kraft, aber die sog. unbestimmten Rechtsbegriffe ("Kindeswohl", "erforderlich", "angemessen" etc.) machen den Gerichten und Jugendämtern weiterhin zu schaffen. Das wird auch künftig so bleiben, weil sich die Begriffe nicht ein für alle Mal "definieren" lassen. Zwar kann jede Gerichtsentscheidung einen Einzelfall mehr oder weniger gut "lösen", jedoch stecken im nächsten Fall wieder viele ungelöste Fragen. Ziel des Seminars ist es, den Teilnehmern zu vermitteln, wie die Gerichte die Rechtsnormen im Einzelfall auslegen, was ausdiskutiert und was streitig ist. Es sollen einerseits (nur) die großen Entwicklungslinien der Rechtsprechung zum Kindschaftsrecht aufgezeigt, andererseits aber auch Einzelfälle besprochen werden. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem die neuen Entscheidungen des EuGHMR, des BVerfG und des BGH sowie interessante Beschlüsse der AmtGe und OLGe. Durch das Seminar sollen die Teilnehmer nicht nur das juristische Handwerkzeug (Subsumtion) besser beherrschen lernen, sondern auch zu offensiven Bemühungen um (individuelle) Norminterpretationen in der Praxis der Jugendämter angeregt werden.

Schwerpunkte:

- Sorgerecht
- Umgangsrecht
- Stiefkindschaft
- Verfahrensbeistandschaft
- Abstammung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-JUA005>

Zielgruppe: Führungskräfte und Mitarbeiter aus Jugendämtern (insb. aus dem ASD, aus Spezialdiensten, wie Familiengerichtshilfe, Pflegekinderdienste, Adoptionsvermittlungsstellen); Vormünder, Verfahrensbeistände, Familienrichter. Für die Teilnahme sind eigene praktische Erfahrungen hilfreich, aber nicht Voraussetzung.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, FamFG, ZPO, KJHG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
15.11.2019	15.11.2019	Berlin	220,00 €	Frau Prof. Dr. Helga Oberloskamp

Aktuelle Rechtsprechung im Kindesunterhaltsrecht

Fachseminar JUC102

Im Seminar wird ein Überblick über die aktuelle Rechtsprechung im Kindesunterhaltsrecht geboten. Neben wichtigen Grundsatzentscheidungen werden aktuelle, praxisrelevante Entscheidungen besprochen.

Schwerpunkte:

- Grundsatzentscheidungen
- Aktuelle Rechtsprechung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-JUC102>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Jugendämtern. Besondere Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, FamFG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
30.09.2019	30.09.2019	Berlin	220,00 €	Herr Joachim Beinkinstadt

Seit seiner Einführung im Jahr 2007 hat das Elterngeld einige Änderungen erfahren. Konfliktfelder zwischen Nichterwerbstätigen (Basiselterngeld), nichtselbstständig Erwerbstätigen und selbstständig Erwerbstätigen erschweren die Bearbeitung. Daran hat auch das Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs vom 10.09.2012 nichts geändert. Stattdessen hat das Anliegen nach möglichst flexibler partnerschaftlicher Kinderbetreuung durch das Elterngeld Plus weitere Intransparenz erzeugt. Das Elterngeld, das die ca. 8 Mio. Mütter und Väter inzwischen im Gesamtumfang von mehr als 40 Mrd. Euro bezogen haben, ist nicht zuletzt deshalb Gegenstand zahlreicher Rechtsstreitigkeiten und maßgeblich geprägt durch Rechtsanwendung und -fortbildung des BSG. Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu diesen Themenkreisen vertraut zu machen.

Schwerpunkte:

- Grundvoraussetzungen (§ 1 BEEG)
- Einbeziehung von Ausländern
- Minderung der Erwerbstätigkeit
- Einkommensgrenzen
- Dauer des Anspruchs (§ 4 BEEG)
- Partnermonate
- Höhe des Elterngeldes (§§ 2, 2a-f)
- Bemessung (Zeitraum, Einkommen)
- Einkommen in den Bezugsmonaten
- Anrechenbarkeit anderer Leistungen (§ 3 BEEG)
- Anrechnung auf andere Leistungen (§ 10 BEEG)
- Verfahren einschließlich Rückabwicklung (§§ 7 ff, § 26 BEEG)

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-JUD005>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Elterngeldstellen, Personalverwaltungen, Mitglieder der Personalvertretungen und Gleichstellungsbeauftragte; Mitarbeiter in den zuständigen Landesministerien

Mitzubringende Arbeitsmittel: BEEG, SGB I, SGB III, SGB X

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
20.11.2019	20.11.2019	Frankfurt am Main	310,00 €	Frau Dr. Elke Roos
01.04.2020	01.04.2020	Berlin	325,00 €	Frau Dr. Elke Roos

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen - Praxisprobleme unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung (§ 35a SGB VIII)

Workshop
JUE111

Aufbauend bzw. ergänzend zum Seminar „Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII - Anspruch und Umsetzung in der Praxis“ (Code: JUE110N) sollen in diesem Workshop das Interesse an und der Umgang mit den praktischen Problemen der täglichen Arbeit vertieft werden. Die Form eines Workshops soll den Teilnehmern die Möglichkeit eröffnen, praxisrelevante Fragen und Fälle in kompetenter Runde und unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung im Erfahrungsaustausch zu erörtern. Für die Teilnehmer besteht in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, dem Kommunalen Bildungswerk e. V. Fragen und Problemstellungen vorab mitzuteilen. Die folgenden Themenschwerpunkte werden als Diskussionsgrundlage angeboten.

Schwerpunkte:

- Leistungsvoraussetzungen nach § 35a SGB VIII
- Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit zu anderen Sozialleistungsträgern
- Einzelne Hilfearten nach § 35a SGB VIII
- Aktuelle Rechtsprechung
- Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-JUE111>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Wirtschaftlichen Jugendhilfe sowie Leitungskräfte der Jugendämter, die am Entscheidungsprozess dieser Hilfeart beteiligt sind und ihre Kenntnisse auf diesem Gebiet gezielt vervollständigen möchten. Für einen gewinnbringenden Erfahrungsaustausch ist auch die Teilnahme von sozialpädagogischen Fachkräften erwünscht. Vorkenntnisse werden vorausgesetzt. Der Besuch des Seminars Code: JUE110N ist hilfreich, jedoch nicht zwingend erforderlich

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB VIII, IX, XII

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
13.01.2020	13.01.2020	Nürnberg	235,00 €	Herr Michael Wagner

Das Seminar vermittelt einen Überblick über aktuelle Entwicklungen in der Rechtsprechung zum kirchlichen Arbeitsrecht und behandelt Themen aus der Personalpraxis in kirchlichen Einrichtungen. Die vorgestellten Entscheidungen und Einzelthemen sind relevant für Einrichtungsträger der Diakonie und Caritas sowie für den gesamten Bereich der verfassten Kirche. Fragen, Diskussionsbeiträge und Beispielfälle aus dem Teilnehmerkreis sind ausdrücklich erwünscht und können bis 14 Tage vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. eingereicht werden.

Schwerpunkte:

- Aktuelle Rechtsprechung von BAG und BVerfG zu Kündigung, Diskriminierung und Streikrecht mit Hinweisen zu den Auswirkungen auf die betriebliche Praxis
- Aktuelle Rechtsprechung kirchlicher Gerichte (KGH EKD und KAGH) mit Hinweisen zu den Auswirkungen auf die betriebliche Praxis
- Kürzung der Jahressonderzahlung nach AVR.DD
- Betriebsübergang, insbesondere Bezugnahme auf AVR bei Betriebsübergang und Gesellschafterwechsel
- Risiken und Vermeidungsstrategien bei betrieblicher Übung im kirchlichen Dienst
- Reichweite und Grenzen der Gewerkschaftsrechte in kirchlichen Einrichtungen und Dienststellen
- Beteiligung der MAV im Vorfeld von Einstellungen
- Beteiligung der MAV vor Ausspruch ordentlicher und außerordentlicher Kündigungen unter besonderer Berücksichtigung einer ordentlichen Unkündbarkeit
- Überblick über typische verhaltens-, personen- und betriebsbedingte Kündigungsgründe

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-KIR001>

Zielgruppe: Personalleiter; Personalreferenten; Geschäftsführer von Einrichtungen der Diakonie und Caritas; Personalmitarbeiter von Bistümern; Landeskirchen; Diakonischen Werken; Caritasverbänden und sonstigen kirchlichen Institutionen, die sich aus Arbeitgebersicht einen Überblick über die Materie verschaffen oder ihre Kenntnisse vertiefen möchten

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
23.10.2019	23.10.2019	Berlin	220,00 €	Herr Dr. Christian von Tiling

Im Seminar wird der oftmals bestehende Konflikt zwischen Unternehmens- und Gemeindeinteresse beleuchtet. Dazu werden die Grundlagen der kommunalwirtschaftlichen Betätigung sowie Art und zulässiger Umfang von Ausgliederungen angesprochen. Rechte, Pflichten und Haftung der kommunalen Vertreter in Aufsichtsräten werden anhand von Beispielen vermittelt. Die Aufgabe des Beteiligungsmanagements im Rahmen der Mandatsbetreuung wird ausführlich dargestellt. Zudem wird die Aufgabenstellung des Aufsichtsrats bei der Jahresabschlussprüfung praxisnah erläutert. Ebenso gehören Vorschläge zur Optimierung der Aufsichtsratsarbeit zum Inhalt des Seminars.

Schwerpunkte:

- Rechte, Pflichten und Haftung der kommunalen Vertreter in Aufsichtsräten
- Grundzüge des Kommunalwirtschaftsrechts
- Organisationsformen von Ausgliederungen
- Besonderheiten der Tätigkeit in Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen
- Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsmanagement

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-KWA060Z>

Zielgruppe: Kommunale Aufsichtsratsmitglieder, Bürgermeister, Dezernenten, Kämmerer, Mitarbeiter in der Kämmerei, dem Rechnungsprüfungsamt, dem Rechtsamt, im Beteiligungsmanagement und in den Beteiligungsunternehmen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
25.06.2019	25.06.2019	Berlin	220,00 €	Herr Dr. Stephan Kuhnert
28.05.2020	28.05.2020	Berlin	235,00 €	Herr Dr. Stephan Kuhnert

Gebietskörperschaften, Kirchen und auch private Grundstückseigentümer vergeben vermehrt neue Erbaurechte. Andere, welche sich dem Fristablauf nähern, sollen evtl. verlängert werden. Bestehende Erbaurechte bereiten zunehmend Probleme (Ausbleiben von Erbbauzinszahlungen, Zweck geändert, Zwangsversteigerung, Heimfall). Zur Wahrung der Interessen des Erbaurechtsgebers sind optimal ausgestaltete Erbaurechtsverträge notwendig, die ihm für jede Situation eine optimale Rechtsposition sichern. Im Seminar werden die Teilnehmer mit den entsprechenden vertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten vertraut gemacht. Es werden Kenntnisse über die aktuelle Rechtslage (BGH) nach Fristablauf vermittelt. Ferner werden die Erbbauzinsgestaltung, -anpassung und -durchsetzung thematisiert. Fragestellungen der Teilnehmer sind ausdrücklich erwünscht und fließen in die Gestaltung des Seminars ein. Sie sollten möglichst bis 2 Wochen vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. eingereicht werden.

Schwerpunkte:

- Sichere Vertragsgestaltung
- Zwangsversteigerung durch Grundstückseigentümer oder Bank
- Position des Erbbauzins bei Zwangsversteigerung
- Heimfall: Vor- und Nachteile der Geltendmachung
- Wertgesicherter, versteigerungsfester Erbbauzins
- Anpassung von Altverträgen
- Beendigung durch Zeitablauf - Rechtsfolgen (neue BGH-Rechtsprechung)
- Verlängerung, Aufhebung
- Eigentümer-, Gesamt-, Unter-, Nachbar- und Wohnungserbaurecht

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-LIB185>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Gebietskörperschaften, von Kirchen und privaten Erbaurechtsgebern, die zur Erledigung ihrer Aufgaben vertiefte Kenntnisse aus dem Bereich des Erbaurechts benötigen oder die ihre Kenntnisse im Bereich des Grundstücksrechts erweitern möchten. Allgemeine Kenntnisse im Immobilienrecht und im Erbaurecht sind erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
25.06.2019	25.06.2019	Kassel	240,00 €	Herr Helmut Wagner
24.10.2019	24.10.2019	Berlin	220,00 €	Herr Helmut Wagner
02.04.2020	02.04.2020	Berlin	235,00 €	Herr Helmut Wagner

Städte und Gemeinden gehen vermehrt dazu über, Eigentum an ihren Grundstücken zu behalten und für die Schaffung von Wohnungen und von gewerblichen Bauten Erbbaurechte einzuräumen. Hinzu kommt, dass die kommunalen Körperschaften aus vergangenen Jahrzehnten einen Altbestand an Erbbaurechten verwalten. Den neuen Bundesländern wurde durch das Sachenrechtsbereinigungsgesetz zudem die Möglichkeit eröffnet, Gebäudeeigentum in Erbbaurechte überzuleiten. Das Erbbaurecht besitzt Doppelnatur: zum einen steht es als Belastung im Grundstücksgrundbuch, zum anderen veräußert es im Erbbaugrundbuch das grundstücksgleiche Eigentum am Bauwerk. In diesem Seminar sollen die rechtlichen Grundlagen für den Umgang mit dem Erbbaurecht in der kommunalen Praxis vermittelt werden.

Schwerpunkte:

- Einordnung des Erbbaurechts im Gefüge des Sachenrechts
- Gesetzlicher Inhalt und Verkehrsfähigkeit des Erbbaurechts
- Vertraglicher Inhalt mit Verfügungsbeschränkungen und Heimfallsanspruch
- Erbbauzins mit Anpassungsregelungen
- Bestellung eines Erbbaurechts (mit Besprechung eines Erbbaurechtsvertrags und von Mustereintragen im Grundstücksgrundbuch sowie im Erbbaugrundbuch)
- Verfügungsgeschäfte über das Erbbaurecht (Übertragung, Belastung, Inhaltsänderung)
- Zwangsvollstreckung in das Erbbaurecht
- Gesamterbbaurecht, Wohnungserbbaurecht, Untererbbaurecht
- Erbbaurecht und Sachenrechtsbereinigung in den neuen Bundesländern

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-LIB180>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Liegenschafts- und Rechtsämtern, Mitarbeiter von kirchlichen Einrichtungen, sonstige Interessenten. Grundkenntnisse im allgemeinen Liegenschaftsrecht sind von Vorteil.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
03.07.2019	04.07.2019	Berlin	330,00 €	Herr Helmut Wagner
29.01.2020	30.01.2020	Berlin	360,00 €	Herr Helmut Wagner
25.03.2020	26.03.2020	Kassel	400,00 €	Herr Helmut Wagner

Neben der Erörterung des Mietrechts unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung und dem neuen Mietanpassungsgesetz wird im Seminar das „Handwerkszeug“ einer modernen Mietverwaltung vermittelt. Die Teilnehmer lernen, unter Bezugnahme auf die aktuelle BGH-Rechtsprechung, die neue Datenschutz-Grundverordnung und weitere neueste Verordnungen, anhand von Fallbeispielen schnell und flexibel alle Probleme der Mietverwaltung zu bearbeiten. So werden z. B. Mieterhöhungen berechnet, Betriebskostenabrechnungen erstellt und rechtssichere Kündigungen verfasst. Durch Tipps und Ratschläge aus der Praxis soll die Betreuung der Mieter erleichtert werden. Fragen der Teilnehmer werden beantwortet, Einzelfälle gelöst. Es werden Mustertexte, Checklisten und Organisationshilfen vorgestellt.

Schwerpunkte:

- Mietanpassungsgesetz seit 2019
- Datenschutz-Grundverordnung: Mietverträge, Selbstauskunftsformulare, Bonitätsüberprüfung etc.
- Mietverträge sicher abschließen und beenden
- Mietzahlungen, Erstellung von Mieterhöhungen (Muster)
- Betriebskostenabrechnung (Muster)
- Bei Mängeln der Mietsache richtig reagieren
- Mietverhältnisse richtig beenden und abwickeln
- Wofür haftet der Mietverwalter? Verkehrssicherungspflicht - was ist zu beachten?
- Instandhaltung und Modernisierung
- Der Umgang mit dem nicht zahlenden/schwierigen Mieter
- Organisation und Kostenminimierung in der Mietverwaltung
- Novellierung des Mietrechts
- Novellierung der Trinkwasserverordnung - Legionellen - was nun?
- Was beim Anbringen von Rauchwarnmeldern zu beachten ist

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-LIB290>

Zielgruppe: Führungskräfte, Mitarbeiter in öffentlichen Verwaltungen, insbesondere aus Liegenschaftsämtern, Jobcentern, Rechnungsprüfungsämtern; Mitarbeiter von Mietverwaltungsunternehmen, Immobilienmaklern, Wohnbaugesellschaften, Rechtsämtern sowie Haus- und Wohnungseigentümer

Mitzubringende Arbeitsmittel: Taschenrechner

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
18.09.2019	18.09.2019	Düsseldorf	240,00 €	Frau Ute Missal
06.11.2019	06.11.2019	Berlin	220,00 €	Frau Ute Missal
11.02.2020	11.02.2020	Nürnberg	255,00 €	Frau Ute Missal
18.05.2020	18.05.2020	Berlin	235,00 €	Frau Ute Missal

In den letzten Jahren sind - nicht zuletzt begünstigt durch den Wegfall der EU-Binnengrenzen, die Öffnung der Grenzen zu den östlichen Nachbarn und einen vielfach beklagten bundesweiten Trend des „Rückzugs der Polizei aus der Fläche“ - Probleme der Gefahrenabwehr in bisher nicht bekannter Vielfalt und Intensität auf die Kommunen zugekommen. Das Seminar soll helfen, diese täglichen Herausforderungen praxisnah durch intensive Diskussion, Aufzeigen von Lösungswegen und Einbindung der neueren Rechtsprechung für den Bereich des Gewerbe- und Gaststättenrechts zu bewältigen.

Schwerpunkte:

- Die Neufassung der GewO - Auswirkungen der europäischen Dienstleistungsrichtlinie
- Begriff und Arten des Gewerbes (Abgrenzungsfragen)
- Die Erlaubnis beim stehenden Gewerbe: Erteilung; Nebenbestimmungen; Erlöschen; Aufhebung
- Die Verhinderung erlaubnispflichtiger stehender Gewerbetätigkeiten
- Schaustellung von Personen, Makler und Bauträger, Bewachungsgewerbe
- Begriff und Arten des Reisegewerbes - die Reisegewerbekarte: Erteilung; Nebenbestimmungen; Aufhebung
- Kaffeefahrten und sonstige Wanderlager
- Anbieten von Waren und Leistungen aus mobilen Verkaufsständen
- Begriff und Arten von Marktveranstaltungen - die Zulassung von Anbietern und Ausstellern, Inhalt der Marktfestsetzung
- Begriff und Arten von Gaststätten unter Betrachtung der jeweiligen Ländergaststättengesetze
- Die gaststättenrechtliche Erlaubnis (Erteilung, Versagung, Nebenbestimmungen, Aufhebung), Erteilung von Anordnungen nach den Ländergaststättengesetzen
- Zuverlässigkeit des Gastwirts
- Gaststättenrecht im Kontext mit dem Bau- und Immissionsschutzrecht

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORA060>

Zielgruppe: Führungskräfte und Mitarbeiter von Kommunalverwaltungen, insbesondere von Städten und Gemeinden, die übergreifende Aufgaben der allgemeinen Gefahrenabwehr wahrzunehmen haben und sich problemorientiert einschlägige Rechts- und Verfahrenkenntnisse aneignen wollen. Praktische Verwaltungserfahrungen werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: GewO, GastG, VwVfG, VwGO und OWiG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
16.09.2019	17.09.2019	Berlin	330,00 €	Herr Joachim Simon

Im Bußgeldverfahren für Verkehrsordnungswidrigkeiten nach § 24 StVG ist die Beweissicherung im Vor- und Zwischenverfahren von größter Bedeutung. Fehlende oder lückenhafte Feststellungen führen bei Verwarnungen zur Unwirksamkeit oder lassen einen Bußgeldbescheid nicht rechtskräftig werden. Allenfalls führen sie im Gerichtsverfahren zur Einstellung des Verfahrens. Deshalb ist eine unangreifbare Beweisführung im Interesse der Verfolgungsbehörde. Stets muss aber auch eine Abwägung zwischen vertretbarem Aufwand im Einzelfall und ausreichender Beweissicherung erfolgen. Die strikte Beachtung landesrechtlicher Bestimmungen zum Aufstellen der Messgeräte zur Geschwindigkeitsmessung ist dabei sehr wichtig. Mit den Teilnehmern werden die aktuelle Rechtsprechung, insbesondere die verfassungsrechtlichen Entscheidungen sowie die dazu ergangenen obergerichtlichen Ausführungen zu bestimmten Messmethoden diskutiert.

Schwerpunkte:

Parküberwachung

- Skizzen, Fotoaufnahmen und Notizen vor Ort zur Gedächtnisstütze vor Gericht
- Vornotierungen, Ventilstellungen
- Abschleppprotokolle

Geschwindigkeitsüberwachung

- Grundsätzliches zu Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverboten
- Messbilder und -protokolle
- Eichurkunden der Messgeräte
- Haltereigenschaft und Verantwortlichkeit des Fahrers
- Auswertung und Abgleich von Lichtbildern
- Datenerhebungen und -schutz

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORA122>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Parkraum- und Geschwindigkeitsüberwachung und des Ermittlungsdienstes im Außendienst; Mitarbeiter für Ermittlungen und Auskünfte im Innendienst oder Sachbearbeiter bei Bußgeldstellen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
05.12.2019	05.12.2019	Berlin	220,00 €	Herr Peter Weber
16.06.2020	16.06.2020	Berlin	235,00 €	Herr Peter Weber

Das Seminar führt systematisch in die Materie des Fahrerlaubnisrechts ein und vermittelt die grundlegenden Kenntnisse auf diesem Rechtsgebiet. Die in der praktischen Arbeit der Fahrerlaubnisbehörden auftretenden tatsächlichen und rechtlichen Probleme werden anhand zahlreicher Fallbeispiele aus der aktuellen Rechtsprechung dargestellt und besprochen. Dabei soll auch aufgezeigt werden, welche inhaltlichen Anforderungen an eine „gerichts feste“ behördliche Maßnahme zu stellen sind. Die Teilnehmer können dem Dozenten bis zwei Wochen vor dem Seminar über das Kommunale Bildungswerk e. V. spezielle Fragestellungen zuleiten, die im Rahmen des Seminars besprochen werden sollen.

Schwerpunkte:

- Ersterteilung einer Fahrerlaubnis
- Bindung der Fahrerlaubnisbehörde an Strafurteile
- Körperliche Eignung (Alter, Drogen, Alkohol), charakterliche Eignung
- Maßnahmen der Verwaltungsbehörde (ärztliches Gutachten/Drogen-Screening, MPU)
- Punktesystem bzw. Neuregelung des Fahreignungs-Bewertungssystems
- Fahrerlaubnis auf Probe, Führerschein mit 17 Jahren
- Führerscheintourismus (mit Darstellung der EuGH-Entscheidungen, der verschiedenen Fallgestaltungen sowie der behördlichen Handlungsmöglichkeiten)
- Aktuelle Änderungen der Fahrerlaubnis-Verordnung bzw. des Straßenverkehrsgesetzes, insbesondere durch das 6. Gesetz zur Änderung des StVG vom 28.11.2016 und die 11. Verordnung zur Änderung der FeV (zur Umsetzung der 3. EU-Führerscheinrichtlinie)

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORA160>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, die mit der Bearbeitung von Führerscheinangelegenheiten befasst sind. Das Seminar eignet sich sowohl für Mitarbeiter, die erst kurzfristig im Bereich des Fahrerlaubnisrechts tätig sind, als auch für langjährig in diesem Bereich Tätige.

Mitzubringende Arbeitsmittel: StVG, FeV (mit Anlage 4)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
14.11.2019	15.11.2019	Berlin	330,00 €	Herr Peter Roitzheim
23.04.2020	24.04.2020	Berlin	360,00 €	Herr Peter Roitzheim

Dieses Fachseminar richtet sich ausschließlich an Bearbeiter, die das Sachgebiet Fahrlehrerrecht neu übernommen haben oder als Vertreter fungieren. Es werden fundierte Kenntnisse der Thematik vermittelt und die praktische Umsetzung erläutert. Dabei werden auch einzelne Problemfälle behandelt. Ziel ist es, dass die Teilnehmenden einen kompletten Überblick über die grundlegenden Verfahren im Fahrlehrerrecht erhalten. **Das Konzept sieht vor, dass das Seminar als Ganzes oder auch nur einer der beiden Teile gebucht werden kann.**

Schwerpunkte:

Teil 1 - Fahrlehrer

- Erwerb der Fahrlehrerlaubnisse
- Voraussetzungen, wie Schulbildung und Berufsabschlüsse, gleichwertige Abschlüsse, Ausbildung zum Fahrlehrer, Geltungsdauer der Bescheinigung über die Ausbildung, nachzuweisende Fahrpraxis, Fahrlehrerprüfung, Zuverlässigkeit
- Ruhen, Rücknahme, Widerruf oder Erlöschen der Fahrlehrerlaubnis(se), Nachträglicher Wegfall von Voraussetzungen, wie Verzicht auf die Fahrerlaubnisklasse(n) CE/DE, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Auflagen, Befristung
- Behördenfahrlehrer, Ausbildungsfahrlehrer, Seminarerlaubnisse
- Fortbildung der Inhaber einer Fahrlehr- und Seminarerlaubnis
- Fahrlehrer mit gelegentlicher und vorübergehender Tätigkeit
- Ausnahmen zum Fahrlehrerrecht / Aktuelle Rechtsprechung und Problemfälle

Teil 2 - Fahrschulen

- Erteilung der Fahrschul- und der Zweigstellenerlaubnis, Nachweis der Voraussetzungen (hauptberufliche Tätigkeit, Zuverlässigkeit, Fahrschulbetriebswirtschaftslehrgang, Unterrichtsräume, Lehrmittel, Ausnahmen)
- Voraussetzungen für die Bestellung verantwortlicher Leiter bei juristischen Personen, Ausscheiden des verantwortlichen Leiters, weiterer Einsatz als verantwortlicher Leiter
- Nachträglicher Wegfall von Voraussetzungen (z. B. der Unterrichtsraum ist nicht nutzbar)
- Rechtsgrundlagen zum Widerruf der Fahrschülerlaubnis, „Schwere“ der Gründe zum Widerruf
- Gemeinschaftsfahrschulen, Ausbildungsfahrschulen
- Fahrschülerlaubnis zur vorübergehenden und gelegentlichen Ausbildung von Fahrschülern
- Die Fahrschule als Ausbildungsstätte nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikationsgesetz / Aktuelle Rechtsprechung und Problemfälle

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORA168N>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, die sich neu mit der Erteilung von Fahrlehrer- und Fahrschülerlaubnissen befassen bzw. als Vertreter fungieren, z. B. bei den Straßenverkehrsämtern bzw. bei den Regierungspräsidien. Für dieses Seminar sind keine Vorkenntnisse erforderlich. Anmeldungen für den Gesamtkurs werden vorrangig berücksichtigt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: FahrIG, FahrschAusbO, DV-FahrIG, FahrIGPrüfO, FeV, GebOST

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
09.10.2019	11.10.2019	Hamburg	495,00 €	Herr Klaus Napierski
25.03.2020	27.03.2020	Berlin	480,00 €	Herr Markus Behnke

Spezielle Fragen des Fahrlehrerrechts - Fahrlehrer- und Fahrschülerlaubnis - unter Berücksichtigung der aktuellen Gesetzesänderungen und der neuesten Rechtsprechung

Spezialseminar ORA168P

Mitarbeiter, die bereits über Grundkenntnisse und Erfahrungen im Fahrlehrerrecht verfügen, werden im Seminar mit den aktuellen Gesetzesänderungen und der neuesten Rechtsprechung vertraut gemacht. Auch die Besprechung von Beispielfällen ist Gegenstand dieses Seminars. Die Teilnehmer werden gebeten, Fragestellungen bis 14 Tage vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einzureichen.

Schwerpunkte:

- Änderungen zum Erwerb der Fahrlehrererlaubnis: neue Voraussetzungen, Zulassung zur Fahrlehrerprüfung; nachträglicher Wegfall von Voraussetzungen, wie Verzicht auf eine oder mehrere Fahrerlaubnisklasse/n, insbesondere C/CE und D/DE
- Neuerteilung der Fahrlehrererlaubnis
- Vorübergehende und gelegentliche Tätigkeit als Fahrlehrer und Fahrschulinhaber im Inland
- Änderung einer Fahrschülerlaubnis: nachträglicher Wegfall von Voraussetzungen, wie Verzicht auf eine oder mehrere Fahrerlaubnisklasse/n insbesondere C/CE und D/DE; Einsetzen eines neuen verantwortlichen Leiters eines Ausbildungsbetriebs
- Aktuelle Rechtsprechung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORA168P>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, die sich mit der Erteilung von Fahrlehrer- und Fahrschülerlaubnissen befassen bzw. als Vertreter fungieren, z. B. bei den Straßenverkehrsämtern bzw. Regierungspräsidien. Für dieses Seminar sind Grundkenntnisse im Fahrlehrerrecht erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: FahrIG, DV-FahrIG, FahrIGPrüfO, FahrschAusBO, FeV, GebOST

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
13.08.2019	14.08.2019	Berlin	330,00 €	Herr Klaus Napierski
12.03.2020	13.03.2020	Hannover	400,00 €	Herr Klaus Napierski

Spezielle Fragen des Fahrlehrerrechts - Überwachung von Fahrlehrern und Fahrschulen - unter Berücksichtigung der aktuellen Gesetzesänderungen und der aktuellen Rechtsprechung

Spezialseminar ORA168U

Dieses Spezialseminar baut auf bestehende Grundkenntnisse im Fahrlehrerrecht auf. Es richtet sich insbesondere an Bearbeiter, die schon Erfahrungen im Fahrlehrerrecht besitzen. Gegenstand des Seminars sind einerseits die Vermittlung von neuen Gesetzesänderungen und andererseits die Besprechung von praktischen Fällen, die von allgemeinem Interesse sind. Die Teilnehmer werden gebeten, ihre Fragestellungen bis zwei Wochen vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einzureichen.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen: allgemeine Bestimmungen; Arten der Überwachung; Formen der Überwachung
- Bericht der Formalüberwachung
- Bericht der Qualitätskontrolle
- Überwachung des Seminarleiters
- Qualitätssicherungssystem
- Ordnungswidrigkeiten in Bezug auf die Überwachung: Erteilung von Auflagen, auch nachträglich; Bußgeldkatalog; Nachkontrolle
- Aktuelle Rechtsprechung und Problemfälle

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORA168U>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, die sich mit der Erteilung von Fahrlehrer- und Fahrschülerlaubnissen befassen bzw. als Vertreter fungieren, z. B. bei den Straßenverkehrsämtern bzw. Regierungspräsidien. Für dieses Seminar sind Grundkenntnisse im Fahrlehrerrecht erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: FahrIG, DV-FahrIG, OWiG, FahrschAusbO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
04.09.2019	04.09.2019	Berlin	220,00 €	Herr Klaus Napierski

Das Seminar richtet sich in erster Linie an Mitarbeiter der Vollzugsbehörden, die in der Praxis mit der Erteilung von gewerberechtlichen Erlaubnissen betraut sind sowie an Bedienstete, die konkret mit der Kontrolltätigkeit vor Ort befasst sind (z. B. Kontrollen von Gaststätten, Reisegewerbe, Marktveranstaltungen sowie weiteren genehmigungspflichtigen Gewerben). Im 2. Teil (ORB028A-2) erlernen die Teilnehmenden, wie sie rechtssicher eine Spielhallenkontrolle durchführen und die Funktionsfähigkeit der Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit überprüfen können. Den Teilnehmern wird die nötige Sicherheit in der Rechtsanwendung vermittelt und die Fähigkeit gegeben, souverän und bestimmt aufzutreten. Anhand von Fallbeispielen erfolgt eine anschauliche Vermittlung aller Inhalte unter Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung und Gesetzgebung. Fragestellungen können bis zu zwei Wochen vor dem Termin beim Kommunalen Bildungswerk e. V. eingereicht werden.

Schwerpunkte:

Teil 1 - Gewerberecht in der Praxis

- Begriffe und Arten des Gewerbes (Abgrenzung)
- Die Erlaubnis beim stehenden Gewerbe: Welche Gewerbe bedürfen der Erlaubnis?; Was ist bei der Erteilung der Erlaubnis zu prüfen?; Sind Auflagen oder Bestimmungen erforderlich?; Wann erlischt die Erlaubnis?
- Prüfung der gewerberechtlichen Zuverlässigkeit im Erlaubnis- als auch im Widerrufsverfahren
- Besondere Schwerpunkte: Gaststättenrecht; Reisegewerbe; Marktrecht
- Wie verhindere ich die rechtswidrige Ausübung erlaubnispflichtiger stehender Gewerbe und des Reisegewerbes inkl. reisegewerbekartenfreier Tätigkeiten?
- Weitere Gewerbe, die einer Erlaubnis bedürfen: Automatenaufstellergewerbe; Bewachungsgewerbe; Maklergewerbe; Schaustellung von Personen; Betrieb von Spielhallen
- Gewerbliche Tätigkeiten an Sonn- und Feiertagen
- Ladenschlussrecht
- Sanktionierung von Gesetzesverstößen (Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren und Ahndung vor Ort)
- Neueste Entwicklungen im Gewerberecht (z. B. aktueller Stand bei der Umsetzung der EU-DLR, die neuesten Gaststättengesetze der Länder)

Teil 2 - Spielhallenkontrolle

- Rechtssichere Überprüfung von Spielhallen und Geldspielgeräten in der Praxis vor dem Hintergrund der neuen Spielverordnung und des gewerblichen Spielrechts
- Feststellen und Ahndung von Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen, welche in den Zuständigkeitsbereich der Teilnehmer fallen
- Möglichkeiten der Ahndung mittels Geldbuße oder Verfallsanordnung
- Darstellung anhand des Ordnungswidrigkeitengesetzes

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORB028A>

Zielgruppe: Mitarbeiter der örtlichen Erlaubnis- und Kontrollbehörden, insbesondere der Städte und Gemeinden, die im Bereich des Gewerbe- und Ordnungsrechts tätig sind und sich praxisorientiert einschlägige Rechts- und Verfahrenskennnisse aneignen bzw. vertiefen wollen. Grundkenntnisse im Gewerberecht sind notwendig, praktische Erfahrungen werden jedoch nicht zwingend vorausgesetzt. Bitte beachten Sie, dass die Anmeldungen für den Gesamtkurs vorrangig berücksichtigt werden

Mitzubringende Arbeitsmittel: GewO, Gaststättengesetz, VwVfG, OWiG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
18.11.2019	20.11.2019	Berlin	435,00 €	Herr Joachim Simon
27.04.2020	29.04.2020	Berlin	480,00 €	Herr Joachim Simon

Das Gewerberecht sieht, gemäß dem ihm zugrunde liegenden Gedanken der Gefahrenabwehr, die Versagung, die Rücknahme oder den Widerruf einer gewerberechtlichen Erlaubnis sowie die Untersagung eines erlaubnisfreien Gewerbes bei gewerberechtlicher Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden vor. § 12 der Gewerbeordnung beschränkt die Zulässigkeit entsprechender Verfahren bei Insolvenz des Gewerbetreibenden. Das Seminar hat einerseits zum Ziel, den mit dieser Problematik befassten Mitarbeitern der Gewerbebehörden wesentliche Kenntnisse zum Ablauf und zu den rechtlichen Wirkungen des Regelinsolvenzverfahrens zu vermitteln - inklusive zwischenzeitlicher Novellierungen - sofern sie für die Durchsetzung gewerberechtlicher Belange von Bedeutung sind. Andererseits werden Voraussetzungen, Zulässigkeit und Grenzen von Gewerbeuntersagungs- und Erlaubnisentzugsverfahren in Abhängigkeit vom jeweiligen Stand des Insolvenzverfahrens behandelt. Dazu werden anhand der aktuellen Rechtsprechung Fallbeispiele diskutiert. Fragestellungen können die Teilnehmer bis zwei Wochen vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einreichen.

Schwerpunkte:

- Verfahrensablauf und rechtliche Wirkungen eines Insolvenzverfahrens
- Schutzschirmverfahren und Eigenverwaltung
- Kriterien für die Unzuverlässigkeit eines Gewerbetreibenden
- Verhältnis zwischen Gewerbeuntersagungsverfahren und Insolvenzverfahren
- Stellung der Gewerbeerlaubnis bzw. des Rechts zur Gewerbeausübung in der Insolvenz
- Vertretungsbefugnis des Insolvenzverwalters in einem Gewerbeuntersagungsverfahren
- Anwendungsbereich des § 12 GewO und seine Grenzen
- Folgen der Insolvenz für bereits eingeleitete Gewerbeuntersagungsverfahren bzw. für die Vollstreckung bereits bestandskräftiger Untersagungsbescheide
- Freigabe der selbstständigen gewerblichen Tätigkeit des Schuldners durch den Insolvenzverwalter - Sperrwirkung des § 12 GewO auch hier?
- Voraussetzungen für die Fortsetzung eines Gewerbeuntersagungsverfahrens
- Restschuldbefreiung - Voraussetzung für die Wiedergestattung der Gewerbeausübung?

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORB033Z>

Zielgruppe: Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltungen, die mit der Anordnung und Vollstreckung gewerberechtlicher Verfügungen befasst sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: GewO, InsO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
24.06.2019	24.06.2019	Berlin	220,00 €	Frau Dr. Renate Hrzan

In ihrer Funktion als untere Ordnungsbehörde haben Kommune und Landkreis in fast allen Bundesländern wichtige Aufgaben im Bereich des Versammlungswesens zu erfüllen. Die keineswegs einheitliche und verschiedentlich stark interpretationsbedürftige Rechtsprechung sowie das nur lückenhaft regelnde Versammlungsgesetz lassen mancher Rechtsunsicherheit Raum. Im Seminar werden Mitarbeiter der Behörde angeleitet, die in der Praxis häufig auftauchenden Zweifelsfragen und Schwierigkeiten zu überwinden. Nach der Darstellung der grundsätzlichen Rechtssituation unter Einbindung der aktuellen Rechtsprechung sollen die häufigsten Problemlagen intensiv diskutiert und Lösungswege aufgezeigt werden.

Schwerpunkte:

- Zuständigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Unterschiede in den Ländern
- Grundbegriffe des Versammlungsrechts: Versammlung; Einschränkung des Versammlungsbegriffs durch die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts; Spontan- und Eilversammlung; Uniform- und Waffenverbot; Verlust des Versammlungsrechts; Befugnisse des Veranstalters und der Polizei; Rückgriff auf das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht; Abgrenzung zu kulturellen Veranstaltungen
- Aufgabenteilung, insbesondere die Abgrenzung zur Polizei
- Die Befugnisse der Behörde bei öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen
- Die Befugnisse der Behörde bei öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel: Anmeldepflicht des Veranstalters und Kooperationsgebot; Verbot und Auflagenerteilung, insbesondere unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit und der Deeskalation; bloße Verstöße gegen die öffentliche Ordnung, also gegen die ungeschriebenen Regeln des menschlichen Zusammenlebens, als Beschränkungsmöglichkeit, insbesondere rechtsextremer aber nicht verbotener Gruppierungen
- Auswertung ausgewählter Gerichtsentscheidungen
- Überblick über Gesetze, die das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit tangieren (BannmeiG, Feiertagsschutzgesetze, StVO usw.) und über das einschlägige Nebenstrafrecht

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORC020>

Zielgruppe: Führungskräfte und Mitarbeiter aller Verwaltungen, die neu mit Aufgaben des Versammlungswesens betraut sind

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
12.12.2019	13.12.2019	Berlin	330,00 €	Herr Prof. Norbert Ullrich
25.05.2020	26.05.2020	Berlin	360,00 €	Herr Prof. Norbert Ullrich

Aktuelle Rechtsprechung zum Ausländerrecht

Spezialseminar ORD035S

Im Seminar wird ein Überblick über die aktuelle Rechtsprechung zu Aufenthaltsgesetz und Freizügigkeitsgesetz/EU gegeben. Behandelt werden sämtliche, in der jüngeren Zeit ergangene, wichtige Entscheidungen im Bereich des Aufenthaltstitelrechts, des Rechts der Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts sowie der Abschiebung und Duldung. Ein umfangreiches Volltextmanuskript zu den behandelten Seminarinhalten wird ausgehändigt.

Schwerpunkte:

- Die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln
- Freizügigkeitsrecht und ARB 1/80
- Die Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts
- Die Abschiebung
- Die Duldung
- Jüngste Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und der Oberverwaltungsgerichte

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORD035S>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus öffentlichen Verwaltungen und von privaten Trägern, die sich mit ausländerrechtlichen Fragen befassen und ihre Kenntnisse vertiefen und erweitern wollen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetze zum Ausländerrecht

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
16.09.2019	17.09.2019	Berlin	380,00 €	Herr Dr. Martin Fleuß
09.03.2020	10.03.2020	Berlin	410,00 €	Herr Dr. Martin Fleuß

Das Seminar befasst sich mit den rechtlichen Grundlagen der Entstehung und Durchsetzung der Ausreisepflicht von Drittstaatsangehörigen und Unionsbürgern, vor allem mit der Ausweisung und Abschiebung und einem anschließenden Einreise- und Aufenthaltsverbot. Dabei liegen die Schwerpunkte auf den nationalen Vorschriften und ihrem Verhältnis zum supranationalen Recht, wie z. B. der Rückführungsrichtlinie und dem Beschluss 1/80 des Assoziationsrates EWG-Türkei. Die aktuellen Regelungen werden systematisch dargestellt und dabei anhand von Beispielfällen praxisorientiert behandelt. Die Teilnehmer erhalten unter Berücksichtigung der neueren höchstrichterlichen Rechtsprechung und den aktuellen Gesetzesentwicklungen einen Überblick über den geltenden Rechtsrahmen.

Schwerpunkte:

- Ausreisepflicht
- Ausweisung: Ausweisung gemäß des novellierten Ausweisungsrechts; Ausweisungsschutz nach nationalem und supranationalem Recht (EU-Recht, EMRK, ARB 1/80)
- Abschiebung: Abschiebungsandrohung; Abschiebungshindernisse; Aussetzung der Abschiebung (Duldung); Ausreisegewahrsam, Abschiebungshaft
- Einreise- und Aufenthaltsverbot: Entstehung; Rechtsfolgen; Verhältnis zu anderen Mitgliedsstaaten; Änderung und Aufhebung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORD030>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, insbesondere von Ausländerbehörden, Sozial- und Jugendämtern sowie Ordnungsbehörden, die sich in systematischer Form vertiefende Kenntnisse auf dem Gebiet des Ausländerrechts aneignen wollen. Grundkenntnisse des Ausländerrechts und praktische Erfahrungen sind erwünscht.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Aufenthaltsgesetz, FreizügG/EU

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
08.07.2019	09.07.2019	Berlin	330,00 €	Herr Dr. Oliver Maor
13.11.2019	14.11.2019	Berlin	330,00 €	Herr Dr. Oliver Maor

Die aufenthaltsrechtliche Wirkung von Widerspruch und Klage - Eilverfahren

Fachseminar ORD180

Thematisiert werden die Wirkungen von Widerspruch, Klage und Eilantrag auf den Aufenthaltsstatus des Ausländers. Differenziert wird dabei zwischen Vollziehbarkeits- und Wirksamkeitshemmung und den daraus folgenden aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen. Der vorläufige Rechtsschutz gegen vollzieh- und vollstreckbare Entscheidungen wird behandelt. In dem Seminar werden anhand von Fallbeispielen aus der Praxis aktuelle Verfahrensfragen erörtert und die Rechtsmittel gegen die Versagung des Aufenthaltstitels, die Ausweisung, den Widerruf und die Rücknahme, die Ablehnung oder Beschränkung des titelfreien Aufenthalts, die Ablehnung der Beschäftigungserlaubnis sowie die Anordnung einer räumlichen Beschränkung oder der Wohnsitzauflage in den Fokus genommen.

Schwerpunkte:

- Anfechtbarkeit von Verwaltungsakten mit Widerspruch und Klage
- Wirkungen von Widerspruch und Klage im Ausländerrecht
- Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts
- Stillhalteabkommen im Eilverfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO
- Frage des Stillhaltens im Asylverfahren
- Anfechtung der Ausweisung
- Klagebefugnis im Familienbereich

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ORD180>

Zielgruppe: Bedienstete der Ausländerbehörden, der Rechtsämter und Widerspruchsbehörden, die mit Ausländerrecht und Asylrecht befasst sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: Aktuelle Gesetzestexte zum Ausländerrecht, VwGO; (L)VwVfG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
28.08.2019	28.08.2019	Berlin	235,00 €	Herr Dr. Hans-Peter Welte
28.04.2020	28.04.2020	Berlin	235,00 €	Herr Dr. Hans-Peter Welte

Gegenstand des Seminars, das sich an Mitarbeiter mit Vorkenntnissen richtet, sind solche rechtlich schwierigen Fälle des Ordnungswidrigkeitenrechts, die in der behördlichen Praxis erfahrungsgemäß zu Problemen führen. Die im Seminar „Systematische Einführung in das Ordnungswidrigkeitenrecht“ (Code: OWA020) vermittelten Kenntnisse werden vertieft und ergänzt. Mit dem besonderen Schwerpunkt auf Übungsfälle und unter Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung sollen die Teilnehmer in die Lage versetzt werden, die aufgeworfenen Probleme rechtlich korrekt zu lösen. Die Teilnehmer haben die Gelegenheit, ihre praktischen Fragen in das Seminar einzubringen.

Schwerpunkte:

- Das Begehen einer Ordnungswidrigkeit durch Unterlassen
- Rechtsprobleme bei der Verfolgungsverjährung
- Abgrenzung des nichtigen vom nur fehlerhaften Bußgeldbescheid
- Wirksamkeit von Einspruchsrücknahmeerklärungen
- Kostenrecht (Kosten des Verfahrens, notwendige Auslagen des Betroffenen)
- Vollstreckung von Bußgeldbescheiden und Nebenfolgen
- Registereintragungen von Bußgeldentscheidungen
- Entschädigung für Verfolgungsmaßnahmen (StrEG)
- Bußgeldverfahren gegen juristische Personen, Betriebsinhaber und sonstige Beteiligte
- Zumessung der Geldbuße und Einziehung

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-OWA040>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Ämtern von Kommunalverwaltungen mit bußgeldrechtliche Befugnissen (Rechtsämter, Ordnungsämter, Bauämter, Gewerbeämter, Umweltämter u. a.), die vorhandene Kenntnisse vertiefen wollen. Der Besuch des Fachseminars „Systematische Einführung in das Ordnungswidrigkeitenrecht“ (Code: OWA020) ist empfehlenswert, bei vorhandenen Kenntnissen jedoch keine zwingende Voraussetzung.

Mitzubringende Arbeitsmittel: OWiG, StPO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
07.11.2019	08.11.2019	Berlin	330,00 €	Frau Manja Seehaus-Rahmig
14.05.2020	15.05.2020	Berlin	360,00 €	Frau Manja Seehaus-Rahmig

Die Abschöpfungs-Problematik fristet in der Praxis aufgrund ihrer Komplexität ein eher stiefmütterliches Dasein. Diese Tatsache ist dauerhaft nicht hinnehmbar, hat doch der Gesetzgeber im OWiG ein geeignetes Instrumentarium zum Schließen von Gerechtigkeitslücken geschaffen. Hinzu tritt subsidiär: die öffentlichen Haushalte suchen immer wieder nach neuen Einnahmequellen und kreieren entsprechende gesetzliche Regelungen. Zu den bisher nahezu brach liegenden, ungenutzten Potenzialen gehört die Gewinn-/Vermögensabschöpfung. Im Seminar werden Möglichkeiten und Grenzen ausgelotet sowie verschiedene Verfahren vorgestellt.

Schwerpunkte:

- Einführung in die Thematik: Sensibilisierung; Grenzen der Anwendung
- Rechtliche Grundlagen: Verantwortlichkeiten; Abschöpfungsmöglichkeiten; Sicherheitsleistung; dinglicher Arrest
- Sachbearbeitung bei Maßnahmen nach § 17 Abs. 4 OWiG (Kontrollstelle/Bußgeldstelle)
- Sachbearbeitung bei Maßnahmen gemäß § 29a OWiG (Kontrollstelle/Bußgeldstelle)
- Stärken und Schwächen der unterschiedlichen Verfahren
- Darstellung geeigneter Sachverhalte in der Praxis mit Übungen
- Rechtsprechung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-OWA085>

Zielgruppe: Bußgeldsachbearbeiter und sonstige Interessenten, die sich für diese Spezialmaterie interessieren

Mitzubringende Arbeitsmittel: OWiG, StPO, GG, StVO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
25.11.2019	26.11.2019	Berlin	330,00 €	Herr Bernd Reinemann
27.04.2020	28.04.2020	Berlin	360,00 €	Herr Bernd Reinemann

Im Seminar wird ausführlich über die aktuellen und praxisrelevanten Urteile des Bundesarbeitsgerichts zum TVöD und TV-L informiert. Hinweise zur Umsetzung und Berücksichtigung der Urteile in der Praxis verleihen dem Seminar besonderes Gewicht. Darüber hinaus können die Teilnehmer ihre Fragen vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einreichen und ihre Praxisfälle in das Seminar einbringen.

Schwerpunkte:

- Altersdiskriminierung und andere Diskriminierungen durch besitzstandssichernde Regelungen
- Urlaub
- Arbeitszeit, Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft im TVöD und TV-L
- Stufenzuordnung bei Einstellung und Höhergruppierung
- Zulagen
- Besitzstandszulage nach § 11 TVÜ-VKA

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA015X>

Zielgruppe: Leiter und Mitarbeiter der Personalämter; Mitglieder von Personalräten; freie oder kirchliche Träger, die sich tarifrechtlich an den TVöD oder TV-L anlehnen; sonstige Interessenten.

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
02.12.2019	02.12.2019	Erfurt	310,00 €	Frau Karin Spelge

Fragen des öffentlichen Dienstrechts lassen sich in der Personalsachbearbeitung meist nur aus der sicheren Kenntnis des Gesamtzusammenhangs aller Teile dieses großen Rechtsgebiets verlässlich beantworten. Dies gilt vor allem in den Verfahren vor den Spruchkörpern der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die für das öffentliche Dienstrecht zuständig sind. Im Seminar werden nicht nur alle wesentlichen Teile des öffentlichen Dienstrechts vorgestellt, sondern vielmehr wird auf die Spruchpraxis der Gerichte, insbesondere auf die richterliche Herangehensweise an die sich jeweils stellenden Rechtsfragen, eingegangen. Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer damit vertraut zu machen, was in einem beamtenrechtlichen Gerichtsverfahren zu erwarten ist, um ihre praktische Arbeit darauf auszurichten.

Schwerpunkte:

- Einführung und Überblick über aktuelle Themen des öffentlichen Dienstrechts
- Begründung und Beendigung des Dienstverhältnisses, Entlassung während der Probezeit
- Amtsangemessene Beschäftigung
- Umsetzung, Abordnung und Versetzung
- Besoldungsrechtliche Fragen, insbesondere Rückforderung von Bezügen
- Recht der dienstlichen Beurteilung
- Konkurrentenverfahren
- Schadensersatzansprüche aus dem Dienstverhältnis einschließlich Regress
- Disziplinarverfahren
- "Problembeamte": Rochade-Taktiken zwischen "Low-Performing" und Dienstunfähigkeit als Langzeitproblem
- Personalvertretungsrecht
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA118>

Zielgruppe: Justiziere und Mitarbeiter, die in den Personaldezernaten mit der beamtenrechtlichen Sachbearbeitung befasst sind; Vorgesetzte, die in Personalentscheidungen eingebunden und mit der Erstellung dienstlicher Beurteilungen oder Beurteilungsbeiträge befasst sind; Mitglieder der Personalvertretungen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Beamtenstatusgesetz

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.08.2019	20.08.2019	Berlin	330,00 €	Herr Dr. Karl-Heinz Millgramm
18.06.2020	19.06.2020	Berlin	360,00 €	Herr Dr. Karl-Heinz Millgramm

Im Seminar wird ein tiefer Einblick in die im öffentlichen Dienst relevanten arbeitszeitrechtlichen Bestimmungen gegeben. Die Teilnehmer sollen die Möglichkeiten und Grenzen der flexiblen Arbeitszeitgestaltung kennenlernen und befähigt werden, diese in der Praxis anzuwenden.

Schwerpunkte:

- Die Grundlagen des Arbeitsschutzrechts für Beschäftigte und Beamte
- Höchstgrenzen der Arbeitszeit, Mindestruhezeiten, Pausen, Sonn- und Feiertagsbeschäftigung
- Auswirkungen von EU-Recht (Arbeitszeitrichtlinie, Fahrpersonalverordnung) und EuGH-Rechtsprechung auf die Arbeitszeitgestaltung
- Einzelfragen zu arbeitszeitgesetzlichen Grenzen und Vergütungsansprüchen (u. a. Teilnahme an Fortbildungen, Reisezeiten und andere „Nebenzeiten“)
- Arbeitszeitbezogene Dokumentationspflichten des Arbeitgebers, Verantwortlichkeiten und Rechte der Aufsichtsbehörden
- Mitbestimmungsrechte der Personalvertretung bei der Arbeitszeitgestaltung
- Checklisten für die Gestaltung von Dienstvereinbarungen zur Arbeitszeit
- Arbeitszeitmodelle für Tagesdienst und Schichtdienst
- Direktionsrecht des Arbeitgebers in puncto Arbeitszeit
- Rechtliche Rahmenbedingungen und Gestaltungsempfehlungen für Langzeit- und Lebensarbeitszeitkonten

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA018A>

Zielgruppe: Behördenleiter und Mitarbeiter aus den Bereichen Personal und Organisation, die mit der Thematik befasst sind; erfahrene Personalratsmitglieder; Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte; Schwerbehindertenvertreter

Mitzubringende Arbeitsmittel: Arbeitszeitgesetz

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.08.2019	19.08.2019	Berlin	220,00 €	Herr Peter Plottner
08.10.2019	08.10.2019	Hamburg	240,00 €	Herr Peter Plottner
09.06.2020	09.06.2020	Berlin	235,00 €	Herr Peter Plottner

Im Jahr 2017 ist Entgeltordnung für den Bereich der VKA in Kraft getreten. In diesem Seminar werden die Teilnehmenden befähigt die Stellenbeschreibungen und Eingruppierungen nach der Entgeltordnung TVöD-VKA rechtssicher durchzuführen. Dabei soll die Rechtsprechung, insbesondere zur Bildung von Arbeitsvorgängen und Tätigkeitsmerkmalen, dargestellt und auch Hinweise zu möglichen Problemfeldern in der Anwendung berücksichtigt werden. Viele Beispiele und Übungen sollen dabei die Normanwendung vertiefen. Die Teilnehmer können eigene Stellenbeschreibungen zur Diskussion stellen. Grundkenntnisse zu Stellenbeschreibungen und Eingruppierung werden vorausgesetzt, da dieses Spezialseminar die Entgeltordnung in vertiefender Weise darstellt.

Schwerpunkte:

- Zusammenfassung der wichtigsten Neuregelungen
- Struktur der neuen Entgeltordnung - Darstellung der verschiedenen Spartenfassungen
- Wegfall bisheriger Eingruppierungsmerkmale; Wie ist neu einzugruppieren?
- Eingruppierungsgrundsätze, §§ 12, 13 TVÖD-VKA: Tarifautomatik; Zusammenhangstätigkeiten; Aufspaltungsverbot
- Systematik der allgemeinen Tätigkeitsmerkmale für den Verwaltungsdienst (Teil A der Entgeltordnung) - einschließlich Neuordnung, auch handwerklich Tätige (ehemalige Arbeiter)
- Systematik der (neuen) speziellen Tätigkeitsmerkmale (Teil B der Entgeltordnung); Spezialitätsgrundsatz
- Stellenbeschreibungen: Bedeutung; Vorgehen; Aufbau und Bestandteile; bewährte Formulierungshilfen; Vermeidung gängiger Fehler; neue Anforderungen aufgrund geänderter Tätigkeitsmerkmale; Bildung von Arbeitsvorgängen; Ermittlung und Bedeutung der Zeitanteile; Verhältnis Stellenbewertung - Eingruppierung
- Der Weg zur richtigen Eingruppierung: Mischstätigkeiten; neue Tätigkeitsmerkmale mit Ausbildungsbezug und sonstige Beschäftigte
- Beteiligung der Personalräte im gesamten Verfahren und der Umsetzung

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA037>

Zielgruppe: Führungskräfte; Mitarbeiter der Personal- und Organisationsverwaltungen und Betriebe, die den TVöD-VKA anwenden, Mitglieder von Bewertungskommissionen; Personalratsmitglieder, Gleichstellungsbeauftragte

Mitzubringende Arbeitsmittel: TVöD einschl. Entgeltordnung, BT-V, TVÜ-VKA

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
04.07.2019	05.07.2019	Düsseldorf	370,00 €	Frau Elisabeth Erves
10.10.2019	11.10.2019	Berlin	330,00 €	Herr Marc-Oliver Steuernagel
15.06.2020	16.06.2020	Berlin	360,00 €	Herr Marc-Oliver Steuernagel

Erwerbsminderungsrente 2019 und Weiterbeschäftigungsanspruch nach dem TVöD/TV-L - die Bedeutung der BAG-Rechtsprechung für die Personalpraxis

Spezialseminar PEA047

Die krankheitsbedingten Fehlzeiten stellen ein Problem in der Personalpraxis dar. Daher werden Beschäftigte mit gesundheitlichen Einschränkungen aufgrund dieser Fehlzeiten vom Arbeitgeber gerne zur Rentenanstellung aufgefordert. Kommt es zur Rentenbewilligung, möchten die Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis oftmals schnellstmöglich beenden. Das führt im Hinblick auf die Regelungen des § 33 TVöD/TV-L nicht selten zu gerichtlichen Auseinandersetzungen. Das Spezialseminar stellt Erwerbsminderungsrenten mit den Neuregelungen ab 01.01.2019 vor und behandelt die Wirkung einer Erwerbsminderungsrente auf ein TVöD/TV-L-Arbeitsverhältnis. Die Grundsätze des Bundesarbeitsgerichts für Arbeitgeber zum Umgang mit erwerbsgeminderten Beschäftigten sind ebenso Gegenstand des Seminars wie Lösungsmöglichkeiten für die praktischen Fälle der Teilnehmenden.

Schwerpunkte:

- Aktuelle Rechtsprechung des BAG zu § 33 TVöD/TV-L
- Rente wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung, Hinzuverdienstgrenzen
- Rente auf Zeit oder auf Dauer
- Höhere Renten ab 01.01.2019 (Verbesserung der Zurechnungszeit)
- Exkurs: Wirkung von Zurechnungszeit und Rentenabschlägen
- Aufforderung zum Rentenantrag, Rücknahme des Rentenantrags
- Ende oder Ruhen des Arbeitsverhältnisses
- Überzahlter Krankengeldzuschuss - BSG Urteil zu § 22 Abs. 4 TVöD/TV-L
- Weiterbeschäftigungsanspruch nach Restleistungsvermögen: geeigneter und freier Arbeitsplatz
- „Betriebliche Gründe“, die eine Weiterbeschäftigung ausschließen
- Besondere Rechte schwerbehinderter Beschäftigter
- Besprechung praktischer Fälle der Teilnehmenden

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA047>

Zielgruppe: Personalleiter, Führungskräfte mit Personalverantwortung, Personalsachbearbeiter, Personal- und Betriebsräte, Schwerbehindertenvertretungen, Gleichstellungsbeauftragte

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
27.11.2019	27.11.2019	Berlin	220,00 €	Frau Sabine Lorenz-Schmidt

Viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben statt unbefristeter Arbeitsverhältnisse sehr häufig befristete, also Zeitarbeitsverhältnisse. Aber unter welchen Bedingungen sind befristete Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst überhaupt noch zulässig und wie sehen die neuen Teilzeitregelungen aus? Beim Abschluss, bei Änderung, Verlängerung und der Beendigung von befristeten Arbeitsverträgen sind die strengen Anforderungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes insbesondere wegen der aktuellen BAG-Rechtsprechung zu beachten. Im Seminar wird ein Überblick über die geänderten rechtlichen Möglichkeiten der Befristung von Arbeitsverträgen und Anspruchsvoraussetzungen auf Teilzeit im öffentlichen Dienst nach den Bestimmungen des TzBfG, und BEEG sowie über die neue Brückenteilzeit (§ 9a TzBfG), die seit 01.01.2019 möglich ist, gegeben.

Schwerpunkte:

- Das Recht der befristeten Dienstverhältnisse (TzBfG), Formen des zeitbestimmten Abschlusses, Befristung nach § 30 TVöD/TV-L, Befristungsgründe, Befristungshöchstdauer, Schriftformerfordernis
- Änderungsentscheidung des BVerfG zur Prüfung der Zuvorbeschäftigung und geänderte Rechtsprechung zum Sachgrund "Vorübergehender Bedarf".
- Rechtsmissbrauchskontrolle von Zeitverträgen und befristeten Arbeitszeiterhöhungen, Rechtsfolgen bei Nichtbeachtung
- Neue Rechtsprechung zum TzBfG zur Höchstdauer und Anzahl der Zeitverträge
- Regelung des Rechts aus Teilzeitarbeit (TzBfG, TVöD, TV-L), Ansprüche aus dem Gesetz, Bedeutung des tariflichen Anspruchs (§ 11 TVöD),
- Neuregelung einer Brückenteilzeit für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes
- Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) und neue Rechtsprechung zur Inanspruchnahme von Elternzeit und Teilzeit
- Anspruch auf Teilzeitarbeit für Schwerbehinderte (SGB IX)

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA061N>

Zielgruppe: Personal- und Hauptamtsleiter und deren Stellvertreter; Leiter von Fachämtern bzw. Vorgesetzte, die Personalverantwortung tragen; Sachbearbeiter, die sich mit diesem Fragenkomplex beschäftigen müssen; Mitglieder von Personalräten

Mitzubringende Arbeitsmittel: TzBfG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
04.11.2019	05.11.2019	Berlin	330,00 €	Herr Peter Plottner
11.05.2020	12.05.2020	Berlin	360,00 €	Herr Peter Plottner

Vererbbarkeit von Urlaub: Urlaubsberechnung und Urlaubsabgeltung unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung

Spezialseminar PEA069

Die richtige Berechnung und Übertragung von Urlaubsansprüchen ist in den letzten Jahren durch die Rechtsprechung des EuGH und des BAG immer komplexer geworden. Seit November 2018 kann Urlaub nunmehr beim Ableben eines Arbeitnehmers auch vererbt werden. Das Seminar erläutert die rechtssichere Berechnung von Urlaubsansprüchen. Ein weiterer Schwerpunkt des Seminars liegt in der Vermittlung der Grundlagen des Erbrechts und was die Personalabteilungen künftig beim Ableben eines Arbeitnehmers im Umgang mit Erben und Erbengemeinschaften wissen müssen.

Schwerpunkte:

- Berechnung von Urlaubsansprüchen nach BUrlG, TVöD-VKA/Bund, BEEG, MuSchG, SGB IX und Beschäftigungsverbot
- Verfallfristen unterschiedlicher Urlaubsansprüche kennen bzw. richtig berechnen
- Sonderregelungen bei der Rundung von Urlaubstagen
- Grundlagen des Erbrechts für Personalabteilungen
- Erbfolge, Erbfall, Erblasser
- Rechtliche Stellung des Erben
- Testament, Erbschein, Pflichtteil
- Verfahrensrechtliche Grundlagen, Fristen

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA069>

Zielgruppe: Personalsachbearbeiter, die Urlaubsansprüche berechnen müssen oder eine detaillierte Einführung oder ein Auffrischung ihrer Kenntnisse zum Urlaubsrecht benötigen und sich zukünftig auch mit der Vererbbarkeit von Urlaub auseinandersetzen müssen

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, FamFG, BUrlG, TVöD-VKA/ Bund bzw. TV-L

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
23.09.2019	23.09.2019	Berlin	260,00 €	Herr Tobias Thauer

Leistungsbewertungen für Beamte - dienstliche Beurteilungen und Beförderung

Spezialseminar PEA130

Im Seminar werden Verfahren für dienstliche Beurteilungen der Beamten behandelt und Beurteilungsrichtlinien einiger Behörden vorgestellt. Ferner werden unter Hinzuziehung der einschlägigen Rechtsprechung die wesentlichen Grundsätze bei Auswahlverfahren dargestellt und erläutert.

Schwerpunkte:

- Der verfassungsrechtliche Leistungsgrundsatz (Eignung, fachliche Leistung, Befähigung)
- Gesetzliche Ausgestaltungen des Leistungsgrundsatzes
- Abweichungen bzw. Bevorzugungskriterien
- Anspruch auf und Anlässe für dienstliche Beurteilungen
- Aspekte eines modernen Personalmanagements (Zielvereinbarungen, „Betreuung durch Gespräche“)
- Verfahren bei dienstlichen Beurteilungen
- Häufige Fehler im Vorfeld von dienstlichen Beurteilungen
- Möglichkeiten des Rechtsschutzes
- Verfahren bei Auswahlentscheidungen
- Häufige Fehler bei Auswahlverfahren
- Rechtsschutz bei Auswahlentscheidungen

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA130>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Personalbereichen; Mitarbeiter mit Leitungs- oder Fachverantwortung; Mitglieder der Personalräte, Frauenbeauftragte, Schwerbehindertenvertretungen. Das Seminar ist auch für Dienstkräfte aus Behörden des Bundes geeignet. Grundkenntnisse auf dem Gebiet des Personalrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Beamtengesetz, laubahnrechtliche Vorschriften (ggf. mit Verfahrensregelungen)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
31.10.2019	01.11.2019	Berlin	330,00 €	Frau Prof. Dr. Binke Hamdan
20.04.2020	21.04.2020	Berlin	360,00 €	Frau Prof. Dr. Binke Hamdan

Der Dienstoffall des Beamten

Spezialseminar PE165

In diesem Seminar werden die rechtlichen Grundlagen des Beamtenversorgungsgesetzes unter Berücksichtigung einschlägiger Rechtsprechung erläutert und diskutiert. Durch praktische Beispiele und Übungen soll den Teilnehmern die Komplexität des Unfallrechts der Beamten und die Schwierigkeiten der Rechtsanwendung nahe gebracht werden.

Schwerpunkte:

- Definition des Dienstoffalls
- Definition der Berufskrankheit
- Verwaltungsverfahren
- Ausschlussfristen/Verjährung
- Unfallfürsorge, insbesondere Sachschadenersatz, Heilbehandlung und Unfallausgleich

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PE165>

Zielgruppe: Dienstkräfte der Personalverwaltung und mit Unfallangelegenheiten von Beamten befasste Mitarbeiter anderer Behörden. Grundkenntnisse des Beamtenrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Beamtenversorgungsgesetz

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
25.11.2019	26.11.2019	Berlin	330,00 €	Frau Regina Adolphs
23.03.2020	24.03.2020	Berlin	360,00 €	Frau Regina Adolphs

Die Dienstunfähigkeit des Beamten

Spezialseminar PE A220

Die frühzeitige Pensionierung von Beamten aufgrund von Dienstunfähigkeit stellt für die Dienstherren in Zeiten knapper Haushalte und im Hinblick auf die demografische Entwicklung in der Bundesrepublik ein großes Problem dar. In dem Seminar werden die Rechtsgrundlagen und das Verwaltungsverfahren auf der Grundlage des Beamtenstatusgesetzes und des Bundesbeamtengesetzes unter Berücksichtigung einschlägiger Rechtsprechung anhand von Fallbeispielen vorgestellt und diskutiert. Dabei wird auf hiervon abweichende Landesregelungen Bezug genommen. Neben der rechtlichen Betrachtung sollen der Grundsatz „Rehabilitation vor Versorgung“ und die Möglichkeit präventiver Maßnahmen erörtert werden. Nach Abschluss des Seminars kennen die Teilnehmer alle wesentlichen Regelungen, das Zuruhesetzungsverfahren sowie die Rechte und Pflichten der Verfahrensbeteiligten.

Schwerpunkte:

- Der Begriff der Dienstunfähigkeit
- Verfahren zur Feststellung der Dienstunfähigkeit
- Die Rechte und Pflichten der Verfahrensbeteiligten
- Die Rechtsfolgen der Dienstunfähigkeit
- Der Rechtsschutz der Beamten
- Rehabilitation vor Versorgung/Prävention

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA220>

Zielgruppe: Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung; Personalsachbearbeiter; Mitglieder von Interessenvertretungen; Suchtbeauftragte. Grundkenntnisse des Beamtenrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: aktuelle Fassungen des Beamtenstatusgesetzes und des Bundesbeamtengesetzes

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
21.11.2019	22.11.2019	Berlin	330,00 €	Frau Regina Adolphs
19.03.2020	20.03.2020	Berlin	360,00 €	Frau Regina Adolphs

Stellenbeschreibung und Stellenbewertung und ihre Auswirkungen aus beamten- und tarifrechtlicher Sicht unter Berücksichtigung der neuen Eingruppierungsregelungen im TVöD und der Methodik aktueller Stellenbewertungsverfahren

Fachseminar PEA400N

In diesen Seminaren werden alle relevanten tariflichen bzw. besoldungsrechtlichen Grundlagen der Stellenbewertung für die Eingruppierung der Beschäftigten nach den neuen tariflichen Eingruppierungsregelungen der Entgeltordnung für den Bereich TVöD-VKA ab 01.01.2017 und unter Berücksichtigung der Methodik weiterer aktueller Stellenbewertungsverfahren erarbeitet. Ebenso werden die Neuregelungen der Entgeltordnungen für die Anwendungsbereiche sowohl des TV-L seit 01.01.2012 als auch des Bundes seit 01.01.2014 in Kurzform dargestellt. Die aktuellste BAG-Rechtsprechung wird ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil der Seminare sein. Im Spezialseminar Code: PEA420N werden Kurzbewertungen in Testform durchgeführt.

Schwerpunkte:

- Die verschiedenen Ziele und die Bedeutung der Stellen-/Arbeitsplatzbeschreibung: der notwendige Inhalt; Erstellung und Änderung sowie Vollständigkeit; Verwendung eindeutiger Begriffe; die Feststellung der Zeiteile (nach welchen Methoden) und der Relevanz
- Die Arbeitsplatzbewertung/das Eingruppierungsrecht nach Tarifrecht: zu beachtende Grundsätze der Arbeitsplatzbewertung; das Tarifsystem; der zentrale Begriff des „Arbeitsvorgangs“; Bildung sachlich vertretbarer Arbeitsvorgänge; die Tätigkeitsmerkmale; systematische Vorgehensweise; typische Bewertungsfehler; vermeidbare Fehler
- Beteiligungsrechte des Personalrats
- Zusammenfassende Betrachtung und spezielle Probleme der Stellenbewertung: bewusste/unbewusste Tariflücken und ihre Auswirkungen; vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit; Umgang mit Problemen bei Aufgabenübertragung durch nicht zuständige Stellen; Stellvertretung; Umgang mit fehlerhafter Eingruppierung (wie korrigierende Rückgruppierung); Umgang mit Eingruppierungsfeststellungsklagen

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA400N>

Zielgruppe: Personal- und Hauptamtsleiter oder deren Stellvertreter; Leiter und deren Stellvertreter aus den Fachämtern zur Unterstützung der komplexen Bewertungsarbeit; Mitglieder der Bewertungskommissionen sowie Mitarbeiter, die mit Bewertungsfragen beschäftigt sind; Personalräte; freie Träger, die sich tarifrechtlich an den öffentlichen Dienst anlehnen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
24.06.2019	26.06.2019	Hamburg	550,00 €	Herr Marc-Oliver Steuernagel
11.09.2019	13.09.2019	Berlin	485,00 €	Herr Marc-Oliver Steuernagel
25.11.2019	27.11.2019	Berlin	485,00 €	Herr Marc-Oliver Steuernagel
29.01.2020	31.01.2020	Berlin	530,00 €	Herr Marc-Oliver Steuernagel
13.05.2020	15.05.2020	Berlin	530,00 €	Herr Marc-Oliver Steuernagel
08.06.2020	10.06.2020	Hamburg	595,00 €	Herr Marc-Oliver Steuernagel

TVöD/TVÜ - Höhergruppierung und vorübergehende Übertragung höherwertiger Tätigkeiten

Spezialseminar PEA422

Die Höhergruppierung und die vorübergehende Übertragung höherwertiger Tätigkeiten sind nach den Tarifverträgen im öffentlichen Dienst gut bekannte Maßnahmen im Entgeltsystem. Allerdings ist ihre Ausführung stark fehlerbehaftet, wie die Entscheidungen der Gerichte belegen. Das Seminar weist auf die Unterschiede beider Maßnahmen hin und verfolgt so das Ziel, tarifreue Gruppierungen zu gewährleisten. Dabei wird stets die aktuelle Rechtsprechung der Arbeitsgerichte zugrunde gelegt. Die Ergebnisse der Tarifeinigung 2016 für den Bereich des VKA sind ebenfalls Inhalt des Seminars.

Schwerpunkte:

- Grundregelung der vorübergehenden Übertragung höherwertiger Tätigkeiten
- Spezielle tarifliche Sonderregelungen für den ehemaligen Arbeiterbereich
- Bemessung der Zulage
- Grundlagen der Höhergruppierung
- Stufenfeststellung bei der Höhergruppierung
- Mitnahme angefangener Stufenlaufzeiten

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA422>

Zielgruppe: Leiter und Mitarbeiter der Personalämter und anderer Ämter; Mitglieder von Personalräten; sonstige Interessenten

Mitzubringende Arbeitsmittel: TVöD, TVÜ

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
13.11.2019	14.11.2019	Berlin	330,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann

Stellenbewertungen für Beschäftigte unter Berücksichtigung der relevanten Eingruppierungsregelungen im TVöD und der aktuellen BAG-Rechtsprechung Stellenbewertungsverfahren

Workshop PEA425Z

Bei der praktischen Arbeit der Stellenbewertung ergeben sich häufig Probleme und Fragen zu Einzelfällen, zur Vorgehensweise etc. Inhalt dieses Workshops ist es, sich mit solchen Problemen der Bewerber aus der Verwaltungspraxis auseinanderzusetzen, und zwar auf der Basis des relevanten Tarifrechts und der aktuellen BAG-Rechtsprechung für die Eingruppierung der Beschäftigten sowie der Methodik aktueller Stellenbewertungsverfahren. Zudem können Erfahrungen und Meinungen zu schwierigen Fällen ausgetauscht werden. Um die Workshopatmosphäre zu fördern, wird überwiegend in Arbeitsgruppen mit begrenzter Teilnehmerzahl gearbeitet. Die praktischen Übungen werden mit Beispielen durchgeführt, die der täglichen Arbeitspraxis der Stellenbewertung entnommen sind. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, Fälle aus der eigenen Praxis, die aus Gründen des Datenschutzes zu anonymisieren sind, bis zu zwei Wochen vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einzureichen.

Schwerpunkte:

- Zweifelsfragen bei der Auslegung von Tätigkeitsmerkmalen bzw. Stufenbeschreibungen
- Diskussion der wesentlichen Schwierigkeiten aus Sicht der Teilnehmer
- Typische Bewertungsfehler und wie man sie vermeidet
- Bewertung ausgewählter Stellen

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA425Z>

Zielgruppe: Personal- und Hauptamtsleiter oder deren Stellvertreter, Leiter und deren Stellvertreter aus den Fachämtern; Mitglieder von Bewertungskommissionen sowie Mitarbeiter, die mit Bewertungsfragen beschäftigt sind; Personalräte; freie Träger, die sich tarifrechtlich an den öffentlichen Dienst anlehnen. Die Teilnahme an den Seminaren Code: PEA400N und/oder Code: PEA420N bzw. entsprechendes Fachwissen wird vorausgesetzt

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
24.10.2019	25.10.2019	Berlin	330,00 €	Herr Marc Hasselmeyer
28.04.2020	29.04.2020	Hamburg	400,00 €	Herr Marc Hasselmeyer

Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst rechtssicher besetzen - Grundlagen und aktuelle Rechtsprechung zum Stellenbesetzungsverfahren öffentlicher Arbeitgeber

Fachseminar PEA436

In diesem Seminar werden sämtliche Verfahrensschritte von der Formulierung eines Anforderungsprofils bis hin zur Zeichnung des Arbeitsvertrages und die in diesem Zusammenhang möglichen Fehler intensiv besprochen. Neben der Vermittlung von Grundlagenwissen wird Gelegenheit gegeben, vorhandene Kenntnisse problembezogen zu vertiefen, Verfahrensfehler frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden und kluge Abwehr- und Verteidigungsstrategien zu entwickeln. Der Umgang mit der komplexen Materie wird von A bis Z zielgerichtet geschult.

Schwerpunkte:

- Erstellen von Anforderungsprofil und Stellenausschreibung (was darf, was muss?)
- Untersuchung zulässiger und unzulässiger Kriterien, Inhalte der Ausschreibung
- Prüf-, Unterrichtungs- und Meldepflichten und andere Formalitäten
- Durchführung einer Vorauswahl, Verschärfung von Anforderungen
- Dokumentations- und Transparenzpflichten sowie Datenschutz
- Vorstellungsgespräche, Einstellungstests, Fragerechte und Informationspflichten
- Beteiligung von Personalrat, Betriebsrat, Schwerbehindertenvertretung
- Treffen einer „sauberen“ Auswahl- und Besetzungsentscheidung
- Absageschreiben richtig formulieren, Auskunftsansprüche und Rückfragen
- Rechtssichere Zustellung von Absageschreiben und ihre Bedeutung
- Wartezeiten, andere Formalitäten vor Vertragsunterzeichnung und Stellenbesetzung
- Rücksendung von Bewerbungsunterlagen (Beweismittel, Fristen etc.)
- Verteidigungsstrategien öffentlicher Arbeitgeber bei Inanspruchnahme nach dem AGG und bei Konkurrentenklage nach Art. 33 Abs. 2 GG

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA436>

Zielgruppe: Führungskräfte; Personalleiter; Personalsachbearbeiter; sonstige Interessenten, die mit der Materie zu tun haben oder daran interessiert sind

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
14.10.2019	15.10.2019	Berlin	330,00 €	Frau Cordula König
20.04.2020	21.04.2020	Berlin	360,00 €	Frau Cordula König
15.06.2020	16.06.2020	Hamburg	400,00 €	Frau Cordula König

Die Pflichten der Angehörigen des öffentlichen Dienstes (Beamte und Tarifbeschäftigte) und die Folgen bei Nichterfüllung - unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsentwicklung

Spezialseminar PEA440N

Mit dem Beamtenstatusgesetz werden die Hauptpflichten der Beamten unmittelbar für den Bereich der Länder geregelt. Für weitere Pflichten haben die Länder eigene Gestaltungsfreiheiten, die jedoch unterschiedlich ausgelegt werden. Für den Bereich des Bundes werden alle Pflichten durch das Dienstrechtneuordnungsgesetz mit einem neuen BBG geregelt. Die Pflichten der Tarifbeschäftigten ergeben sich aus dem allgemeinen Arbeitsrecht und werden durch den TVöD oder TV-L ergänzt. Wesentliche Unterschiede ergeben sich daher auch bei den Folgen von Pflichtverletzungen bei Beamten und bei Beschäftigten. In dem Spezialseminar werden sowohl die Pflichten aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als auch die Folgen bei Pflichtverletzungen behandelt.

Schwerpunkte:

- Pflichten der Beamten (Bundesrecht BeamStG, Landesrecht)
- Folgen von Pflichtverletzungen (strafrechtlich, haftungsrechtlich)
- Disziplinarrechtliche Folgen (Bundesrecht/Landesrecht)
- Praktische Fälle aus Kommentierung und Rechtsprechung
- Pflichten der Tarifbeschäftigten (Allgemein (BGB), TVöD, TV-L)
- Abmahnung und Kündigung (BGB, KündSchG)
- Praktische Fälle aus Kommentierung und Rechtsprechung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA440N>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Personalbereichen; Dienst- und Fachvorgesetzte; Mitglieder der Interessensvertretungen; interessierte Mitarbeiter. Das Seminar ist auch für Beschäftigte aus Behörden des Bundes geeignet. Grundkenntnisse des Beamtenrechts und des Arbeitsrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Bundesbeamtengesetz und Bundesdisziplinargesetz; Beamtenstatusgesetz und Landesbeamtengesetz sowie Landesdisziplinargesetz; BGB (§§ 611-632), Kündigungsschutzgesetz, TVöD (Allg. Teil) und BT-Verwaltung oder TV-L (Allg. Teil)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
16.10.2019	17.10.2019	Berlin	330,00 €	Herr Detlef Treubrodt
06.02.2020	07.02.2020	Berlin	360,00 €	Herr Dirk Lenders

Wenn sich ein Arbeitnehmer nicht pflichtgemäß verhält, zu spät kommt, schlechte Arbeit leistet, das Internet privat nutzt, obwohl er es nicht darf, ist eine Abmahnung fällig. Und was passiert dann? Der Arbeitgeber muss reagieren, wenn Mitarbeiter die arbeitsvertraglichen Pflichten nicht erfüllen. Allerdings kann der Arbeitgeber frei entscheiden, ob und welche Vertragsverstöße er durch Ermahnung oder Abmahnung rügt (BAG, 14.12.1994 - 5 AZR 137/94), oder ob er auf eine Ahndung verzichtet. Die Abmahnung ist keine Bestrafung, sondern hat eine Hinweis- und Warnfunktion. Wie dies erreicht wird und wie gerichtsfeste Abmahnungen verfasst werden, wird im Seminar unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung behandelt.

Schwerpunkte:

- Die Abmahnung als Führungsinstrument
- Wann ist eine Abmahnung unverhältnismäßig?
- Wann ist die Ermahnung angebracht?
- Wann ist eine Abmahnung unumgänglich?
- Richtiges Reagieren auf ein Fehlverhalten bei Pflichtverletzungen im Leistungs- und Vertrauensbereich
- Worauf ist bei der Formulierung der Abmahnung zu achten?
- Wann ist die Abmahnung verwirkt?
- Personalratsbeteiligung und Personalaktenführung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA460A>

Zielgruppe: Leiter und Mitarbeiter der Personalverwaltungen und anderer Ämter, Mitglieder von Personalräten; sonstige Interessenten

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
30.09.2019	30.09.2019	Berlin	220,00 €	Frau Monika Hermann

Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer mit den Problemen des Kündigungs- und Kündigungsschutzrechts sowie den damit verbundenen Anforderungen an eine rechtswirksame Kündigung unter Darstellung der neuesten Gesetzgebung - auch in Bezug auf die Regelungen des neuen Tarifrechts - und der aktuellen BAG-Rechtsprechung vertraut zu machen. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten der Vermeidung von Kündigungen herausgearbeitet werden. Ausführlich wird auch auf das rechtlich einwandfreie Abmahnen von Mitarbeitern eingegangen, denn häufig scheitern Arbeitgeber, weil sie sich auf eine Abmahnung stützen, die das Arbeitsgericht nicht anerkennt. Die Teilnehmer erfahren, welche Anforderungen beim Verfassen der Abmahnung rechtlich erfüllt sein müssen. Im Seminar wird zugleich ein systematischer Überblick insbesondere über die geänderten rechtlichen Möglichkeiten der Befristung von Arbeitsverhältnissen und die Anspruchsvoraussetzungen im öffentlichen Dienst nach den Bestimmungen des TVöD/TV-L, TzBfG und BerzGG vermittelt.

Schwerpunkte:

- Beendigungsarten
- Allgemeiner oder besonderer Kündigungsschutz
- Kündigungsarten, Kündigungsfristen
- Abmahnung
- Ordentliche Kündigung
- Außerordentliche Kündigung
- Änderungskündigung
- Beteiligung des Personalrats
- Befristung
- Arbeitsrechtliche Formvorschriften

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA460N>

Zielgruppe: Personal- und Hauptamtsleiter und deren Stellvertreter; Leiter von Fachämtern bzw. Vorgesetzte, die Angestellte/Arbeiter zu führen haben; Sachbearbeiter, die sich mit diesem Fragenkomplex beschäftigen müssen; Mitglieder von Personalräten. Arbeitsrechtliche Grundkenntnisse werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: TVöD/TV-L, TzBfG, Kündigungsschutzgesetz und das jeweilige Personalvertretungsgesetz sowie BGB

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.11.2019	20.11.2019	Berlin	330,00 €	Herr Prof. Dr. Boris Hoffmann
12.03.2020	13.03.2020	Berlin	360,00 €	Frau Prof. Dr. Binke Hamdan

Die krankheitsbedingte Kündigung und die Kündigung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Dienst - unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG)

Spezialseminar PEA470N

Auf dem Gebiet des arbeitsrechtlichen Kündigungsschutzes nimmt die krankheitsbedingte Kündigung eine Sonderstellung ein. Die juristischen Voraussetzungen für krankheitsbedingte Kündigungen werden weniger vom Gesetzgeber als vielmehr durch die Rechtsprechung, insbesondere die des BAG, bestimmt. Sie werden im Seminar ausführlich behandelt. Darüber hinaus wird auch der besondere Kündigungsschutz von behinderten Menschen nach SGB IX eingehend dargestellt. Gemeinsam ist beiden Kündigungsarten die Berücksichtigung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements. Auf das Seminar Code: PEA472, in dem diese Thematik ausführlich besprochen wird, wird aufmerksam gemacht.

Schwerpunkte:

- Krankheit als Kündigungsgrund: Grundlagen; Abmahnung; Einschränkung dienstlicher Interessen
- Die Voraussetzungen krankheitsbedingter Kündigungen nach der Rechtsprechung des BAG: Kündigung wegen lang andauernder Dienstunfähigkeit, wegen dauernder Dienstunfähigkeit, wegen häufiger Kurzerkrankungen
- Verfahrensweise zur begründeten Fehlzeitenprognose, zu den erheblichen Beeinträchtigungen betrieblicher Interessen und zum Umfang der Interessenabwägung
- Die krankheitsbedingte Minderung der Leistungsfähigkeit: Regelungen für unkündbare Beschäftigte nach § 34 Abs. 2 TVöD; ergänzende Regelungen im Falle der krankheitsbedingten Änderungskündigung wegen anhaltender Leistungsminderung durch Weitergeltung des § 55 BAT
- Die krankheitsbedingte Kündigung aus wichtigem Grund
- Die Kündigung wegen HIV-Infektion einschließlich der sog. Druckkündigung
- Alkohol- und Drogenabhängigkeit als Krankheit im dienstrechtlichen Sinn
- Simulierte Krankheiten und ihre dienstrechtlichen Konsequenzen
- Sonstige dienstrechtliche Überlegungen im Zusammenhang mit Erkrankungen
- Besonderer Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen
- Schwerbehindertenvertretung
- Betriebliches Eingliederungsmanagement nach § 167 SGB IX

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA470N>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Personalämtern, Führungskräfte mit Personalverantwortung, Mitglieder von Personalräten. Grundkenntnisse des öffentlichen Dienstrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Taschenbuchausgabe der Arbeitsgesetze (dtv.verlag)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
06.08.2019	06.08.2019	Berlin	220,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann
05.12.2019	05.12.2019	Berlin	220,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann

Die seit langer Zeit bestehenden Haushaltsengpässe im Bereich der öffentlichen Verwaltung haben zu zahlreichen Kürzungsmaßnahmen, insbesondere zu Stellenstreichungen und Einschränkungen von Beförderungsmöglichkeiten geführt. Um die noch verbliebenen Einstellungs- und Aufstiegschancen wird mit zunehmender Tendenz nicht nur im (behördlichen) Auswahlverfahren, sondern danach im Rahmen so genannter „Konkurrentenklagen“ vor den Verwaltungsgerichten, aber auch, soweit es sich nicht um Beamte sondern um Tarifbeschäftigte handelt, für die insoweit auch Art. 33 Abs. 2 GG gilt, vor den Arbeitsgerichten gerungen. Ebenso bedeutsam ist aber auch die Frage, wie mit den für alle Beteiligten nachteiligen Folgen solcher Prozesse umgegangen wird, insbesondere wie es gelingen kann, nach deren Abschluss zu normalen Verhältnissen in der Zusammenarbeit zurückzukehren. Die Referenten gehen diese Probleme aus der Praxis an, die sie in ihrer Arbeit als Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht (Beamtenrechts- und Personalvertretungskammern) und als Fachanwältin für Verwaltungsrecht und für Arbeitsrecht (Vertretung sowohl von Dienststellen als auch von Beschäftigten, Betreuung von Disziplinarverfahren auf Seiten von Behörden usw.) gewonnen haben.

Schwerpunkte:

- **Grundzüge des arbeitsgerichtlichen Verfahrens:** Zuständigkeit der Arbeitsgerichte; Rechtsschutzformen, wie Klageverfahren; einstweilige Verfügung; Beendigung des Rechtsstreits (Klagerücknahme, Erledigung, Anerkenntnis, Vergleich, Urteil/Beschluss); Schwerpunkte arbeitsgerichtlicher Streitigkeiten wie Kündigungsschutzklagen, Eingruppierung/Vergütung, Abmahnungen, Zeugnisse, Konkurrentenverfahren im Arbeitsrecht und Entfristungsklagen
- Verfahren vor der Beamtenrechtskammer, der Disziplinarkammer
- Rechtsschutz gegen Auswahlentscheidungen
- Dienstliche Beurteilungen
- Die Konkurrentenklage: vorläufiger Rechtsschutz (§ 123 VwGO); Rechtsschutz in der Hauptsache materielle Fehlerquellen; Bedeutung dienstlicher Beurteilungen im Konkurrentenverfahren; Auswahlentscheidungen, insbesondere Differenzierungskriterien; Rechtsfolgen der Verletzung des Bewerberverfahrensanspruchs/Schadensersatz; Rechtsstellung des ausgewählten Bewerbers; Konkurrenz von Beamten und Tarifbeschäftigten (Funktionsvorbehalt)
- Disziplinarverfahren
- Das Verfahren vor der Einigungsstelle
- Das Beschlussverfahren in Personalvertretungssachen (Hauptsacheverfahren, einstweilige Verfügung)

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PEA500N>

Zielgruppe: Mitarbeiter und Beschäftigte in öffentlichen Verwaltungen, insbesondere Mitarbeiter der Personal- und Rechtsämter sowie Mitglieder von Personalräten, von Behörden und Einrichtungen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
14.10.2019	15.10.2019	Berlin	330,00 €	Herr Dr. Karl-Heinz Millgramm
05.05.2020	06.05.2020	Berlin	360,00 €	Herr Dr. Karl-Heinz Millgramm

Gegenstand des Seminars sind typische Praxisfälle des Datenschutzes, die die öffentliche Verwaltung, die Datenschutzbeauftragten, Personalverwaltungen, aber auch z. B. Personalvertretungen bewegen. Seit dem 25. Mai 2018 gilt europaweit ein neues Datenschutzrecht. Das Seminar befasst sich ausführlich auch mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) und den sich daraus ergebenden neuen Aufgaben für die Verantwortlichen. Darüber hinaus werden die Teilnehmer mit den Grundlagen des Datenschutzrechts vertraut gemacht und haben die Möglichkeit, eigene Fragen und Probleme in das Seminar einzubringen und Erfahrungen auszutauschen.

Schwerpunkte:

- Allg. Grundlagen des Datenschutzes und Datenschutz mit der EU-DSGVO. Was bleibt, was ändert sich?
- Pflichten beim Umgang mit (personenbezogenen) Daten von Bürgern
- Technisch-organisatorischer Datenschutz nach der DSGVO im Überblick
- Probleme bei der Nutzung von TK-Anlagen (Fax, E-Mail), Videoüberwachung am Arbeitsplatz
- Umgang mit Personaldaten und Personalakten, Listen über Listen - Urlaub, Fehlzeiten, Geburtstage
- Behandlung von Altunterlagen (Löschen, Archivieren)
- Behördlicher Datenschutzbeauftragter - Verbündeter des Personalrats oder "Büttel" der Leitung?
- Verhaltenskontrollen - Grenzen des Direktionsrechts
- Dienstweg und der direkte Weg zum Landesbeauftragten für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht
- Akteneinsicht - der Zugriff auf die eigenen Daten

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-DSA005>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Stellen; Datenschutzbeauftragte; Mitarbeiter aus Personalämtern, Hauptämtern, Rechtsämtern, Personalvertretungen; IT-Beauftragte. Vorkenntnisse werden nicht vorausgesetzt.

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
04.07.2019	04.07.2019	Berlin	220,00 €	Herr Oliver F. Hoff
21.10.2019	21.10.2019	Berlin	220,00 €	Herr Oliver F. Hoff
18.12.2019	18.12.2019	Mannheim	240,00 €	Herr Rui Manuel Faria Dinis
07.04.2020	07.04.2020	Berlin	235,00 €	Herr Oliver F. Hoff

Die Zusammenarbeit von Personalrat und Dienststelle wird nicht allein durch das jeweils einschlägige Personalvertretungsgesetz bestimmt, sondern auch durch die Rechtsprechung geprägt. Deshalb ist es wichtig, über die aktuellen Entscheidungen informiert zu sein. Im Rahmen des Seminars werden anschaulich die neuesten, für die Praxis bedeutsamen personalvertretungsrechtlichen Entscheidungen vorgestellt und mit Blick auf deren Auswirkungen für die tägliche Arbeit in der Dienststelle erläutert. Im Sinne der Aktualität werden die Schwerpunkte des Seminars erst kurzfristig festgelegt.

Schwerpunkte:

- Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot
- Freistellung von Personalratsmitgliedern
- Teilnahme an Schulungsveranstaltungen
- Reisekosten der Personalratsmitglieder
- Geschäftsbedarf des Personalrats
- Erstattungsfähigkeit von Rechtsanwaltskosten
- Unterrichts- und Informationsansprüche
- Anforderungen an die Zustimmungsverweigerung
- Einigungsstelle
- Mitbestimmung bei Personalangelegenheiten
- Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten
- Mitbestimmung in Arbeitszeitangelegenheiten
- Mitbestimmung in sonstigen Angelegenheiten

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PGP009>

Zielgruppe: Mitglieder von Personalvertretungen, Dienststellenleiter und deren Vertretungen, Mitarbeiter in Personal- und Rechtsabteilungen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Text des Bundespersonalvertretungsgesetzes

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
12.11.2019	12.11.2019	Düsseldorf	240,00 €	Herr Dirk Lechtermann

Zur Herstellung der „Waffengleichheit“ im Arbeitsrecht haben die Personalräte als Vertreter der Beschäftigten deren Interessen, unter Beachtung der übergeordneten Interessen der Dienststelle, zu vertreten. Hierbei gibt es eine Vielzahl von Normen und Formalien zu beachten, die sowohl eskalierend als auch deeskalierend eingesetzt werden können. Ziel des Seminars ist es, die Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die mehr oder weniger „scharfen Waffen“ des Personalvertretungsgesetzes in einen effizienten Mediationsprozess eingebaut werden können.

Schwerpunkte:

- Rechtliche Möglichkeiten des Personalrates bei der Lösung von Problemen im Personalmanagement
- Materielle Beispiele für die Rechte des Personalrates, insbesondere das Informationsrecht und das Hinwirken auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie der Mitwirkungsrechte und Mitbestimmungsrechte
- Formelle Möglichkeiten der Durchsetzung der rechtlichen Ansprüche des Personalrats
- Vorprozessuale Abstimmungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten zwischen Personalrat und Arbeitgeber
- Beauftragung von externem Sachverstand
- Dienstvereinbarungen und Zielvereinbarungen zwischen dem Personalrat und der Dienststelle

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PGP020>

Zielgruppe: Personalratsmitglieder; Mitarbeiter in Personalabteilungen, die Einzelpersonalentscheidungen vorbereiten; Dienststellenleiter; Mitarbeiter von Behörden, die mitbestimmungspflichtige bzw. mitwirkungspflichtige Vorgänge vorbereiten (z. B. Einführung neuer EDV, Urlaubspläne, Gestaltung von Arbeitsplätzen)

Mitzubringende Arbeitsmittel: Personalvertretungsgesetz

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
23.09.2019	23.09.2019	Berlin	220,00 €	Frau Beate Kahl

Im Seminar werden die Teilnehmer mit den rechtlichen Anforderungen an eine professionelle Personalratsarbeit vertraut gemacht - und zwar vom einfachen Mitbestimmungsfall über das Wahlrecht für die Personalvertretungen bis hin zum Beschlussverfahren vor dem Verwaltungsgericht. Daneben erfolgt eine Einführung in das AGG. All dies geschieht anhand zahlreicher Fälle aus der Spruchpraxis der Verwaltungsgerichte und der Arbeitsgerichtsbarkeit. Dazu gehört auch ein Übungsfall (mündliche Verhandlung im Beschlussverfahren).

Schwerpunkte:

- Bedeutung der Personalvertretungen
- Bundespersonalvertretungsgesetz und Landespersonalvertretungsgesetze nach der Föderalismusreform
- Der Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit als Auslegungsgrundsatz und Bedeutung in der täglichen Praxis
- Das Mitbestimmungsverfahren
- Die Zustimmungsfiktion
- Konfliktmanagement im Streitfall
- Stufenverfahren bis zur Einigungsstelle
- Kosten der Personalratsarbeit (von der Unterbringung über die Ausstattung der Personalvertretung bis zur Beauftragung von Sachverständigen und Rechtsanwälten)
- Das Beschlussverfahren (Verfahrensgrundsätze und Übungsfall)
- Einführung in das AGG: Geschichte; europarechtliche Vorgaben; wesentliche Vorschriften; Bedeutung für die Personalvertretungen

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PGP030>

Zielgruppe: Mitglieder von Personalvertretungen, Mitarbeiter in Personalabteilungen sowie in Rechtsabteilungen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Bundespersonalvertretungsgesetz einschließlich Wahlordnung; Landespersonalvertretungsgesetze

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
25.11.2019	25.11.2019	Berlin	220,00 €	Herr Dr. Karl-Heinz Millgramm

Das Personalvertretungsrecht in der Praxis der Jobcenter - aktuelle Streitfragen, Rechtsprechung, Lösungsansätze. Ein Seminar für Personalräte

Fachseminar PGP220N

Seit 2011 sind in den Jobcentern Personalvertretungen tätig. In der täglichen Praxis gibt es oftmals große Abstimmungsprobleme zu den verschiedenen Beteiligungstatbeständen und auch im Verhältnis zu den Personalvertretungen der Träger. Im Seminar werden die aktuellen Fragen thematisiert und anhand der Gesetzeslage und der Rechtsprechung Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Schwerpunkte:

- Rechte der Personalvertretung bei: Einstellungen; Zuweisungen; Einführung neuer Arbeitsorganisationsformen; Einführung von Telearbeit; Kündigungen; Gruppierungen
- Abschluss von Dienstvereinbarungen und die Geltung von Dienstvereinbarungen der Träger
- Verhältnis zur Gleichstellungsbeauftragten
- Beschaffung wichtiger Informationen

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PGP220N>

Zielgruppe: Aktive und künftige Personalratsmitglieder sowie Ersatzmitglieder

Mitzubringende Arbeitsmittel: aktuelle Fassungen des BPersVG und des SGB II

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
09.12.2019	10.12.2019	Berlin	330,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann
08.06.2020	09.06.2020	Berlin	360,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann

Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht in den Jobcentern als gemeinsame Einrichtungen

Fachseminar PGP220R

Im Seminar wird ein Überblick über die Rechtsprechung zur Durchführung des Personalvertretungsrechts in den Jobcentern als gemeinsame Einrichtungen gemäß § 44b SGB II vermittelt. Wichtige Gerichtsentscheidungen zur Personalratsarbeit in den Jobcentern (gE) bilden den Schwerpunkt des Seminars. Darüber hinaus werden schwebende Verfahren angesprochen.

Schwerpunkte:

- Erlangung von Rechtssicherheit durch Kenntnis der Rechtsprechung
- Möglichkeiten und Grenzen von Klagen des Jobcenter-Personalrats
- Vermeidung unnötiger Klagen und Kostenrisiken des Jobcenter-Personalrats

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PGP220R>

Zielgruppe: Personalratsvorsitzende und Mitglieder von Jobcenter-Personalräten nach § 44h SGB II; sonstige Interessenten

Mitzubringende Arbeitsmittel: Bundespersonalvertretungsgesetz

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
11.12.2019	11.12.2019	Berlin	220,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann

Aus aktuellem Anlass werden in diesem Seminar den Teilnehmern die wesentlichen Regelungen des 2017 novellierten Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sowie die neueste Rechtsprechung zum Befristungsrecht vermittelt. Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer zu befähigen, eine effiziente Beratung des Hochschulpersonals zur Art des Vertrages und möglichen Dauer der Befristung durchzuführen sowie das Wissenschaftszeitvertragsgesetz bei der Abfassung der Arbeitsverträge in den Personalverwaltungen richtig anzuwenden.

Schwerpunkte:

- Neue Regelungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes
- Personeller Anwendungsbereich
- Berechnung der Höchstbefristungsdauer
- Befristung und familiäre Komponenten
- Drittmittelbefristung
- Befristung und Vertragsverlängerungen
- Anwendung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes in den Hochschulen

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-PHA022>

Zielgruppe: Beschäftigte in der Verwaltung der Hochschulen oder Forschungseinrichtungen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
27.11.2019	27.11.2019	Nürnberg	240,00 €	Frau Dr. Ulrike Preißler
14.05.2020	14.05.2020	Berlin	235,00 €	Frau Dr. Ulrike Preißler

Die Feuerwehr gehört neben der Polizei und den Ordnungsbehörden zu den klassischen Bereichen der Gefahrenabwehr. Einrichtung, Veränderung, Unterhalt und Einsatz der Feuerwehr sind stets mit rechtlichen Anforderungen verknüpft, zumal die Feuerwehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben mitunter auch in Rechte Dritter eingreifen muss. Von den damit verbundenen Rechtsfragen sind Stadt- und Gemeinderäte, Wehrleiter, Einsatzleiter, Gruppenführer und auch jede Einsatzkraft betroffen. Im Seminar wird der notwendige Überblick über die damit verbundenen Rechtsfragen aus dem Blickwinkel eines ehemaligen Vorsitzenden Richters am Verwaltungsgericht vermittelt, dessen Kammer für diese Fragen seit vielen Jahren zuständig ist und der die Feuerwehrpraxis aus eigener Tätigkeit kennt.

Schwerpunkte:

- Rechtspflichten der Kommunen im Hinblick auf Einrichtung, Veränderung, Unterhaltung und Betrieb der Feuerwehr
- Kommunales Satzungsrecht zu Fragen der Feuerwehr (Feuerwehrsatzung, Kostenerstattungssatzung)
- Rechtsprechung zur Abrechnung von Einsatzkosten der Feuerwehr
- Change-Management im Bereich der Feuerwehr (Neuorganisation der Feuerwehr etwa nach kommunalen Gebietsreformen)
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz und Feuerwehr
- Problemkameraden - Pflichtverletzungen und sich daraus ergebende Disziplinarmaßnahmen bis zum Ausschluss aus der Feuerwehr
- Rechtsfragen bei Feuerwehreinsätzen
- Typische Führungsfehler im Rahmen des Feuerwehreinsatzes
- Haftung für das Handeln im Bereich der Feuerwehr
- Aktuelle Rechtsprechung zu Einzelfragen der Feuerwehr, ihres Einsatzes und der Kostenabrechnung

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-RTB035>

Zielgruppe: Mit Rechtsfragen der Feuerwehr befasste Mitglieder kommunaler Gremien; Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen, insbesondere aus den Rechtsämtern und den für die Feuerwehr zuständigen Fachbereichen; Angehörige der Berufsfeuerwehren und Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren

Mitzubringende Arbeitsmittel: Landesbrandschutzgesetz

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
13.11.2019	13.11.2019	Berlin	220,00 €	Herr Dr. Karl-Heinz Millgramm
04.05.2020	04.05.2020	Berlin	235,00 €	Herr Dr. Karl-Heinz Millgramm

Die seit 2005 im Sozialgesetzbuch XII verankerte Sozialhilfe bildet neben der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) als weiteres staatliches Fürsorgesystem die Existenzgrundlage vieler Menschen. Im SGB II steht häufig die Höhe des Anspruchs auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts einschließlich der Bedarfe für Unterkunft und Heizung im Streit. Im SGB XII dagegen beschäftigen neben Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vor allem Hilfen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel des SGB XII, insbesondere die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, Verwaltungen und Gerichte. Ziel des Seminars ist es, den Teilnehmern die hierzu ergangene Rechtsprechung strukturiert nach einer Auswahl von Themenschwerpunkten näherzubringen und zu erläutern sowie die Gründe für die zum Teil erforderliche Abkehr von der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Bundessozialhilfegesetz aufzuzeigen.

Schwerpunkte:

- Eingliederungshilfe
- Lebensunterhalt in Einrichtungen, Zuständigkeit für Leistungen in Einrichtungen
- Einkommen und Vermögen
- Verfahren nach §§ 75ff. SGB XII
- Höhe des Regelsatzes
- Verwaltungsverfahren- und Prozessrecht, insbesondere § 14 SGB IX

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/~SOA001B>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Rechtsämter und der Sozialämter, sonstige Interessenten

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB II, X, XII, SGG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
14.11.2019	14.11.2019	Berlin	310,00 €	Frau Jutta Siefert
26.03.2020	26.03.2020	Berlin	325,00 €	Frau Jutta Siefert

Gegenstand des Fachseminars sind die Regeln und Grundsätze, vor allem des erstinstanzlichen sozialgerichtlichen Verfahrens, unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts und der aktuellen Gesetzesänderungen. Angesprochen werden Mitarbeiter, insbesondere der Grundsicherungsträger, die behördlicherseits mit der Fallbearbeitung im Widerspruchs- und/oder Klageverfahren befasst sind. Vermittelt werden nicht nur Kenntnisse über den Ablauf des gerichtlichen Verfahrens und seine Voraussetzungen, sondern auch rechtliche und taktische Möglichkeiten der aktiven behördlichen Beteiligung am Verfahren aus der Sicht einer erfahrenen RichterIn. Auf das Vertiefungsseminar Code: SOA151 wird hingewiesen.

Schwerpunkte:

- Klagearten (z. B. Anfechtungs- und Leistungsklage, Untätigkeitsklage)
- Sachentscheidungsvoraussetzungen (u. a. Vorverfahren, Klagefrist und Rechtsschutzbedürfnis)
- Streitgegenstand und § 96 SGG
- Handlungsmöglichkeiten der Behörde während des Verfahrens, insbesondere in der mündlichen Verhandlung
- Streitige und unstreitige Verfahrensbeendigung (z. B. Urteil, Vergleich, Anerkenntnis)
- Eilrechtsschutz (einstweilige Anordnung, aufschiebende Wirkung, Sofortvollzug)
- Berufungs- und Beschwerdeverfahren
- Kosten

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-SOA150>

Zielgruppe: Prozesssachbearbeiter der Sozialhilfe- und Grundsicherungsträger

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB X, SGG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
26.08.2019	27.08.2019	Berlin	330,00 €	Frau Birgit Längert
09.03.2020	10.03.2020	Berlin	360,00 €	Frau Birgit Längert

Seit dem Inkrafttreten des SGB II in 2005 hat das Bundessozialgericht in Revisionsverfahren fast 500 Entscheidungen getroffen. Auch für den mit dem SGB II Vertrauten ist es kaum möglich, diese vollständig im Blick zu behalten. In dem Seminar wird die Rechtsprechung der beiden für die Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Senate des BSG (4. und 14.) systematisch vorgestellt. Die Dozentin, Mitglied des 4. Senats des BSG, wird mit den Teilnehmern über die Entscheidungen und ihre Bedeutung für die Praxis diskutieren. Im Mittelpunkt des Seminars stehen die neuesten Urteile des letzten Jahres sowie die dazu gehörigen Grundlagenentscheidungen. Ihre Bedeutung wird im Gesamtzusammenhang mit der bisherigen Rechtsprechung beleuchtet. Die Themenschwerpunkte werden an den jeweils aktuellen Stand angepasst.

Schwerpunkte:

- Leistungsausschluss und Regelbedarf einschließlich ausgewählter Probleme der Bedarfsgemeinschaft
- Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen
- Leistungen für Unterkunft und Heizung
- Leistungen für Mehrbedarfe
- Leistungen zur Eingliederung ins Arbeitsleben
- Sozialverwaltungsverfahrenrecht

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-SOA154>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Grundsicherungsträgern aus den Leistungsabteilungen sowie Widerspruchsstellen, sonstige Interessenten

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB, SGG - Text

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
23.10.2019	23.10.2019	Berlin	310,00 €	Frau Sabine Knickrehm
11.03.2020	11.03.2020	Berlin	325,00 €	Frau Sabine Knickrehm

Die speziellen Anforderungen an die Verfahrensführung vor dem BSG werden besonders deutlich an der hohen Anzahl von Nichtzulassungsbeschwerden, die seit Jahren als unzulässig verworfen werden. Aber auch in Bezug auf Revisionen wird deren Zulässigkeit in letzter Zeit verstärkt erörtert. Selbst wenn diese strengen Verfahrensanforderungen in den einschlägigen §§ 160a und 164 SGG so angelegt sind, stellen sie keine unüberwindbaren Hürden da. Denn auf der anderen Seite sind immer wieder Nichtzulassungsbeschwerden und Revisionen zu beobachten, die erfolgreich wären, wenn sie professionell abgefasst worden wären. Für die oft vernachlässigte Revisionserwiderung gilt nichts Anderes. Das Seminar liefert das dafür notwendige "Rüstzeug" und gibt anhand von Checklisten und Beispielen Hinweise für eine gelingende Verfahrensführung, die schon bei der Vorbereitung des Termins und der Entscheidung des LSG beginnt.

Schwerpunkte:

Nichtzulassungsbeschwerde

- Formelle Voraussetzungen
- Zulassungsgrund: grundsätzliche Bedeutung
- Zulassungsgrund: Abweichung (Divergenz)
- Zulassungsgrund: Verfahrensmangel

Revisionsverfahren

- Einlegen der Revision
- Revisionsbegründung
- Revisionserwiderung
- Sprung- und Anschlussrevision

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-SOA156>

Zielgruppe: Prozessbevollmächtigte von Jobcentern und anderen Behörden, die vor dem BSG (ggf.) Verfahren führen, aber auch solche, die vor den LSG auftreten und damit die für eine erfolgreiche Verfahrensführung vor dem BSG notwendigen Grundlagen legen müssen (z. B. Mitarbeiter aus Rechtsämtern, von Krankenkassen); Rechtsanwälte

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGG, SGB II, SGB X

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
24.06.2019	24.06.2019	Berlin	310,00 €	Herr Prof. Dr. Peter Becker
09.12.2019	09.12.2019	Berlin	310,00 €	Herr Prof. Dr. Peter Becker

Die Träger der Arbeitsförderung haben, ebenso wie die Träger sonstiger sozialer Leistungen (z. B. Sozialämter, Jugendämter), regelmäßig Vereinbarungen mit Dritten über die Erbringung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen zu schließen. Ob und welches Vergaberecht dabei zur Anwendung kommt, ist nicht für alle Teilbereiche abschließend geklärt. In jedem Fall ist aber eine gründliche rechtliche Prüfung notwendig. Im Seminar werden die zu beachtenden Verfahren an Beispielen erarbeitet und geübt. Dabei wird das Vergaberecht sowohl nach den deutschen als auch nach den europäischen Vorschriften zugrunde gelegt. Hierbei kommt das neue Vergaberecht aus dem Jahr 2016 zur Anwendung. Die Unterschwellenvergabeordnung vom 02.02.2017 wird vorgestellt und erläutert. Ziel des Seminars ist es, für den praktischen Gebrauch schnell die einschlägigen Vorschriften erkennen und anwenden zu können. Die neuesten Entwicklungen in der Rechtsprechung zum Vergaberecht werden berücksichtigt. Auf den Workshop Code: SOB069W für Optionskommunen wird aufmerksam gemacht.

Schwerpunkte:

- Vergabeverfahren und Instrumente nach GWB und VOL/A bzw. UVgO
- Vergabeverfahren „light“
- Anwendungsmöglichkeiten des Vergaberechts in den Bereichen von SGB II, III, VIII, XI, XII
- Die Ausnahmen im Vergaberecht (z. B. interkommunale Zusammenarbeit, Inhouse-Geschäfte, Instate-Geschäfte)
- Praktische Beispiele aus der Rechtsprechung

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-SOB069N>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Kommunen und Trägern der freien Wohlfahrtspflege, die mit Dienstleistungen im Sozialbereich zu tun haben; von Jobcentern nach § 44b SGB II, aus Optionskommunen; von zentralen Vergabestellen, Rechnungsprüfungsämtern und der Kommunalaufsicht; sonstige Interessenten. Grundkenntnisse des Vergaberechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Beck-Texte „Vergaberecht“ (aktuelle Auflage)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
08.10.2019	09.10.2019	Berlin	330,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann
02.04.2020	03.04.2020	Berlin	360,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann

Im Spezialseminar wird die Sicherheit der Teilnehmer bei der praktischen Rechtsanwendung erhöht. Darüber hinaus werden die aktuellen Änderungen des AsylbLG und das Integrationsgesetz aus 2016 ausführlich behandelt. Die Schwerpunkte sind als Themenangebot zu verstehen. Die Teilnehmer können den Dozenten ihre speziellen Themenwünsche vorab über das Kommunale Bildungswerk e. V. übermitteln. Auf den vorherigen Workshop Code: SOG090 wird aufmerksam gemacht.

Schwerpunkte:

- Leistungen nach § 1a AsylbLG
- Wann liegt eine Leistungsberechtigung nach § 2 AsylbLG vor?
- Wie sind die Regelungen zur örtlichen Zuständigkeit nach § 10a AsylbLG praktisch anzuwenden?
- Zweifel an der Hilfebedürftigkeit; Mitwirkungspflichten des Hilfesuchenden; Aufklärungspflichten des Leistungsträgers
- Wie ist mit Widersprüchen umzugehen?
- Rechtsschutzverfahren vor Gericht
- Das sozialgerichtliche Verfahren

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-SOG095>

Zielgruppe: Leiter und Mitarbeiter aus Sozialämtern bzw. von Trägern der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und sonstigen mit der Ausführung des Gesetzes betrauten Organisationen. Grundkenntnisse im Sinne des Einführungsseminars Code: SOG087 werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: AsylbLG, AufenthG, SGB I, II, X, XII, VwVfG, einschlägige landesrechtliche Regelungen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
30.10.2019	30.10.2019	Berlin	220,00 €	Herr Jürgen Rombach
25.03.2020	25.03.2020	Berlin	235,00 €	Herr Jürgen Rombach
28.04.2020	28.04.2020	Hamburg	255,00 €	Frau Christina Langer
13.05.2020	13.05.2020	Nürnberg	255,00 €	Frau Antonia Erny

Die Besteuerung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften und ihrer Unternehmen ist in den letzten Jahren deutlich in den Fokus der Finanzverwaltung gerückt. Betriebsprüfungen und Sonderprüfungen durchleuchten die Aktivitäten und Gestaltungen der letzten Jahre mit immer größerem Know-how. Flankiert durch die Entwicklung der Rechtsprechung müssen öffentliche Körperschaften stetig mehr Augenmerk auf die steuerlichen Konsequenzen ihres Handelns legen. Nachdem § 2b UStG vom Gesetzgeber verabschiedet wurde, stehen die öffentlich-rechtlichen Körperschaften umsatzsteuerlich vor einem Paradigmenwechsel. In diesem Seminar wird sowohl in die Grundsätze der Besteuerung der öffentlichen Hand eingeführt als auch über die aktuellen Entwicklungen anhand von Praxisbeispielen informiert.

Schwerpunkte:

- Grundlagen der Besteuerung der öffentlichen Hand
- Ertragsteuer: gesetzliche Grundlage; Betriebe gewerblicher Art; Kapitalertragsteuer
- Umsatzsteuer: allgemeine Grundsätze und gesetzliche Regelungen; aktuelle Rechtsprechung; Gesetzesänderung § 2b UStG; Leistungsaustausch; Beistandsleistungen; Verpachtung dauerdefizitärer Einrichtungen; umsatzsteuerliche Organschaft

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-STA084>

Zielgruppe: Leiter und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen und öffentlicher Betriebe; Amtsleiter und Mitarbeiter der Rechnungsprüfungsämter und des Beteiligungscontrollings

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
21.11.2019	21.11.2019	Berlin	220,00 €	Frau Frederike Milde

Haftung nach steuerlichen und außersteuerlichen Rechtsnormen sowie Anfechtungen nach dem AnfG. Aktuelle Rechtsprechung und Besonderheiten in der Insolvenz des Steuerschuldners

Spezialseminar STA140A

Die Frage der Haftungsmöglichkeiten für die Steuerschuld eines anderen und die Anfechtungsmöglichkeiten nach dem AnfG, wenn der Schuldner sein Vermögen durch Weggabe dem Zugriff seiner Gläubiger entzieht, spielen in der Praxis eine wichtige Rolle. Dabei bereitet die Feststellung der tatbestandsrelevanten Sachverhalte erhebliche Schwierigkeiten, es kommt häufig zu Überschneidungen zwischen Steuerrecht, Zivil- und Insolvenzrecht. Im Seminar werden die nötige Rechtskenntnis und Rechtssicherheit vermittelt. Anhand von Beispielen und Musterbescheiden werden die tatbestandlichen Voraussetzungen von Haftungs- und Anfechtungsnormen vorgestellt sowie die Voraussetzungen für das Ergehen der Bescheide erörtert. Breiter Raum wird der Diskussion und der Behandlung der Fragestellungen der Teilnehmer gewidmet. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Haftungsfragen bei der Grund- und Gewerbesteuer.

Schwerpunkte:

- Die Haftung im Steuerrecht (Zweck, Rechtsnatur und Arten der Haftung); gesetzliche und vertragliche Haftungsschuldverhältnisse
- Die Zusammenarbeit zwischen festsetzender Stelle und Vollstreckungsbehörde
- Vorstellung und Erörterung verschiedener Haftungsnormen, insbesondere Geschäftsführerhaftung nach § 69 AO
- Geltendmachung der Haftung durch Haftungsbescheid (§ 191 AO) und Klage (§ 192 AO)
- Erhebung der Haftungsschuld gemäß § 219 AO durch Zahlungsaufforderung im Haftungsbescheid
- Inanspruchnahme durch Duldungsbescheid
- Besonderheiten im Insolvenzverfahren über das Vermögen des Hauptschuldners (Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters mit und ohne Zustimmungsvorbehaltsrecht sowie des vorläufigen Sachwalters im Insolvenzeröffnungsverfahren der vorläufigen Eigenverwaltung nach § 270b InsO - „Schutzschirmverfahren“)
- Vorstellung und Erörterung verschiedener Anfechtungsnormen nach dem AnfG (insbesondere § 3 Abs. 1 AnfG - vorsätzliche Gläubigerbenachteiligung, § 3 Abs. 2 AnfG - entgeltliche Verträge mit nahestehenden Personen und § 4 AnfG - unentgeltliche Leistungen)
- Opportunität, Subsidiarität, Festsetzungsverjährung, Gesamtschuldnerschaft nach § 44 AO
- Ermessensüberlegungen und Ermessensentscheidung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-STA140A>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Kommunalverwaltungen, die mit steuerlichen bzw. allgemeinen Haftungsfragen sowie mit der Festsetzung und Beitreibung von Steuern befasst sind; Mitarbeiter von Prüfungsorganen

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, HGB, AnfG, ZPO, AO, InsO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
01.10.2019	02.10.2019	Berlin	330,00 €	Frau Gudrun Schneider
29.04.2020	30.04.2020	Berlin	360,00 €	Frau Gudrun Schneider

In dem Seminar werden die Teilnehmer mit den Einzelheiten dieser äußerst komplexen Materie mit großer Praxisnähe vertraut gemacht. So werden verschiedene direkte Zahlungen der Gemeinden an ihre Beteiligungs- und andere Unternehmen unter beihilferechtlichen Aspekten gewürdigt. Dabei werden einzelne kommunale Tätigkeitsbereiche, wie z. B. Krankenhäuser, Wirtschaftsförderung, Infrastrukturförderung, Kulturförderung u. a., eingehend betrachtet. Zudem werden praktische Lösungsansätze zur Inanspruchnahme von Freistellungsmöglichkeiten aufgezeigt. Für die Ausgestaltung von Betrauungsakten werden unter Einbeziehung von steuerlichen Aspekten praxisgerechte Beispiele vorgestellt.

Schwerpunkte:

- Einführung in das Europäische Beihilferecht
- Grundzüge des Beihilferechts
- Erläuterung des modernisierten Beihilfebegriffs
- Freistellungsbeschluss, De-minimis-VO, AGVO
- Praxismodelle für einen Betrauungsakt

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-KWA009Z>

Zielgruppe: Bürgermeister, Beigeordnete, Kämmerer, Mitarbeiter des Rechtsamtes, der Kämmerei und des Rechnungsprüfungsamtes, der kommunalen Eigenbetriebe, von Eigengesellschaften und Anstalten öffentlichen Rechts

Mitzubringende Arbeitsmittel: Art. 106-108 AEUV, Freistellungsbeschluss vom 20.12.2011, De-minimis-Verordnung Nr. 360/2012 vom 25.04.2012

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
27.06.2019	27.06.2019	Berlin	220,00 €	Herr Markus Kollmann
27.11.2019	27.11.2019	Düsseldorf	240,00 €	Frau Susanne Müller-Kabisch
01.04.2020	01.04.2020	Berlin	360,00 €	Frau Julia Lipinsky

Der EU-Beihilfencheck im kommunalen Konzern

Workshop KWA014

Im Workshop wird erläutert, wie die Mitarbeiter in der Verwaltung einen Beihilfencheck durchführen können. Sie können damit in kurzer Zeit prüfen, ob beihilferelevante Fördersachverhalte im kommunalen Konzern existieren. Darauf aufbauend wird im Workshop vermittelt, welche Maßnahmen zur Minimierung eines beihilferechtlichen Risikos vorhanden sind und welches Instrument sich für welche Sachverhalte einsetzen lässt.

Schwerpunkte:

- Klärung des EU-Beihilfenbegriffs
- Organisation des EU-Beihilfenchecks in der Verwaltung
- Unterlagen und Informationen, die für den Check benötigt werden
- Identifikation der relevanten Sachverhalte
- Instrumente zur Minimierung der beihilferechtlichen Risiken (Betrachtung, De-minimis-Beihilfe, Gruppenfreistellung nach AGVO)
- Fallbeispiele aus der Praxis

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-KWA014>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Rechnungsprüfungsämtern, Beteiligungsmanagement, Rechtsamt, Controlling, Kammereien

beihilfenchecks

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
28.11.2019	28.11.2019	Düsseldorf	240,00 €	Frau Susanne Müller-Kabisch

Die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 und das Personenbeförderungsgesetz bilden den relevanten Rechtsrahmen für den ÖPNV. Teil 1 des Seminars dient der Einführung in die Rechtsmaterie. Ein Überblick zu deren Struktur und Inhalt wird unter Berücksichtigung aktueller Rechtsentwicklungen vermittelt. Dabei werden die Auswirkungen des Rechtsrahmens für Kommunen und Verkehrsunternehmen sowie Genehmigungsbehörden, einschließlich der bestehenden Handlungsoptionen, analysiert sowie Finanzierungs- und Organisationsfragen im ÖPNV thematisiert. Teil 2 behandelt praxisrelevante Einzelfragen des ÖPNV-Rechts unter Berücksichtigung der hierzu ergangenen Rechtsprechung. Besonders im Fokus stehen die Rolle des Nahverkehrsplans, flexible Bedienformen, die Genehmigung eigenwirtschaftlicher Verkehre sowie die Bestellung von Verkehrsleistungen. Die Ausschreibungsverfahren nach GWB-Vergaberecht sowie nach der VO (EG) Nr. 1370/2007 werden voneinander abgegrenzt und im Detail unter Berücksichtigung sozialer Fragen und von Umweltaspekten beleuchtet. Die Direktvergabe sowie Rechtsschutzaspekte werden ebenso thematisiert. Das Konzept sieht vor, dass der Kurs als Ganzes oder auch nur einer der beiden Teile gebucht werden kann.

Schwerpunkte:

Teil 1: Grundlagen

- Der europäische Rechtsrahmen für den ÖPNV (VO [EG] Nr. 1370/2007); Hintergründe; Öffentliche Dienstleistungsaufträge; Allgemeine Vorschriften; Ausgleichsleistungen
- Das ÖPNV-Recht des Bundes und der Länder (PBefG, Landesnahverkehrsgesetze); Entwicklung; Aufgabenträger; eigenwirtschaftliche und bestellte Verkehre; Instrumente

Teil 2: ÖPNV-Recht in der Praxis

- Der Nahverkehrsplan als strategisches Steuerungsinstrument (Aufstellungsverfahren, Detailtiefe)
- Flexible Bedienformen
- Eigenwirtschaftliche Verkehre (Voraussetzungen der Eigenwirtschaftlichkeit, Genehmigungsverfahren und -folgen, Verhältnis zu beauftragten Verkehren)
- Ausschreibungsverfahren im ÖPNV (Vergaberecht und VO (EG) Nr. 1370/2007)
- Möglichkeiten der Direktvergabe (Inhouse-Geschäft, Mittelstands-, Not- und SPNV-Vergaben)
- Rechtsschutz

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-KWA033>

Zielgruppe: Mitarbeiter von kommunalen Planungs-, Tiefbau- und Rechtsämtern, von städtischen Beteiligungsverwaltungen und Kämtereien, von Aufgabenträgerorganisationen und PBefG-Genehmigungsbehörden, von Verkehrsunternehmen, von Rechnungsprüfungsämtern und Rechnungshöfen. Bitte beachten Sie, dass die Anmeldungen für den Gesamtkurs vorrangig berücksichtigt werden.

Mitzubringende Arbeitsmittel: aktuelle Fassungen der VO (EG) Nr. 1370/2007 und des PBefG (möglichst auf Papier) sowie GWB, VgV und SektVO (elektronischer Zugriff genügt)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
10.09.2019	12.09.2019	Berlin	435,00 €	Herr Prof. Dr. Matthias Knauff
10.03.2020	12.03.2020	Nürnberg	540,00 €	Herr Prof. Dr. Matthias Knauff

Der Beachtung naturschutzrechtlicher Vorgaben bei Planungsvorhaben kommt eine seit Jahren wachsende Bedeutung zu. Immer öfter scheitern Vorhaben vor den Gerichten oder müssen aufwändig umgeplant werden. Die Teilnehmer sollen einen strukturierten Überblick über die geltenden Normen, deren Verhältnis zueinander und deren Anwendung vor dem Hintergrund aktueller Rechtsprechung erhalten. Rechtsfragen und konkrete Fallgestaltungen können von den Teilnehmer mitgebracht werden.

Schwerpunkte:

- Strategische Umweltprüfung
- Umweltverträglichkeitsprüfung
- Eingriffsregelung
- Gebietsschutz (NSG, LSG)
- Biotopverbund, Biotopvernetzung, Netz "Natura 2000"
- Artenschutz
- Mitwirkungsrechte von Umweltverbänden
- Rechtsschutz
- Umweltstrafrecht

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-UWA107>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Naturschutzbehörden, Planungsbüros sowie allen planenden Behörden, wie Stadtplanungsämtern, Straßenbauämtern oder Wasserbehörden

Benötigte Arbeitsmittel: BNatSchG, UVPG, LandesNatSchG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
21.11.2019	22.11.2019	Berlin	330,00 €	Herr Wolfram Günther

Im Workshop werden die juristischen Hintergründe der aktuellen Debatte über Diesel-Fahrverbote in Städten vorgestellt und die Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Gerichtsurteile diskutiert. Es soll eine Einordnung der aktuellen Debatte in den rechtlichen Rahmen für die Luftreinhaltung erfolgen. Die aktuelle Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes vom 15.03.2019 wird im Kontext der europarechtlichen Vorgaben überprüft und es wird erläutert, warum die Gesetzesänderung voraussichtlich keine Auswirkungen auf die Anordnung von Fahrverboten haben wird. Besondere Aufmerksamkeit soll der Konflikt zwischen planerischem Gestaltungsspielraum der Behörden und gerichtlicher Kontrolle erhalten.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen der Luftreinhaltung
- Rechtsprechung des EuGH und des BVerwG
- Aktuelle Urteile der Verwaltungsgerichte zu Fahrverboten
- Vollstreckungsverfahren
- Umsetzung der Urteile
- Verhältnismäßigkeit
- Erfahrungsaustausch

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-UWA018>

Zielgruppe: Führungskräfte und Mitarbeiter von Umweltämtern, Straßenbau- und Straßenverkehrsbehörden in mittelgroßen und großen Städten, Verkehrsplaner

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
27.11.2019	27.11.2019	Berlin	235,00 €	Frau Helga Krisch

In dem Seminar erhalten die Teilnehmenden Sicherheit im Umgang mit Forderungsschreibern von Insolvenzverwaltern nach §§ 129, 133 InsO unter besonderer Berücksichtigung der Vorsatzanfechtung. Die Rechtsprechung des BGH und die sich daraus ergebenden Indizienketten werden im Hinblick auf mögliche Abwehrstrategien erläutert. Es besteht die Gelegenheit für Fragestellungen und Diskussion.

Schwerpunkte:

- Grundlagen der Insolvenzanfechtung
- Grundlagen der Rechtsprechung des BGH zur sog. Vorsatzanfechtung nach § 133 Abs. 1 InsO
- Aktuelle Rechtsprechung zu anderen Anfechtungstatbeständen
- Ausblick auf mögliche Gesetzesänderungen
- Strategien zur Abwehr unberechtigter Anfechtungsansprüche; Formulierungshilfen und Argumentationsanleitungen

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-VLB041>

Zielgruppe: Kommunale Kassenverwalter sowie die Mitarbeiter; Finanzabteilungen, Kammereien, Mitarbeiter von Finanzämtern und Krankenkassen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
18.09.2019	18.09.2019	Berlin	220,00 €	Herr Frank Siebert

Die Insolvenzordnung regelt die Förderung der Sanierung, die Stärkung der Gläubigerautonomie und eine gerechte Verteilung der Insolvenzmasse. Daneben soll dem Schuldner Gelegenheit gegeben werden, sich von seinen restlichen Schulden zu befreien. Dieses Spannungsverhältnis lässt einige Regelungen der Insolvenzordnung auf den ersten Blick als unverständlich erscheinen. Ziel des Seminars ist es, das Verständnis für die Regelungsbereiche der Insolvenzordnung zu erlangen. Die einschlägige Rechtsprechung, die Leit- und Richtlinien sowie die Gläubiger betreffenden Regelungen werden eingehend dargestellt, damit Forderungsausfälle vermieden werden und um vor bzw. während eines Insolvenzverfahrens möglichst effizient und taktisch richtig vorgehen zu können. Es besteht Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion.

Schwerpunkte:

- Grundzüge der InsO: Verfahrensbeteiligte; Eröffnungsgründe; Rechte im Verfahren; Verteilung der Masse; Insolvenzplan und Sanierung in der Insolvenz; Restschuldbefreiung
- Besondere Verfahren: Verbraucherinsolvenzverfahren; sonstige Kleinverfahren; Insolvenzverfahren über besondere Vermögensmassen
- Steuern und sonstige kommunale Geldforderungen im Insolvenzverfahren: Verhalten im Insolvenzverfahren; Absonderungsrechte; nachrangige Forderungen; Masseverbindlichkeiten; neue Forderungen; Bußgelder; Unterhaltsforderungen
- Insolvenzanfechtung und Rückschlagsperre
- Das Bestreiten von Forderungen
- Internationales Insolvenzrecht im Überblick
- Anträge, Muster, Vordrucke

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-VLB050>

Zielgruppe: Mitarbeiter kommunaler Behörden, von Krankenhäusern, Krankenkassen, Eigenbetrieben und Tochterunternehmen, die mit der Geltendmachung von Forderungen im Insolvenzverfahren befasst sind; Prüfungsämter und Revisionsabteilungen; sonstige Interessenten

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestexte werden gestellt

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
05.11.2019	06.11.2019	Berlin	330,00 €	Herr Peter Rothfuss

Die 1999 in Kraft getretene Insolvenzordnung ist bereits mehrfach novelliert worden. Daneben hat die höchstrichterliche Rechtsprechung entscheidenden Einfluss auf die Praxis des Insolvenzverfahrens. Für den Außenstehenden sind die Neuerungen kaum zu überschauen. Im Seminar werden wesentliche aktuelle Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zu den nachfolgenden Schwerpunkten vorgestellt. Daneben wird ein Überblick über das Verfahren der Forderungsanmeldung und Feststellung gegeben. Eine Vermittlung von Grundlagen des Insolvenzrechts kann in diesem Rahmen nicht erfolgen.

Schwerpunkte:

- Neuere Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zur Insolvenzanfechtung, Aus- und Absonderung, Verbraucherinsolvenzverfahren, Versagung der Restschuldbefreiung
- Wichtige brandaktuelle Entwicklungen
- Überblick: Forderungsanmeldung und -feststellung nach §§ 174 ff. InsO

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-VLB050Z>

Zielgruppe: Mitarbeiter kommunaler Behörden, von Krankenhäusern, Krankenkassen, Eigenbetrieben und Tochterunternehmen, die mit der Geltendmachung von Forderungen im Insolvenzverfahren befasst sind; Prüfungsbehörden; Mitarbeiter von Rechtsämtern; sonstige Interessenten. Sichere Kenntnisse des Insolvenzrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO, BGB

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
26.09.2019	26.09.2019	Berlin	220,00 €	Herr Mirko Jachmann

Jährlich beantragen etwa 100.000 natürliche Personen ein Privatinsolvenzverfahren, meist mit der Option der Restschuldbefreiung. Von den Beteiligten sollten Antragstellung und Verfahren, insbesondere die Prüfungsschritte des Insolvenzgerichts sowie die Möglichkeiten der Restschuldbefreiung beherrscht werden. Dabei wird das Verfahren in seinen wichtigen Abschnitten immer stärker von der Rechtsprechung konturiert. In dem Seminar werden neben den aktuellen Rechtsentwicklungen die bedeutenden gegenwärtigen Gerichtsentscheidungen und ihre Umsetzung in der Praxis der Insolvenzgerichte aufgezeigt.

Schwerpunkte:

Der Insolvenzantrag nach § 305 InsO - wichtige Vorüberlegungen:

- Die richtige Schuldnerberatung - die gültige Bescheinigung im Verbraucherinsolvenzverfahren
- Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren oder Insolvenzplan?
- Restschuldbefreiung im Ausland

Verfahrenseinleitung:

- Verhalten des Schuldners auf Gläubigeranträge
- Stundungsantrag
- Sperrfristen für einen Restschuldbefreiungsantrag
- Eingangsentscheidung

Restschuldbefreiung (RSB):

- Reichweite der Restschuldbefreiung
- Möglichkeiten der vorzeitigen Restschuldbefreiung des Schuldners (seit 2017); Verkürzungsantrag des Schuldners
- Versagungsgründe, bedeutende Rechtsprechung zu §§ 290, 295 InsO
- Der richtige Restschuldbefreiungs-Versagungsantrag
- Richtiger Umgang mit Forderungen aus vorsätzlich unerlaubter Handlung (§ 302 InsO)

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-VLB051P>

Zielgruppe: Insolvenzverwalter und ihre Mitarbeiter; Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen, die sich mit der Umsetzung des Insolvenzrechts befassen; Betreuer; Mitarbeiter der Schuldnerberatung; Gläubigervertreter anderer Institutionen, wie Sozialversicherungsträger, Finanzämter, Energielieferanten; Vermieter

Mitzubringende Arbeitsmittel: Text der Inso in der gültigen Fassung

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
12.09.2019	12.09.2019	Berlin	220,00 €	Herr Frank Frind

**Aktuelle Probleme bei der Pfändung von Girokonten und anderen Forderungen gegen Banken und Kreditinstitute
(Reform des Kontopfändungsschutzes)**

Spezialseminar VLB290

Neben der Pfändung von Arbeitseinkommen hat die Pfändung des Girokontos des Schuldners immer größere Bedeutung, weil sie dem Gläubiger aussichtsreicher die Befriedigung seiner Forderungen sichert. Dagegen steht das Interesse des Schuldners an der Sicherung seines Existenzminimums. Die rechtlichen und praktischen Schwierigkeiten und Probleme der Kontenpfändung werden vom Gläubiger und vom Kreditinstitut oft nicht sorgfältig genug behandelt. Dem Gläubiger entgeht daher Geld! Im Seminar werden die Grundlagen der Pfändung von Kontoguthaben in ihrer Vielgestaltigkeit sowie insbesondere die Regelungen des Kontenschutzes nach § 850k ZPO umfassend dargestellt. Darüber hinaus wird erläutert, auf welche Weise durch den Gläubiger ein effektiver Zugriff auf das Konto des Schuldners möglich ist, welche Anträge er stellen kann, um den „Standardzugriff“ zu erweitern, und wie er Probleme umgehen kann.

Schwerpunkte:

- Die gegenseitigen Ansprüche aus dem Girovertrag: Pfändung des gegenwärtigen Saldos; Pfändung künftiger Saldi; Pfändung von Nebenrechten
- Anforderungen an den Pfändungsbeschluss, Inhalt des Beschlusses bezüglich der Auskunftspflicht und Herausgabepflichten des Schuldners
- Stellung des kontoführenden Kreditinstituts: Auskunftspflicht nach § 840 ZPO; Überwachung des Kontos; Gebührenregelungen
- Sonderfälle beim Girokonto: debitorisch geführtes Konto; Und/Oder-Konto
- Nutzung der Kreditlinie des Schuldners durch den Gläubiger (aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs)
- Kontenschutz nach § 850k ZPO
- Berücksichtigung von Sozialleistungen
- Pfändung sonstiger Konten: Sparkonto; Wertpapierdepots

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-VLB290>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Kommunen, die mit der Vollstreckung betraut sind; ebenso Mitarbeiter sonstiger Vollstreckungsbehörden; Mitarbeiter von Kreditinstituten oder Versicherungen, die mit der Bearbeitung von Kontenpfändungen betraut sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, ZPO, AO, InsO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.05.2020	19.05.2020	Berlin	235,00 €	Herr Prof. Ulrich Keller

Obwohl das BAföG bereits vor 40 Jahren, am 1. September 1971, in Kraft trat und seitdem Millionen Menschen gefördert wurden, ist bei der Anwendung des BAföG längst nicht alles klar. Das Seminar zeigt typische Problemfelder bei der Anwendung auf, die immer wieder Ämter und Rechtsprechung beschäftigen. Sie sollen hier so besprochen werden, dass die Praxis ohne Einschalten der Verwaltungsgerichte gelingt. Das Seminar ist eine Gemeinschaftsveranstaltung von GIBT e. V. und dem Kommunalen Bildungswerk e. V.

Schwerpunkte:

- § 7 BAföG - Wechsel der Ausbildung - Wann besteht ein Anspruch nach BAföG fort, wann entfällt er?
- Elternunabhängigkeit und Vorausleistung bei Weigerung der Unterhaltszahlung durch die Eltern
- Verschweigen von Vermögen - Aufhebung und Erstattung von bewilligter Ausbildungsförderung
- Überschreiten der Altersgrenze

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-ABA255>

Zielgruppe: Sachbearbeiter der Ämter für Ausbildungsförderung sowie der Studentenwerke

Mitzubringende Arbeitsmittel: BAföG, SGB X

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
26.11.2019	26.11.2019	Berlin	230,00 €	Herr Marek Schauer

Die freiheitsentziehende Unterbringung im Spiegel der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts

Spezialseminar **BED050**

Im Seminar wird allen, die sich im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit mit dem Thema des Freiheitsentzugs befassen, eine auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts ausgerichtete rechtlich fundierte Handlungsgrundlage vermittelt. Sie erlaubt es, in der Praxis tragfähige Abwägungen und Entscheidungen vorzunehmen. Anhand von Fällen und grafischen Übersichten wird neben der freiheitsentziehenden Unterbringung sowie den freiheitsentziehenden Maßnahmen auch die ärztliche Zwangsmaßnahme erörtert.

Schwerpunkte:

- Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshof zur Freiheitseinschränkung
- Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Freiheitseinschränkung
- Der Freiheitsbegriff in der Rechtsprechung beider Gerichte
- Die ärztliche Zwangsmaßnahme
- Materielle und verfahrensrechtliche Folgerungen
- Häufige Fallgestaltungen aus der Praxis und ihre Behandlung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-BED050>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Betreuungsbehörden und des Sozialpsychiatrischen Dienstes, Mitarbeiter aus Kliniken und Heimen, Berufsbetreuer

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestexte BGB und FamFG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
18.09.2019	18.09.2019	Berlin	220,00 €	Referententeam
09.03.2020	09.03.2020	Berlin	235,00 €	Referententeam

Immer mehr Verwaltungsstellen haben es mit sogenannten Reichsbürgern oder Selbstverwaltern zu tun. Sie behelligen die dortigen Mitarbeiter vielfach mit sehr gewagten rechtlichen Aussagen und verlangen nicht selten von jedem Einzelnen den Nachweis der persönlichen Legitimation für das Verwaltungshandeln. Die Gründe für dieses Verhalten sind vielfältig. Gemeinsam ist ihnen die Verneinung der Existenz der Bundesrepublik Deutschland. Stattdessen soll das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) existieren. Das Webinar zeigt die Denkstrukturen der Reichsbürger auf und widerlegt sie anhand des geltenden Völker- und Staatsorganisationsrechts. Dabei wird auf konkrete Verwaltungsvorgänge abgestellt. Dazu gehört die z. B. die Beantragung eines Staatsangehörigenausweises, der Widerruf von waffenrechtlichen Erlaubnissen, der Umgang mit selbst gefertigten Legitimationspapieren (Personalausweis, Reisepass, Führerschein), die Weigerung Steuern und Abgaben zu begleichen etc.

Schwerpunkte:

- Entstehung des Deutschen Reiches 1871
- Untergang des Deutschen Reiches durch 1. Weltkrieg? / 2. Weltkrieg? / 3. Wiedervereinigung?
- Teilidentität des Deutschen Reiches mit der Bundesrepublik Deutschland? - Urteil des BVerfG 1973 / Urteil des BVerfG 1990
- Mit Reichsbürgern kommunizieren
- Der Umgang mit ellenlangen schriftlichen Eingaben
- Die Reaktion auf Bedrohungen und Schadensersatzforderungen
- Die Herstellung und das Verwenden falscher Führerscheine, Identitätskarten etc.
- Der Umgang mit dem Staatsangehörigenausweis
- Verweigerung Steuern und Abgaben zu bezahlen
- Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-WEFUA337>

Zielgruppe: Beschäftigte mit Bürgerkontakt, z. B. in Passämtern, Einwohnermeldeämtern, Sozialämtern, Jobcentern, Ordnungsämtern, Gewerbeämtern, Steuerämtern, Straßenverkehrsämtern; Mitarbeiter in Rechtsämtern

Bitte beachten Sie, dass Sie mit der Buchung eine Nutzerlizenz erwerben. Sollten weitere Interessenten die Online-Präsentation ansehen wollen, benötigen Sie weitere Lizenzen. Setzen Sie sich bei Bedarf bitte mit uns zum Erwerb von Gruppenlizenzen in Verbindung. Eine Weitergabe des Links zum Webinar ist

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
17.09.2019	17.09.2019	Webinar (Internet)	75,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann
22.01.2020	22.01.2020	Webinar (Internet)	75,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann

Das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes unterliegt dem ständigen Wandel durch Tarifabschlüsse und aufgrund neuer Rechtsprechung. Umso wichtiger ist es für Personalstellen, Personalvertretungen und Tarifierwender, das Wissen aktuell zu halten. In diesem Webinar erläutern wir die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte zum Tarifrecht des öffentlichen Dienstes. Dieses unterliegt einem ständigen Wandel durch Tarifabschlüsse und aufgrund neuer Rechtsprechung. Umso wichtiger ist es für Personalstellen und Tarifierwender, das Wissen aktuell zu halten. Die Teilnehmer haben Gelegenheit, während des Webinars ihre fachspezifischen Fragen in den Seminarverlauf einzubringen. [Das Webinar ist eine Gemeinschaftsveranstaltung von GIBT Colleg e. V. und dem Kommunalen Bildungswerk e. V.](#)

Schwerpunkte:

- Tarifabschluss im TV-L
- Arbeitszeit: Kappung noch erlaubt?
- Eingruppierung: Arbeitsvorgänge auf dem Prüfstand
- Stufenzuordnung nach Befristungen bei verschiedenen Arbeitgebern
- Urlaubsrecht nach EuGH: Arbeitgeber müssen „in die Lage versetzen“, Urlaub zu nehmen ...
- Aktuelles rund um den TVöD und den TV-L

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-WEPEA014L>

Zielgruppe: Dienstkräfte aus dem Personalservice und mit Personalangelegenheiten befasste Mitarbeiter anderer Bereiche, Personalratsmitglieder, Gleichstellungs- bzw. Frauenbeauftragte, Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten, die sich aktuelles Fachwissen zum Tarifrecht aneignen wollen.

Bitte beachten Sie, dass Sie mit der Buchung eine Nutzerlizenz erwerben. Sollten weitere Interessenten die Online-Präsentation ansehen wollen, benötigen Sie weitere Lizenzen. Setzen Sie sich bei Bedarf bitte mit uns zum Erwerb von Gruppenlizenzen in Verbindung. Eine Weitergabe des Links zum Webinar ist

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
03.09.2019	03.09.2019	Webinar (Internet)	75,00 €	Herr Sebastian Günther
01.04.2020	01.04.2020	Webinar (Internet)	75,00 €	Herr Sebastian Günther

Das EU-Recht strahlt in unsere nationalen Regelungen aus, insbesondere auch in das Urlaubsrecht des öffentlichen Dienstes (§ 26 TVöD/TV-L). Im Webinar wird der sehr praxisrelevanten Bereich „Teilzeit“ behandelt, um auf weitere Veränderungen in der täglichen Handhabung mit dem Urlaubsrecht hinzuweisen. Zudem kündigen sich darüber hinaus Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts mit wegweisenden Auslegungsfragen zum Urlaubsrecht an. Das Webinar ist eine Gemeinschaftsveranstaltung von GIBT Colleg e. V. und dem Kommunalen Bildungswerk e. V.

Schwerpunkte:

- Grundlagen: BUrlG und TVöD/TV-L
- Urlaubsverfall und Schadensersatz
- Handhabung von Teilzeitfällen: Urlaubstage und Urlaubswert
- Sonderurlaub
- Weitere aktuelle Rechtsprechung

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-WEPEA061W>

Zielgruppe: Dienstkräfte aus dem Personalservice und mit Personalangelegenheiten befasste Mitarbeiter anderer Bereiche; Personalratsmitglieder; Gleichstellungs- bzw. Frauenbeauftragte; Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten, die sich aktuelles Fachwissen zum TVöD/TV-L aneignen wollen

Bitte beachten Sie, dass Sie mit der Buchung eine Nutzerlizenz erwerben. Sollten weitere Interessenten die Online-Präsentation ansehen wollen, benötigen Sie weitere Lizenzen. Setzen Sie sich bei Bedarf bitte mit uns zum Erwerb von Gruppenlizenzen in Verbindung. Eine Weitergabe des Links zum Webinar ist

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
12.09.2019	12.09.2019	Webinar (Internet)	75,00 €	Herr Sebastian Günther

Begründung und Beendigung von Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst

Webinar WEPEA460

Im öffentlichen Dienst unterliegt das Auswahlverfahren von Bewerbern besonderen Anforderungen, denn es gilt die sog. Bestenauslese. Rund um das Einstellungsverfahren gilt es also, vieles zu beachten. Und auch dann, wenn ein Arbeitsverhältnis beendet werden soll, kommen wichtige Vorschriften zur Anwendung. Insgesamt sollte die aktuelle Rechtsprechung beachtet sein. Dieses Webinar gibt Ihnen einen Blick auf die wichtigsten Themen rund um die Einstellung und die Beendigung von Arbeitsverhältnissen. Das Webinar ist eine Gemeinschaftsveranstaltung von GIBT Colleg e. V. und dem Kommunalen Bildungswerk e. V.

Schwerpunkte:

- Bestenauslese (Art. 33 II GG) und Bewerbungsverfahrenanspruch
- AGG-relevanz für die Stellenausschreibung
- Eingruppierung und Stufenzuordnung (Überblick)
- Konkurrenz und Rechtsschutz
- Kündigung des Arbeitsverhältnis
- Beendigung ohne Kündigung

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-WEPEA460>

Zielgruppe: Dienstkräfte aus dem Personalservice und mit Personalangelegenheiten befasste Mitarbeiter anderer Bereiche; Personalratsmitglieder; Gleichstellungs- bzw. Frauenbeauftragte; Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten, die sich aktuelles Fachwissen zum TVöD/TV-L aneignen wollen

Bitte beachten Sie, dass Sie mit der Buchung eine Nutzerlizenz erwerben. Sollten weitere Interessenten die Online-Präsentation ansehen wollen, benötigen Sie weitere Lizenzen. Setzen Sie sich bei Bedarf bitte mit uns zum Erwerb von Gruppenlizenzen in Verbindung. Eine Weitergabe des Links zum Webinar ist

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
20.09.2019	20.09.2019	Webinar (Internet)	75,00 €	Herr Sebastian Günther

Beschäftigung von Rentnern

Webinar WEPEA018F

Die Beschäftigung von Rentnern und Rentnerinnen wird bei zunehmenden Fachkräftemangel auch für den öffentlichen Dienst zunehmend interessanter. Das Webinar zeigt die Möglichkeiten der befristeten Beschäftigung nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz auf und erklärt die Zusammenhänge mit dem TVöD. Ganz besonders werden die Möglichkeiten nach dem Flexirentengesetz (§ 41 S. 3 SGB VI) vorgestellt, die es erlauben, die vorgesehene Regelaltersgrenze hinauszuschieben. Schließlich werden die Mitbestimmungstatbestände für die Personalvertretungen aufgezeigt. Die aktuelle Rechtsprechung wird berücksichtigt. Das Webinar ist eine Gemeinschaftsveranstaltung von GIBT Colleg e. V. und dem Kommunalen Bildungswerk e. V.

Schwerpunkte:

- Flexirentengesetz als Anreiz für die Rentnerbeschäftigung
- Befristete Arbeitsverträge mit Rentnern
- Finanzielle Vorteile für Rentner und Arbeitgeber

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-WEPEA018F>

Zielgruppe: **Dienstkräfte aus dem Personalservice und mit Personalangelegenheiten befasste Mitarbeiter anderer Bereiche, Personalratsmitglieder, Gleichstellungs- bzw. Frauenbeauftragte, Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten, die sich aktuelles Fachwissen zum TVöD/TV-L aneignen wollen**

Bitte beachten Sie, dass Sie mit der Buchung eine Nutzerlizenz erwerben. Sollten weitere Interessenten die Online-Präsentation ansehen wollen, benötigen Sie weitere Lizenzen. Setzen Sie sich bei Bedarf bitte mit uns zum Erwerb von Gruppenlizenzen in Verbindung. Eine Weitergabe des Links zum Webinar ist

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
26.08.2019	26.08.2019	Webinar (Internet)	75,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann
23.01.2020	23.01.2020	Webinar (Internet)	75,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann

Das Befristungsrecht ist von einigen Formalitäten geprägt (z.B. Schriftform), hinzu kommen die inhaltlichen Vorgaben - und Fehler führen zwangsläufig zur Unwirksamkeit der Befristung. Die Stolperfallen sollten daher bekannt sein, um Überraschungen zu vermeiden. Im Bereich der Teilzeit lauern ebenso rechtliche Hürden, wobei auch die Variante der Elternzeit zu berücksichtigen ist. Das Webinar bietet Ihnen eine Gesamtschau zu den Themen mit Bezug zur aktuellen Rechtsprechung. Das Webinar ist eine Gemeinschaftsveranstaltung von GIBT Colleg e. V. und dem Kommunalen Bildungswerk e. V.

Schwerpunkte:

- Grundlagen zum Befristungsrecht
- Schriftform: Wann, wer, wie?
- Sachgründe und sachgrundlose Befristung
- Varianten der Teilzeit
- Ablehnungsgründe bei Teilzeitanträgen
- Rechtsprechung aus den Jahren 2016, 2017 und 2018

Weitere Informationen und Online-
Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-WEPEA061N>

Zielgruppe: Dienstkräfte aus dem Personalservice und mit Personalangelegenheiten befasste Mitarbeiter anderer Bereiche, Personalratsmitglieder, Gleichstellungs- bzw. Frauenbeauftragte, Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten, die sich aktuelles Fachwissen zum TVöD/TV-L aneignen wollen

Bitte beachten Sie, dass Sie mit der Buchung eine Nutzerlizenz erwerben. Sollten weitere Interessenten die Online-Präsentation ansehen wollen, benötigen Sie weitere Lizenzen. Setzen Sie sich bei Bedarf bitte mit uns zum Erwerb von Gruppenlizenzen in Verbindung. Eine Weitergabe des Links zum Webinar ist

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
28.08.2019	28.08.2019	Internet (Webinar)	75,00 €	Herr Sebastian Günther

Stellenbeschreibung und Stellenbewertung gemäß TVöD-VKA

Webinar WEPEA400N

Im öffentlichen Dienst gilt gemäß § 12 TVöD-VKA die Tarifautomatik. Die Eingruppierungsgrundsätze sollten daher jedem Tarifenwender vertraut sein. Neben praktischen Erwägungen sind die Vorgaben der Rechtsprechung zu beachten, um Stellen korrekt zu bewerten. Das Webinar soll die Grundsätze der Eingruppierung aufzeigen und es wird auf die aktuelle Rechtsprechung der Landesarbeitsgerichte und des BAG eingegangen. Das Webinar ist eine Gemeinschaftsveranstaltung von GIBT Colleg e. V. und dem Kommunalen Bildungswerk e. V.

Schwerpunkte:

- Grundsätze zur Erstellung von Stellenbeschreibungen
- Eingruppierung nach Entgeltordnung
- Begrifflichkeiten: Tarifautomatik, Arbeitsvorgang, auszuübende Tätigkeit
- Tipps für die Praxis
- Aktuelle Rechtsprechung

Weitere Informationen und Online-Anmeldung im Internet

<https://www.kbw.de/-WEPEA400N>

Zielgruppe: Dienstkräfte aus dem Personalservice und mit Personalangelegenheiten befasste Mitarbeiter anderer Bereiche, Personalratsmitglieder, Gleichstellungs- bzw. Frauenbeauftragte, Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten, die sich aktuelles Fachwissen zum TVöD aneignen wollen.

Bitte beachten Sie, dass Sie mit der Buchung eine Nutzerlizenz erwerben. Sollten weitere Interessenten die Online-Präsentation ansehen wollen, benötigen Sie weitere Lizenzen. Setzen Sie sich bei Bedarf bitte mit uns zum Erwerb von Gruppenlizenzen in Verbindung. Eine Weitergabe des Links zum Webinar ist

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
17.09.2019	17.09.2019	Webinar (Internet)	75,00 €	Herr Sebastian Günther

Anmeldeformular

Rechtsämter - 06-2019

Kundennummer



E-Mail: info@kbw.de
Beratungshotline: 030/293350-11

Seminardatum

Gebühr

Seminarcode

Anrede

Vorname

Nachname

Rechnungsanschrift (nach Möglichkeit Stempel):

Tätigkeit (z. B. Sachbearbeiter, Amtsleiter)

Telefon

Telefax

E-Mail-Adresse

Die kostenlose Stornierungsfrist bei Seminaren beträgt in jedem Fall 2 Wochen vor Seminarbeginn.
Wir erkennen die Teilnahmebedingungen gemäß Seminarprogramm an.

Hotelzimmerreservierung

Ich bitte um Reservierung von _____ Einzelzimmer/n _____ Doppelzimmer/n

vom _____ bis _____ Preiskategorie bis _____ Euro/Nacht

Hotelwunsch / Bemerkungen: _____

Programmanforderung

an das Kommunale Bildungswerk e. V.



www.kbw.de

Fax an: (030) 293350 - 39

E-Mail an: info@kbw.de



**KOMMUNALES
BILDUNGSWERK e. V.** 

Kommunales Bildungswerk e. V.
Bornitzstraße 73-75
10365 Berlin

- Ja**, senden Sie mir das vollständige Seminarprogramm auf dem Postweg zu.
- Nein**, streichen Sie mich aus Ihrem Verteiler. Ich habe kein Interesse an weiteren Informationen.

Absender _____

KBW-Newsletter

- Ja**, nehmen Sie mich in Ihren monatlichen E-Mail-News-Verteiler auf.
- Nein**, streichen Sie mich aus Ihrem monatlichen E-Mail-News-Verteiler.

Meine E-Mail-Adresse _____



AUFBRUCH IN DIE ZUKUNFT



Unser Neubau „Bildungs- und Kulturzentrum am Weißen See“ tritt in die finale Bauphase ein. Mit Hochdruck gestalten wir das ehemalige Kulturhaus Peter Edel zum Seminarzentrum für unsere Weiterbildungsteilnehmer um.

Schon 2020 können wir Sie dann in Berlin-Weißensee in unseren neuen Räumlichkeiten mit bestem Service und innovativen Konzepten begrüßen. Wir freuen uns auf Sie!

Ihr Kommunales Bildungswerk e. V.